

DER KAMPF

Jahrgang 5

1. August 1912

11. Heft

Otto Bauer: Der böhmische Ausgleich

In den von Deutschen bewohnten Grenzgebieten Böhmens hat sich die Industrie angesiedelt. Der tschechische Landesteil blieb agrarisch, als das deutsche Sprachgebiet längst schon industrialisiert war. Aber allmählich drang das industrielle Kapital auch in die tschechischen Gauen. Allmählich verschiebt sich der Schwerpunkt der böhmischen Industrie aus dem deutschen Gebirgsland in die tschechische Ebene. Schon sind grosse Teile des tschechischen Siedlungsgebietes von der Industrie völlig umgestaltet.

In der Mitte des Landes liegt das Prager Industriegebiet. Mit seinen 745.650 Einwohnern ist Gross-Prag das zweitgrösste Industriezentrum des Reiches. Vom Prager Zentrum aus dringt die Industrie nordöstlich in die Bezirke Brandeis und Jungbunzlau vor, während westlich von Prag die Bezirke Kladno und Schlan alte Sitze der Eisenindustrie und des Kohlenbergbaues sind. Ein zweites Zentrum der tschechischen Industrie liegt im Nordosten des Landes: dort sind in den Bezirken Königgrätz, Königinhof und Nachod die Textilindustrie und die Maschinenindustrie heimisch. In den letzten Jahren ist auch in dem agrarischen Streifen, der das nordöstliche Industriegebiet vom Prager Zentrum trennt, eine grosse Zahl neuer Industriebetriebe entstanden; und zugleich dehnt sich das Prager Industriegebiet auch nach Norden aus, indem die bisher agrarischen Grenzbezirke des tschechischen Sprachgebietes — von Semil bis Schlan — manche Industriezweige aus den benachbarten deutschen Gebieten an sich locken. So beginnt allmählich das ganze nordöstliche Viertel des tschechischen Sprachgebietes zu einem Industriegebiet zu verwachsen. Die anderen drei Viertel des Landes bleiben freilich noch agrarisch. Aber auch dort wachsen die industriellen Oasen. Insbesondere das Pilsener Industriegebiet im Westen wächst mächtig empor.

Die Industrialisierung eines so grossen Teiles des tschechischen Siedlungsgebietes hat die soziale Schichtung der tschechischen Nation verändert. Die Industrialisierung des Landes bereichert den Grund- und Hausbesitzer, den Krämer und den Landwirt. Sie fügt eine breite Schicht von Fabrikbeamten und Industrieangestellten aller Arten und Grade dem tschechischen Volkskörper ein. Sie lässt die Ersparnisse des tschechischen Bürgertums anschwellen, sie konzentriert sie in den tschechischen Grossbanken und macht diese zu Trägern und Herren der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes. Sie lässt schliesslich neben die deutschen Fabrikanten, die vordem auch im tschechischen Sprachgebiet die Herren der Industrie waren, die tschechischen Fabrikherren treten, die, von den tschechischen Banken finanziert, von der tschechischen Kundschaft begünstigt, allmählich die Führung der an Zahl und Reichtum schnell wachsenden tschechischen Bourgeoisie an sich ziehen.

Reich, stark, selbstbewusst geworden, drängt die tschechische Bourgeoisie zur Macht. Die romantische Legende vom böhmischen Staatsrecht mochte von Feudalen gegängelte Kleinbürger erbauen; dem nüchternen Wirklichkeitssinn der modernen Bourgeoisie sagt sie nichts. Ihr Sinn geht nach Macht: Tschechische Minister im Rate der Krone, tschechische Sektionschefs in allen Zentralstellen, tschechische Generalräte in der Notenbank, Anteil an Staatsgeschäften für tschechische Banken, an Staatslieferungen für tschechische Industrielle, an Subventionen und Frachtbegünstigungen, Lokalbahnen und Flussregulierungen für die tschechischen Landwirte! Gegen den staat-

lichen Zentralismus, der die nationale Selbständigkeit des glorreichen Königreiches Böhmen zerstört hat, ereifert man sich noch an nationalen Fest- und Feiertagen; aber werktags will man das Reich nicht zerstören, sondern sich an seiner Verwaltung, an der Nutzniessung seiner Macht vollen Anteil sichern!

Die deutsche Bourgeoisie sucht der jüngeren Konkurrentin den Weg zur Macht zu sperren. Aber beide sind des Kampfes müde. Die tschechische Bourgeoisie weiss es von der Katastrophe Badenis, von der Regierung Bienenrths her, dass sie das deutsche Bürgertum vom Staatsruder nicht abdrängen, dass sie nur mit ihm, nicht gegen es regieren kann. Die deutsche Bourgeoisie sieht das tschechische Bürgertum von Tag zu Tag an Zahl, Reichtum, Bildung wachsen; sie weiss, dass ihre Kraft nicht zureicht, es dauernd von der Macht fernzuhalten. So wächst drüben wie hüben die Neigung zum Ausgleich.

Die Deutschen sind eine Minderheit im Lande — nur noch 368 von 1000 Bewohnern nach der letzten Volkszählung. Sie fordern Schutz gegen die Herrschaft der Mehrheit: eine Landesordnung, die sie gegen die Majorisierung schützt, ihnen ein Einspruchsrecht gegen Mehrheitsbeschlüsse gibt, ihnen einen festen Anteil an der Beamenschaft des Landes und die Verfügung über einen festen Teil der Landeseinnahmen zusichert. Warum sollte die tschechische Bourgeoisie ihnen all das verweigern? Um der heiligen „Landeseinheit“ willen? Wer wird sich noch von den Gespenstern aus der Rumpelkammer des Staatsrechtes schrecken lassen! Um sich die Herrschaft über die Deutschen zu sichern? Aber das tatsächliche Einspruchsrecht hatten die Deutschen ohnehin; es hiess — Obstruktion. Was ist dabei, wenn aus dem tatsächlichen das formale Einspruchsrecht wird? Oder sollte die tschechische Bourgeoisie darum besorgt sein, sich die Verfügung über die Landeseinnahmen aus den deutschen Bezirken zu sichern? Das mochte ihre Sorge sein, solange das industrielle Deutschböhmen ungleich steuerkräftiger war als der agrarisch-tschechische Teil des Landes. Heute aber wächst mit der Industrialisierung der tschechischen Bezirke ihre Steuerkraft so schnell, dass sie der Steuer-gelder Deutschböhmens nicht mehr bedürfen. So wird die tschechische Bourgeoisie zur Nachgiebigkeit reif. Sie ist bereit, die Macht im Lande mit der deutschen Bourgeoisie nach festem Schlüssel zu teilen, um sich ihren Anteil an der Macht im Reiche zu sichern. Schon haben die Unterhändler eine Landesordnung vereinbart, die die Macht der beiden Bourgeoisien im Lande fest umgrenzt.

Aber damit ist der Ausgleich noch nicht geschlossen. Der Jahrzehnte währende Machtkampf der beiden Bourgeoisien ist auf dem Boden des Sprachenrechtes geführt worden. Hier muss Friede geschlossen werden, wenn die beiden Bourgeoisien im Lande und im Reiche einvernehmlich regieren sollen. Alter Streit steht da im Wege. Die Tschechen fordern, dass bei allen Behörden des Landes, in Eger so gut wie in Časlau, die beiden Sprachen gleichberechtigt seien. Aus dem staatsrechtlichen Dogma von der Landeseinheit war diese Forderung erwachsen. Praktische Bedürfnisse hielten sie am Leben: das Bedürfnis der tschechischen Beamten, die ihre Vorrückung erleichtert wussten, wenn auch in Deutschböhmen Beamte, die der tschechischen Sprache mächtig, gebraucht werden; und das Bedürfnis der in Deutschböhmen erwachsenden Minderheiten, die auch in ihrer neuen Heimat vor dem Beamten und dem Richter ihr Recht in ihrer Sprache finden wollen. Gegen diese Forderung der Tschechen hatten die Deutschen die schwersten Kämpfe geführt. Sie forderten, dass bei den Behörden Deutschböhmens nur von deutschen Beamten und Richtern nur in deutscher Sprache verwaltet und Recht gesprochen werde. So standen hier die Forderungen der beiden Bourgeoisien einander jahrzehntelang unvereinbar gegenüber.

Aber die wirtschaftliche Entwicklung räumte auch hier die grössten Hindernisse aus dem Wege. Mit der Industrialisierung des tschechischen Sprachgebietes hat sich die Wanderbewegung im Lande zu verschieben begonnen. Früher entsandte das tschechische Sprachgebiet seinen Volksüberschuss in die deutschen Industriegebiete. Heute beginnt der tschechische Zuzug nach Deutschböhmen etwas schwächer zu werden. Die junge tschechische Industrie kann bereits einen Teil des Volksüberschusses der tschechischen Agrargebiete aufsaugen, ihm die Abwanderung in das deutsche Gebiet ersparen. Das vor wenigen Tagen veröffentlichte erste Heft der amtlichen Darstellung der letzten

Volkszählung enthält darüber beachtenswerte Daten*. Im Jahrzehnt 1890 bis 1900 hatte noch ein grosser Teil des tschechischen Sprachgebietes an Volkszahl verloren. Im Jahrzehnt 1901 bis 1910 haben zwar immer noch einige im Westen und im Süden des Landes liegende Bezirke an Volkszahl eingebüsst; aber die im östlichen Teil des tschechischen Gebietes liegenden Bezirke, die noch im Jahre 1900 sinkende Bevölkerung aufwiesen, zeigen 1910 wachsende Volkszahl. Das Gegenbild sehen wir in Deutschböhmen. Bezirke, die 1900 noch starken Zuwanderungsgewinn aufwiesen, verzeichnen diesmal Wanderungsverluste, so Komotau, Brüx, Dux, Laun, Falkenau. Aber auch die Wanderungsgewinne der anderen deutschböhmisches Industriebezirke sind sehr klein. Nur 11 deutschböhmisches Bezirke haben im letzten Jahrzehnt mehr Seelen durch Zuwanderung gewonnen als durch Abwanderung verloren; die Wanderungsbilanzen dieser 11 Bezirke ergeben insgesamt einen Gewinn von 27.024 Seelen. Das ist weniger als der Wanderungsgewinn des tschechischen Bezirkes Karolinenthal allein! Das tschechische Gebiet schliesst 15 Bezirke mit aktiver Wanderungsbilanz ein, die zusammen Wanderungsgewinne von 77.390 Köpfen erzielt haben. So ziehen die tschechischen Industriegebiete schon einen grossen Teil der überschüssigen Bevölkerung der Agrarbezirke an sich. Zum erstenmal zeigt die Volkszählung, dass die Abwanderung aus den tschechischen in die deutschen Bezirke des Landes zu sinken beginnt.

Das bedeutet nun freilich nicht, dass die tschechischen Minderheiten schlechthin verschwinden. Im Gegenteil! Noch ist der tschechische Zuzug in einige deutsche Industriebezirke sehr stark und die Widerstandskraft der Minderheiten gegen die Anziehungskraft der Mehrheit ist in den letzten Jahren gewachsen. So sehen wir in vielen deutschen Industriebezirken im letzten Jahrzehnt die tschechische Minderheit schnell erstarkt. Dass die Sprache dieser Minderheiten aus dem Amtsgebrauche völlig verschwinden, das Recht der tschechischen Sprache in Deutschböhmen enger als in den Stremayschen Verordnungen von 1880 bemessen werden könnte, können die Deutschen nicht erwarten. Aber andererseits beginnt doch der Zuzug da und dort schon zu stocken. Die Tschechen beginnen zu erkennen, dass die Industrialisierung des tschechischen Sprachgebietes ihrer Expansion nach Deutschböhmen Schranken setzen wird. Je schneller sich der tschechische Landesteil entwickelt, je mehr Industriebeamte, Angestellte, Arbeiter er braucht, desto weniger Tschechen werden — als Beamte oder als Arbeiter — im deutschen Sprachgebiet ihr Brot suchen, desto weniger ist die Tschechisierung des deutschen Gebietes zu erwarten. So sinkt das Interesse der tschechischen Bourgeoisie an den tschechischen Minderheiten. Sie ist bereit, sich von der Forderung nach voller Zweisprachigkeit in Deutschböhmen ein gut Stück abhandeln zu lassen. Auch hier rücken die beiden Bourgeoisien einander näher.

* * *

Hat die wirtschaftliche Entwicklung Böhmens den Ausgleich in den Bereich des Möglichen gerückt, so hat die politische Geschichte der letzten Jahre den beiden Bourgeoisien den Zwang zum Frieden auferlegt. Es ist lehrreich, sich in Erinnerung zu rufen, wie der Wille zum Ausgleich geworden ist.

Die Ereignisse der Jahre 1905 bis 1908 hatten die Macht der deutschen Bourgeoisie in Böhmen empfindlich geschmälert.

Die Arbeiterklasse hatte das allgemeine und gleiche Wahlrecht für den Reichsrat erobert. Sie hatte bei den ersten Wahlen in Deutschböhmen eine sie selbst und ihre Gegner in gleichem Masse überraschende Zahl von Wählerstimmen und Reichsratsitzen gewonnen. Sie begann nun die ihr bisher noch verschlossenen Tore des Landhauses und der Gemeindestuben zu bestürmen. Die deutsche Bourgeoisie fühlte ihren Besitzstand vom deutschen Proletariat bedroht.

Zugleich aber sah sie auch die Macht der tschechischen Bourgeoisie wachsen. Seitdem die Regierung Clary die Gautsch'schen Sprachenverordnungen widerrufen hatte, waren die Tschechen in Opposition gewesen. Die Stürme des Wahlrechtsjahres hatten sie wieder

* „Die Ergebnisse der Volkszählung vom 31. Dezember 1910.“ 1. Heft. Wien 1912. Vergleiche insbesondere Seite 28 und 33, Tabelle II und die Kartogramme A und C.

zur Macht geführt. An der Regierung Beck hatten sie ihren Teil. Die Verschiebung der Machtverhältnisse drückte sich in Verschiebungen im Sprachengebrauche der Aemter und bei der Ernennung der Beamten aus. Die deutsche Bourgeoisie sah sich von der tschechischen Bourgeoisie zurückgedrängt.

Die Verschiebung der Machtverhältnisse hatte Unruhe in die Amtsstuben gebracht. Auf der einen Seite haben die tschechischen Beamten die von Clary aufgehobene innere tschechische Amtssprache „*via facti*“ — durch die Tat — wieder einzuführen versucht; auf der anderen haben deutsche Richter die Stremayrschen Sprachenverordnungen durch Gerichtsgebrauch ausser Kraft setzen wollen, indem sie sich weigerten, tschechische Eingaben anzunehmen. Die Regierung Beck hatte bereits versprochen, ein Sprachengesetz vorzulegen, das die nationalen Katzbalgereien in den Amtsstuben schlichten solle. Aber der Sprachenkrieg ging indessen lustig weiter.

Unter solchen Umständen trat am 15. September 1908 der neugewählte böhmische Landtag zusammen. Seine erste Aufgabe sollte die Wahlreform sein; schien es doch unmöglich, dass die Arbeiterklasse des hochindustriellen Landes, die eben erst das Reichsratswahlrecht errungen, es länger zu ertragen vermöchte, vom Landtagswahlrecht ausgeschlossen zu sein. Die Regierung Beck legte ihren Entwurf der Landtagswahlreform vor. Das Privilegienwahlrecht sollte fortbestehen. Aber den bestehenden Kurien sollte eine neue mit 43 Sitzen zugesellt werden, in der nur diejenigen, die in den anderen Kurien nicht wahlberechtigt sind, das Wahlrecht auszuüben haben. Also keine Badenische Kurie, sondern ein Wahlkörper, in dem die Arbeiter nicht von den Besitzenden überstimmt werden.

Diese Wahlreform war der deutschen Bourgeoisie nicht genehm. Vergebens hatten die bürgerlichen Führer versucht, ihre Einbringung zu verhindern. Sie sahen, dass die verhasste Reform kommen wird. Und wenn die Arbeiter in den Landtag dringen, dann sind sie von den Gemeindestuben nicht fernzuhalten. In dieser Stunde beschlossen die Deutschbürgerlichen die Obstruktion. Ein Vorwand war leicht gefunden: War doch die Forderung der Deutschen, dass auch einer ihrer Volksgenossen zu der Würde eines Actuarius des hohen Landtages berufen werde, vom Oberstlandmarschall abgewiesen worden! Natürlich war der Actuar der Landtagskanzlei nicht mehr als ein billiger Vorwand. Im Grunde hatte die Obstruktion einen doppelten Zweck: Sie sollte zunächst die drohende Landtagswahlreform verhindern. „Der böhmische Landtag wird überhaupt nicht mehr tagen können, bevor man nicht Rücksicht auf Deutschböhmen nimmt und eine Wahlreform beseitigt, die einem Danaergeschenk gleicht“, verkündete am 17. Oktober 1908 die „Ostdeutsche Rundschau“. Zugleich aber sollte die Obstruktion auch der tschechischen Bourgeoisie unangenehm werden und dadurch die Stellung der Deutschen bei den von Beck vorbereiteten Verhandlungen über ein Sprachengesetz verbessern.

Gegen die Obstruktion protestierte nun die Arbeiterklasse. Am 31. Oktober 1908 veröffentlichten unsere Parteiblätter einen Aufruf an die deutsche Arbeiterklasse in Böhmen, der die deutschbürgerlichen Parteien anklagte, dass ihre Obstruktion nur gegen die Wahlreform gerichtet sei, und die deutsche Arbeiterschaft zum Kampf für das Landtagswahlrecht aufforderte. Diesem Aufruf folgten Versammlungen in den grösseren Städten Deutschböhmens, die gegen die Obstruktion protestierten. Auf diese Kundgebungen antwortete die deutsche Bourgeoisie mit erbitterter Anklage: Dass die deutsche Arbeiterschaft sich gegen die Obstruktion wende, sei „nationaler Verrat“! Die nationalen Parteien organisierten Gegendemonstrationen, die Jungmänner wurden auf die Spiegelscheiben sozialdemokratischer Redaktionen und Konsumvereine losgelassen, in einigen Städten wurden sozialdemokratische Arbeiter von deutschnationalen Demonstranten unter dem Schutze der städtischen Polizei geprügelt.

Dieser Kampf zwischen Deutschnationalen und Sozialdemokraten in den Städten Böhmens hat das Wesen der deutschen Obstruktion im Landtag vollständig verändert. Als die Deutschbürgerlichen die Obstruktion im Landtag begannen, hatten sie nicht im Sinn, sie jahrelang fortzusetzen. Damals gedachten sie wohl, den Kampf einzustellen, sobald sein Ziel erreicht: die Beck'sche Landtagswahl-

reform aus dem Wege geschafft sein wird und die Tschechen für die Verhandlungen über das Sprachengesetz ein bisschen müde gemacht sein werden. Aber als die Sozialdemokraten die bürgerlichen Parteien anklagten, dass das nationale „Hochziel“, dem die Obstruktion zu dienen vorgebe, nur der Deckmantel sei für die Absicht, die Wahlreform zu vereiteln; als die bürgerlichen Parteien sich in ganz Deutschböhmen gegen die Anklage verteidigen mussten, dass nicht die nationale Selbstverwaltung des deutschen Volkes in Böhmen, sondern die soziale Fremdherrschaft der deutschen Bourgeoisie über das deutsche Proletariat das Ziel ihres Kampfes sei; dass sie den Landtag stillgelegt, nicht um die Rechte des deutschen Volkes zu mehren, sondern um den deutschen Arbeiter im Stande der Rechtlosigkeit zu erhalten, da sahen die deutschbürgerlichen Parteien ein, dass ihre Stellung vor den deutschen Volksmassen schwer gefährdet würde, wenn sie, wie sie ursprünglich wohl geplant, nach der Beseitigung der Wahlreform die Obstruktion aufgeben, ohne ein wertvolles nationales Zugeständnis heimzubringen. Sie hatten, um die Anklage der Sozialdemokraten zu entkräften, gelobt, von der Obstruktion nicht ohne wertvollen Preis abzustehen. Nun mussten sie ihr Gelöbnis halten. Sie hatten, um den Widerstand der Sozialdemokratie zum „nationalen Verrat“ zu stempeln, die improvisierte Landtagsobstruktion zum Heiligen Krieg für die deutsche Sache ausgerufen. Nun konnten sie den Krieg nicht ohne Gewinn für die deutsche Sache beenden. So hat erst der Widerstand der Sozialdemokratie die bürgerlichen Parteien festgemacht, ihnen erst den Nacken gesteuft, die Obstruktion, die nur die Wahlreform beseitigen sollte, erst in den Kampf um die nationale Autonomie innerhalb der böhmischen Landesregierung verwandelt.

So blieb denn der Landtag des glorreichen Königreichs obstruiert. Nun setzte sich die tschechische Bourgeoisie zur Wehr. „Ohne Landtag kein Reichsrat,“ hiess die Parole. Als das Abgeordnetenhaus am 26. November 1908 wieder zusammentrat, begann die Obstruktion der Tschechischradikalen. Aber bald zeigte es sich, dass das Parlament des allgemeinen Stimmrechtes doch ganz andere Lebenskraft hat als der Prager Privilegienlandtag. Die tschechische Obstruktion hat dem Parlament viel Zeit gekostet, sie hat ihm schwere Wunden geschlagen, aber umgebracht hat sie es nicht. Nach jedem Angriff der tschechischen Obstruktion fand das Abgeordnetenhaus immer wieder seine Arbeitskraft. Die letzte Entscheidung fiel nach manchem Zwischenfall im Dezember 1909. Wir alle erinnern uns noch des Bildes: Auf der Tagesordnung stand das Gesetz, das die Regierung zur Abschliessung von Handelsverträgen mit den Balkanstaaten ermächtigt. Die tschechischen Agrarier verrammelten den Weg zur Tagesordnung mit ein paar Dutzend Dringlichkeitsanträgen. Die Sozialdemokratie organisierte den Widerstand: In einer Dauersitzung, die ohne Unterbrechung fortgesetzt werden sollte, wollten die „Arbeitsparteien“ den Widerstand der tschechischen Obstruktion brechen. Zugleich erhob sich das Volk. Am 16. Dezember demonstrierten die Wiener Arbeiter auf der Ringstrasse gegen die Obstruktion. Für den 18. Dezember wurde eine grosse Kundgebung in ganz Oesterreich vorbereitet. Da wurde den Obstruktionisten vor ihrem Treiben bange. Sie suchten nach einem Ausweg. Sie fanden ihn in dem Vorschlag: Verzichtet ihr für immer auf das Obstruktionsmittel der Dringlichkeitsanträge, so wollen auch wir unsere Obstruktion einstellen! So kam das Haus zur Geschäftsordnungsreform vom 21. Dezember 1909. Damit war die Losung „Ohne Landtag kein Reichsrat“ abgetan.

Der Versuch, den Kampf von der Landstube in das Reichsparlament zu übertragen, hatte jedoch die Machtverhältnisse vollständig verschoben. Die tschechische Bourgeoisie sah sich seit dem Sturze Becks wieder von der Macht abgedrängt. Man zürnte „oben“ den Tschechen, weil sie während der Annexionskrise ungebärdig gewesen. Und da die Tschechen Bienenrath bekämpften, suchten die Deutschen ihn um jeden Preis zu halten: so war die letzte deutschbürgerliche Stimme für Annexionskredite und Kriegsschiffbauten gesichert. So konnte, vom Hof und Generalstab beschützt, von der deutsch-polnisch-italienischen Koalition gestützt, die Regierung Bienenrath dem tschechischen Ansturm widerstehen. Die Losung „Ohne Landtag kein Reichsrat“ bekam nun einen anderen Sinn. Ohne Zugeständnisse an die deutsche Landtagsobstruktion keine Zugeständnisse an die tschechische Opposition im Reichsrat — das war nun die Losung

der Deutschbürgerlichen. Die tschechische Bourgeoisie musste einsehen, dass sie nicht eher wieder Anteil an der Macht gewinnen kann, ehe sie nicht mit den deutschen Landsleuten einen billigen Ausgleich schliesst.

So wurde die tschechische Bourgeoisie allmählich weich. Kein anderes Mittel, den Landtag flott zu machen und im Reichsrat Zutritt zur Regierung zu erlangen — so mussten sich die Tschechen zu Zugeständnissen an die deutschen Forderungen bequemen.

Indessen aber waren auch die Deutschen weicher geworden. Vorerst bekamen auch sie die Wirkungen ihrer Landtagsobstruktion zu fühlen. Dank ihrer Obstruktion konnte das Gesetz über die Landesbieraufgabe nicht erneuert werden; so versiegte dem Landtag eine ergiebige Geldquelle. Bittere Not herrscht nun im Landeshaushalt. Auch die Deutschen Böhmens bekommen es zu fühlen, dass das Land am Notwendigsten sparen muss. Die Lehrer fordern vergebens die Erhöhung der Gehalte. Die Landwirte sehen sich um ihren Anteil am Meliorationsfonds betrogen; denn auch der Staat verweigert seine Hilfe, wenn das Land seinen Beitrag nicht leisten kann. Die Gemeinden müssen auf Erhebung von Abgaben, auf Durchführung von Bauten verzichten, weil die Zustimmung des Landtages nicht zu erlangen ist. So lernt auch die deutsche Bourgeoisie die Wirkungen der Obstruktion kennen.

Und dann im Reichsrat! Seit der unseligen Annexion Bosniens hat der Staatskredit schwer gelitten. Man hat die Kosten der Annexion und die mit ihr verbundenen Rüstungen durch die Ausgabe von Staatsschuldverschreibungen gedeckt. Aber im Auslande sind die neuen Renten schwer anzubringen; denn erstens ist auch dort der Markt mit Staatspapieren allzu reichlich versorgt und zweitens sperrt Frankreich uns den Markt, um den Verbündeten des Deutschen Reiches zu schwächen. Die neuen Renten müssen also im Inlande Käufer finden. Aber die Nachfrage nach festverzinslichen Werten wächst hier langsamer als das Angebot. Denn der Zinsfuß ist hoch, die Spekulation in Dividendenpapieren — vor allem in Aktien der Unternehmungen, die dem Moloch liefern — blüht wie seit 1873 nicht mehr und ein schnell verdichtetes Netz von Bankfilialen lockt das Kapital vom Rentenmarkt weg. So hat gerade in den Jahren, in denen immer neue Mengen Renten auf den Markt geworfen wurden, das Kapital die Aktie der Rente vorgezogen. Die Nachfrage nach Renten bleibt hinter dem Angebot weit zurück. Die Rentenkurse sinken. Kapitalisten, die ihr Kapital in Staatsschuldverschreibungen angelegt hatten, sehen ein Zehntel ihres Vermögens versickert. Sparkassen, Waisenkassen, landwirtschaftliche Genossenschaften, Versicherungsgesellschaften werden durch den Rentensturz schwer getroffen. Was tun? Nur ja keine neuen Renten ausgeben, damit der Markt Zeit finde, sich zu erholen! Aber der Bedarf des Staates wächst. Kriegsschiffe, Wehrreform, Beamtengehälter, Sanierung der Landesfinanzen, Wasserstrassen, Lokalbahnen, Sozialversicherung — wie all das bezahlen, ohne neue Schulden zu machen? Ersparnisse? Sollen wir an den Eisenbahnanlagen sparen, Lokomotiv- und Waggonfabriken arbeitslos machen, Bergbau und Industrie noch länger als bisher auf die bestellten Waggons warten lassen? Unmöglich! Also nur ein Mittel: neue Steuern. Natürlich Verbrauchssteuern — andere wirksam zu erhöhen erlaubt der Besitzenden Selbstsucht nie. Der Finanzminister redet von Schnaps, Bier, Wein, Sodawasser, Zündhölzchen. Aber die Sozialdemokratie wehrt sich gegen alle neuen indirekten Steuern. Ihren Widerstand zu brechen, die neuen Steuern durchzusetzen, wird nun zum stärksten Bedürfnis der deutschen Bourgeoisie. Aber nur eine starke Mehrheit wird das können. Also Vereinigung mit der tschechischen Bourgeoisie zur gemeinsamen Durchsetzung des „Finanzplanes“! So werden auch die Deutschen allmählich zu billigem Ausgleich geneigt.

Und schon ist auch der Vermittler da, den Streit der Friedensbedürftigen zu schlichten. Der Feudaladel, durch die Wahlreform entthront, benützt die Gelegenheit, wieder zum Schiedsrichter in Böhmen zu werden. Am 29. Dezember 1908 überrascht Franz Thun das Herrenhaus mit einer Rede, die den beiden Bourgeoisien die Vermittlung der Grundherrenklasse anbietet. Im Herbst 1910 beginnen die Friedensverhandlungen in Prag. Im Jänner 1911 wird Franz Thun Statthalter des Kaisers in Böhmen. Unter der Führung des historischen Adels sollen die beiden Bourgeoisien den Friedenspakt schliessen.

Seither schleppen sich die Verhandlungen endlos hin. Zuweilen hören wir, das glückliche Ende sei schon zum Greifen nahe. Dann wieder heisst es, alles sei hoffnungslos gescheitert. Aber allmählich rücken die Unterhändler einander doch näher. Leicht wird es ihnen nicht: jede der beiden Parteien muss ja jetzt die Schlagworte verleugnen, von denen sie Jahrzehnte gezehrt, die Uebertreibungen aufgeben, die ihr solange gedient! Aber der Zwang treibt die Widerstrebenden doch immer wieder an den Verhandlungstisch. Die Tschechen sehen es: Ohne Ausgleich kein arbeitsfähiger Landtag in Prag und keine parlamentarische Regierung in Wien. Die Deutschen wissen es: Ohne Ausgleich keine Meliorationen, keine Lehrergehaltregulierung, keine starke Steuermehrheit, keine Sanierung der Landesfinanzen! Und der Druck wird stärker von Tag zu Tag. Die Not des Landes wird zum Skandal. Die niederösterreichischen Spitäler klagen das Königreich Böhmen vor dem Reichsgericht, weil es ihnen Verpflegungsgebühren schuldet. Was tun, wenn das Königreich verurteilt wird? Das Geld ist in seinen Kassen nicht zu finden. Die Banken wollen nicht mehr borgen. Der Staat gibt ohnehin zu Unrecht die Ueberweisungen, auf die der Anspruch verwirkt ward. Was tun? Wird man gegen das Königreich Böhmen Exekution führen, Landesgut verganten? Und was im Reiche, wenn der Ausgleich scheitert? In den letzten Monaten ging es im Abgeordnetenhaus ruhig zu, weil Deutsche und Tschechen auf den Ausgang der Prager Verhandlungen warteten. Scheitern sie, dann geht im Reiche der erbitterteste Kampf von neuem los. Mit den Steuern wird es dann nichts. Und die Rentenkurse sinken von Tag zu Tag!

So treibt zum Ausgleich der Zwang der Not. Der Faden, heute gerissen, wird morgen von neuem geknüpft. Die Verhandlungen, heute gescheitert, beginnen morgen von neuem. So nähert sich durch zahllose Schwierigkeiten das Werk Schritt für Schritt der Vollendung. Heute oder morgen, parlamentarisch béschlossen oder absolutistisch oktroyiert — der Ausgleich wird sein!

* * *

Der Ausgleich wird nicht der nationale Friede sein. Nicht einmal der Friede in Böhmen! An die schwierigsten nationalen Fragen — Landtagswahlreform, Minderheitsschulen — haben sich die Unterhändler noch gar nicht herangewagt; da werden noch Gegenstände genug des Streites bleiben. Und wären selbst sie in den Ausgleich aufgenommen, so würde der Friedenspakt nicht länger wirken, als der mährische Ausgleich von 1905 gewirkt hat! Selbst Böhmen wird der Ausgleich, wenn er erst in schweren Wehen geboren wird, nur einen kurzen Waffenstillstand, nicht den Frieden bringen. Und an dem deutsch-tschechischen Krieg in Mähren, Schlesien, Niederösterreich kann er natürlich nichts ändern.

Der Ausgleich wird nicht die nationale Selbstverwaltung sein. Die deutsche und die tschechische Bourgeoisie teilen die Macht im Lande auf. Sie verständigen sich miteinander darüber, welchen Teil jede von ihnen an den Landeseinkünften, an den Beamtenstellen des Landes haben soll. Das ist alles! Die Wahlrechtsprivilegien bleiben unberührt. Die Volksmassen bleiben doppelter Fremdherrschaft unterworfen: der Herrschaft volksfremder Bürokraten in der Stätthalterei, den Kreisregierungen und den Bezirkshauptmannschaften auf der einen, der Herrschaft kapitalistischer und agrarischer Klüngel im Landtag, in der Kreisvertretung und der Gemeindevertretung auf der anderen Seite. Ein Pakt, in dem die beiden Bourgeoisien die Herrschaft über das Proletariat untereinander teilen — das wird der Ausgleich sein!

Aber die Kosten des Ausgleiches werden die Volksmassen bezahlen! Der Landtag wird nicht die Zuschläge zu den direkten Steuern erhöhen; aber die Landesbiersteuer, die bis 1908 K 1'70 für den Hektoliter betragen hatte und seit 1908 überhaupt entfallen ist, wird auf 4 K erhöht werden! Und der Reichsrat wird, sobald erst der Ausgleich geschlossen, den „Finanzplan“ durchführen. Das Proletariat hat unzählige Male die Kosten des nationalen Krieges bezahlen müssen. Nun wird es erfahren, dass die Bourgeoisien, wenn sie Friedensgeschenke bringen, nicht weniger zu fürchten sind als dann, wenn ihr Krieg das Land verwüstet.

Das böhmische Proletariat hat mit dem Ausgleich der Bourgeoisien nichts zu schaffen. Es wird sich seiner nicht freuen, wenn er zustande kommt; ihn nicht beweinen, wenn er scheitert. Es weiss: ob die Kapitalisten einander im wilden Konkurrenzkampf bekriegen oder sich zum Kartell miteinander verbünden: das Proletariat trägt in jedem Falle die Kosten.

Nicht nach einer nochmals vernewerten Landesordnung des Königreiches Böhmen steht unser Verlangen. Was wir wollen, ist nicht seine Reform, sondern seine Zerstörung. Die Auflösung Böhmens in national abgegrenzte Kreise und die Uebertragung aller Macht, die heute auf Landtag und Landesausschuss, Statthalterei und politische Behörden verteilt ist, an die bei allgemeinem und gleichem Stimmrecht erwählten Vertretungskörper der Kreise. Wenn aber der Landtag sein soll, dann nicht ohne uns! Ein Ausgleich ohne Landtagswahlrecht, aber mit neuen Steuern wird dem Proletariat keine Botschaft des Friedens, sondern ein Zeichen zum Kampfe sein.

Karl Marx: Oesterreichs Bankerott

Der unten abgedruckte Artikel von Karl Marx ist anonym als ein Leitartikel in der „New York Tribune“ (Mittwoch, 22. März 1854, Nr. 4033) veröffentlicht worden.

Nachdem Nikolaus I., um von der Türkei die Anerkennung des russischen Protektorats über die orthodoxen Christen zu erzwingen, die Besetzung der Donaufürstentümer verfügte, war der Krieg mit der Türkei unvermeidlich geworden. Die Haltung Oesterreichs blieb aber unentschlossen. Man wagte nicht, dem Zaren entgegenzutreten, und man bildete sich ein, dass man seinen Versprechen und Zusicherungen, dass er die Integrität der Türkei nicht antasten wolle, Glauben schenken könne. Mit Italien, das noch im Februar 1853 den Versuch einer neuen Rebellion machte, im Rücken, mit Ungarn, das nur durch die Militärdiktatur niedergehalten wurde, mit vollständig zerrütteten Finanzen wäre eine selbständige Aktion gegen Russland ein politischer Selbstmord gewesen. Die Haltung der Westmächte, Englands und Frankreichs, war noch unbestimmt, und so hat Oesterreich auch nach der Kriegserklärung der Pforte (4. Oktober 1853) feierlich seine Neutralität proklamiert. Wie wenig die österreichische Regierung damals noch an einen Krieg dachte, geht daraus hervor, dass sie im Oktober eine Herabsetzung der Armeestärke verordnete.

Die Lage änderte sich mit einem Male, als nach den ersten kleinen Niederlagen, die die Türken den Russen beigebracht hatten, die russische Armee in Asien einen Sieg erfochten hat und bei Sinope am 30. November die türkische Flotte überrascht und völlig zerstört wurde. Auf dem Kampfplatz erscheinen jetzt die Westmächte, England und Frankreich. Schon am 5. Dezember war Oesterreich gezwungen, zusammen mit den Westmächten dem Zaren ein Protokoll zu unterbreiten, in dem seinen Eroberungslüsten ein Veto entgegengestellt wurde. Schon dieser Umstand hat Nikolaus auf das äusserste gegen Oesterreich gereizt, er hat in schroffster Weise seine Vermittlung abgelehnt. Und nach dem Besuch des Grafen Orloff, des Vertrauten des Zaren, ist es auch den russenfreundlich gesinnten Kreisen am Wiener Hofe klar geworden, dass die Sache viel ernster ist. Gleich nachher — im Februar 1854 — werden verschiedene militärische Massnahmen getroffen, um nötigenfalls die südslawischen Völker im Zaume zu halten. Die Haltung der österreichischen Regierung wurde noch entschiedener, als es klar wurde, dass England und Frankreich bereit sind, Russland auch ihrerseits den Krieg zu erklären. Jede weitere Parteinahme für die Westmächte bedeutete einen neuen Schritt zur Kriegserklärung an Russland. Und für den Krieg braucht man Geld.

Es steht ausser jedem Zweifel, wie es auch Marx betont, dass eines der Hauptmotive, die Oesterreich veranlassten, sich den Westmächten zu nähern, die Hoffnung war, auf diese Weise das Vertrauen der Finanzwelt wieder zu beleben und aus den finanziellen Schwierigkeiten herauszukommen. Der schwere Schlag, den Oesterreichs Kredit nach der Aufhebung der Verfassung erfahren hatte, konnte mit hohlen Versprechungen nicht überwunden werden. Die bürokratische Verwaltung war in den

Fünzigerjahren ebenso unfähig wie die vormärzliche, das Defizit zu beseitigen und Ordnung in die Finanzen zu bringen. Die Papiergeldwirtschaft mit allen ihren Auswüchsen blieb unangetastet, die wachsenden Militärausgaben vergrösserten immer das Defizit und alle Versuche, die Barzahlungen aufzunehmen, führten trotz der Entwicklung der Geldwirtschaft auf dem Lande zu nichts.

Das für 1854 präliminierte Defizit betrug 95 Millionen Gulden. Für die Armee allein waren 112 Millionen angesetzt, aber schon in den ersten drei Monaten des Finanzjahres wurden über 115 Millionen in Anspruch genommen. Es blieb nichts übrig, als eine neue Anleihe aufzunehmen.

Der Erlass des Finanzministers vom 23. Februar 1854 hatte eigentlich den Zweck, die europäische Finanzwelt günstiger zu stimmen. Hätte Marx gewusst, dass die volltönenden Versprechungen der Regierung nicht nur hohl, sondern direkt unredlich waren, weil das im Umlauf befindliche Staatspapiergeld nicht 150 Millionen, sondern mehr als 200 betrug*, so wäre sein Urteil noch härter ausgefallen. In seiner Kritik knüpft er an und benutzt teilweise die Zahlen einer — allerdings von ihm nicht genannten — Broschüre, die vermutlich im Auftrage des österreichischen Finanzministeriums in Leipzig herausgegeben war, um die österreichische Finanzverwaltung reinzuwaschen**. Die weiteren Ereignisse haben in deutlichster Weise bewiesen, wie unbegründet der Optimismus des „Unbeteiligten“ war.

Im März 1854 ist Czörnig nach Paris geschickt worden, mit dem Auftrag, alle vorbereitenden Schritte für eine neue Anleihe zu machen. Aber die Situation war, wie Marx ganz richtig hervorhebt, nicht sehr günstig. Die Anleihe der französischen Regierung nahm das ganze disponible Geld in Anspruch. In London ging es nicht besser. Nur in Amsterdam und Frankfurt ist es gelungen, eine Anleihe von 35 Millionen Gulden aufzutreiben. Aber es war nur ein Tropfen Wasser auf einen heissen Stein. Das Silberagio stieg rasch weiter.

Und doch war es noch kein Krieg. Aber auch die Mobilmachung kostete viel Geld. So wurde die Regierung gezwungen, den Verkauf von Staatsgütern wieder aufzunehmen. Noch mehr. Das Patent vom 20. Juni 1854 verfügte die Aufnahme einer Zwangsanleihe von 350 bis 500 Millionen; mit anderen Worten: man inszenierte einen Raubzug gegen die eigenen lieben Bürger, wobei jedem gemäss der Schätzung seines Vermögens der Betrag vorgeschrieben wurde, den er zeichnen musste. Es war eine gemilderte Form der Kriegssteuern, die die österreichische Regierung in Italien ausgeschrieben hat.

Aber die Eingänge genügten nicht. Am 9. Juli erhielt der Finanzminister die Ermächtigung, die Bank zur Erteilung von Vorschüssen auf das „Nationalanlehen“ heranzuziehen. Für die Monate August bis Ende Oktober beliefen sie sich auf 59.5 Millionen.

Alles umsonst. Für das Jahr 1855 rechnete man mit einem Defizit von 165 Millionen. Für die Armee wurden 184 Millionen in Anspruch genommen. Aber schon im November hat das Kriegsministerium weitere 73 Millionen gefordert. Und da griff man zu einem neuen verzweifelten Mittel: nach langen Unterhandlungen, bei denen der österreichische Staat eine klägliche Rolle spielte, hat man den französischen Kapitalisten einen Teil der Staatsbahnen veräussert.

Der „Unbeteiligte“, gegen den Marx in seinem Artikel polemisiert, bemüht sich zu beweisen, dass mit der Ausdehnung der gesamten direkten und indirekten Steuern auf die Länder der ungarischen Krone — die nach der Niederwerfung des Aufstandes erfolgte — eine Fülle von Einnahmen geschaffen wurde, die das Defizit in einigen Jahren beseitigen werde. Daher der sarkastische Schluss des Marxschen Artikels.

Aber der biedere Offiziosus hat vergessen, dass eine der Hauptursachen dieses Defizits die Vermehrung der Militärlasten war, die die Herrschaft des Säbelregiments in Italien und Ungarn mit sich gebracht hatte. Die unvermeidliche Folge dieses Wider-

* A. Beer: „Die Finanzen Oesterreichs im 19. Jahrhundert.“ 1876, Seite 253, Anmerkung.

** „Der gegenwärtige Stand der Finanzen und des Geldumlaufes in Oesterreich.“ Von einem Unbeteiligten. Zweite Auflage. Leipzig 1853.

spruches, des Strebens, der österreichischen Staatsidee die Interessen der wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung zu opfern, war der Bankerott — zwar nicht Oesterreichs, sondern des österreichischen Absolutismus auf dem finanziellen und dann auf dem politischen Gebiete.

N. Riasanoff.

* * *

Oesterreichs Bankerott

Trotz drohender Kriegsgefahr und drückendem Mangel ist es bisher weder der französischen noch der österreichischen Regierung gelungen, den Nervus belli zu stärken, nämlich sich genügend Geld zu verschaffen. Zwar waren die Diners, die der französische Finanzminister den Obereinnehmern, dem Crédit mobilier und den ersten Bankiers von Paris gab, von lukullischer Ueppigkeit, aber diese Kapitalisten zeigen sich widerspenstig und neigen zu jener besonderen Sorte von Patriotismus, die auf der einen Seite möglichst grosse Interessen vom Staat verlangt, auf der anderen Seite jedoch gern die öffentlichen Interessen mit ihren privaten zu identifizieren gewohnt ist. So bleiben die Bedingungen, unter denen die beabsichtigte französische Anleihe von 200 Millionen Francs erfolgen soll, vorläufig ungewiss.

Was Oesterreich betrifft, so gibt es keinen Zweifel, dass eines der Hauptmotive, die es veranlassen, sich gegenüber den Westmächten freundlich zu gebärden, die Hoffnung ist, auf diese Weise das Zutrauen der Finanzwelt wieder zu beleben und aus den finanziellen Schwierigkeiten herauszukommen. In der Tat hatte die offizielle „Wiener Zeitung“ kaum ein paar Worte über die Neutralität Oesterreichs und das gute Einvernehmen mit Frankreich gesagt, als sie die Oeffentlichkeit mit der Ankündigung überraschte, dass ein beträchtlicher Teil der sechs Millionen Acres umfassenden Kronländereien verkauft werden sollte, und ein Patent, vom 23. Februar 1854 datiert, publizierte, nach dem das gesamte mit Zwangskurs im Umlauf befindliche Staatspapiergeld im Betrage von 150 Millionen Gulden an die Nationalbank übertragen und nach Massgabe des Begehrs von derselben in Banknoten umgewechselt wird, so dass nach Ablauf dieser Umwechslung alles mit Zwangskurs zirkulierende Staatspapiergeld eingezogen werden muss und kein neues Staatspapiergeld mit Zwangskurs von nun an mehr ausgegeben wird. Bei dieser Umwechslung haftet die Staatsverwaltung der Bank für das an sie übertragene und von ihr übernommene Staatspapiergeld und verpflichtet sich, alle aus dem Umwechslungsgeschäft erwachsenden Auslagen der Bank zu vergüten, zur Entrichtung einer jährlichen Summe von wenigstens 10 Millionen Gulden bis zur vollständigen Ausgleichung der so geschaffenen Haftungsschuld der Bank als Sicherheit eine Anweisung auf die Zolleinkünfte des Staates zu gewähren und in demselben Verhältnis, in welchem die Zölle in Metallgeld einfließen, die Ratenzahlung in Metallmünze zu zahlen. Gleichzeitig muss die Staatsverwaltung kräftig mitwirken, um die Bank in den Stand zu setzen, ihre Verbindlichkeit zu erfüllen und die Barzahlung wieder aufzunehmen. Inzwischen übernimmt die Bank, um den Banknotenbesitzern einen Weg zu eröffnen, ihre Banknoten nach Begehren in eine verzinsliche Schuld mit dem Bezug der Zinsen in Metallmünze umzugestalten, die Hinausgabe verzinslicher Schuldverschreibungen, die in allen Beziehungen wie Staatsschuldverschreibungen behandelt werden. Auch will die Staatsverwaltung die noch im Umlauf befindlichen Einlösungs- und Antizipationscheine einberufen und ganz ausser Umlauf setzen.

Die Umwandlung von Staatspapiergeld mit Zwangskurs in uneinlösbare Banknoten wird weder ihren Betrag vermindern noch ihre Qualität verbessern, sondern bloss die Bezeichnungen des ausgegebenen Papiergeldes vereinfachen. Da der Staat zur Einlösung des Papiergeldes im Besitz der gleichen Mittel ist, die er der Bank gewährt, würde er selbst von ihnen Gebrauch machen, wenn er nicht wüsste, dass das Misstrauen zu ihm so gross ist, dass sein Kredit nur durch die Hilfe einer Bank aufgerichtet werden kann, die nicht Eigentum des Staates ist. So wächst die Abhängigkeit des Kaisers von den Juden der Wiener Bank in demselben Mass wie der militärische Charakter seiner Herrschaft. Im Jänner 1852 verpfändete er ihnen die Salzbergwerke

von Gmunden, Aussee und Hallein. Im Februar 1854 erhalten sie ein Pfandrecht auf die Zolleinnahmen der ganzen Monarchie. Schritt für Schritt wird die Bank der wirkliche und die Regierung nur mehr der nominelle Beherrscher des Reiches. Je mehr Oesterreich sich geweigert, die Forderungen der Bourgeoisie nach Teilnahme an der politischen Macht zu erfüllen, um so tiefer muss es sich dem mitleidslosen Despotismus eines Teiles dieser Klasse beugen — der Finanziers.

Das Dekret, dessen Inhalt wir oben wiedergegeben haben, verkleidet einen neuen Anleiheversuch unter der Form einer Hilfeleistung für die Banknotenbesitzer, indem die Banknoten in verzinsliche Schuldverschreibungen umgewandelt werden, wobei die Zinsen in Metallmünze zahlbar sind. 1852 verbürgte sich die Regierung gleichfalls, verschiedene kleinere Zahlungen und Verbindlichkeiten in Metall zu begleichen, aber da sie die Steuern nur in Staatspapiergeld oder Banknoten erhielt, war sie gezwungen, in London und Frankfurt eine Anleihe von 35 Millionen aufzunehmen. Die neuen Anleihen vermehren natürlich das alte Defizit und das erhöhte Defizit führt zu neuerlicher Ausgabe von Papiergeld, dessen Ueberfülle und damit verbundene Entwertung durch sie verhindert werden sollte. Der grosse Unterschied, den die Regierung zwischen Zahlung in Metallgeld und in Banknoten macht, ist ebenso geeignet, die Noten von ihrem üblen Ruf zu befreien, als die Vermehrung des Zirkulationsmittels der Bank um 150 Millionen sie in den Stand setzen kann, ihren Verpflichtungen nachzukommen und die Barzahlung wieder aufzunehmen. Der Staat soll die Bank in derselben Proportion in Metall zahlen, als die Zölle auf diese Weise entrichtet werden; aber es ist bekannt, dass nicht nur die österreichischen Bauern, sondern auch die Bürger in den kleineren Städten das Aufschatzen so lieben wie die Chinesen und Indier; dass 1850 sogar Kupfergeld aufbewahrt wurde und dass 1852 alle Steuern in Papier gezahlt werden, obwohl es ein Disagio von vollen 17 Prozent zu tragen hat.

Wer in der Geschichte der österreichischen Finanzen bewandert ist, wird wohl weder in den Versprechungen des neuen Dekrets noch in den Ratschlägen, zu denen man seine Zuflucht nahm, etwas Neues finden können. Papiergeld wurde zum erstenmal in Oesterreich unter der Kaiserin Maria Theresia gegen das Ende des Siebenjährigen Krieges ausgegeben. Es bestand ursprünglich aus Bankozetteln, die von den Staatsbehörden gegen Silber eingewechselt wurden. 1797 führten die finanziellen Schwierigkeiten der Regierung in den Kriegen gegen Frankreich dazu, dass die Einlösbarkeit in Silber aufgehoben wurde. Während die erste Ausgabe unter Maria Theresia sich auf 12 Millionen Gulden belief, erreichte die Gesamtsumme der Bankozettel 1809 die Höhe von 1.060,793.653 Gulden, ihre Entwertung in derselben Zeit das Maximum. Am 20. Februar 1811 veröffentlichte die Regierung ein Patent, wodurch die Bankozettel gänzlich aus dem Umlauf zurückgezogen und zum Kurse von 20 Prozent gegen ein neues Papiergeld, „Wiener Währung“ genannt, eingelöst wurden (daher der Name: Einlösungsscheine). Die Regierung erklärte es zum eigentlichen Geld der Monarchie und versprach, dass es nie über den Betrag vermehrt werden sollte, der zum Umtausch der Bankozettel notwendig sei. Im Mai 1811 hatte die Wiener Währung bereits ein Disagio von 8 Prozent und es wurden Antizipationsscheine ausgegeben: so genannt, weil ein Teil der Steuereinnahmen für 12 Jahre durch sie vorweggenommen wurde. Die erste Ausgabe betrug tatsächlich bloss 45 Millionen Gulden; zur ihrer Einlösung in 12 Jahren wurde eine jährliche Summe von 3.75 Millionen bestimmt, die von der Grundsteuer genommen werden sollte.

Aber als Folge des Krieges folgte rasch eine neue Ausgabe von Antizipationsscheinen der anderen, jede von einer Wertverminderung begleitet. 1815 erreichte das Silberagio eine Höhe von 400 Prozent gegenüber der Wiener Währung. Am 1. Juni 1816 erschien ein kaiserliches Patent, das erklärte, der Staat werde in Zukunft nicht mehr zu uneinlösbarer Papierwährung seine Zuflucht nehmen; das in Umlauf befindliche Papiergeld sollte aus der Zirkulation zurückgezogen und Metallgeld als die Grundlage der Währung ausgegeben werden. Diese Versprechungen zu erfüllen, wurde die privilegierte Nationalbank am 18. Jänner 1818 definitiv errichtet, nachdem der Staat mit ihr eine Vereinbarung getroffen hatte, durch die er sich verpflichtete, das uneinlösbare Papiergeld umzutauschen. Und trotzdem hören wir im Juni 1852 den Finanzminister

in dem Regierungsorgan verkünden, dass Zwangsanleihen, ausserordentliche Steuern, Verminderung des Geldwertes in Zukunft vollkommen ausgeschlossen sein sollten; österreichisches Papier werde, wenn nicht gerade in der Gegenwart, so gewiss zukünftig ohne Verlust gegen Metallgeld eingetauscht werden und die neu beabsichtigten Anleihen sollten dazu dienen, dass das Staatspapiergeld beseitigt und die Staatsschulden an die Bank bezahlt würden. Es kann kein besseres Zeugnis für die Hohlheit solcher Versprechen geben als ihre periodische Wiederkehr.

Zur Zeit Maria Theresias war der österreichische Staat stark genug, seine eigenen Papierzettel auszugeben, die in Münze einlösbar waren und sogar ein Agio gegen Silber hatten. 1818 musste der Staat, um sein Papiergeld einzulösen, eine privilegierte Bank errichten, Eigentum privater Kapitalisten; sie empfingen Vorteile, die dem Staat sehr lästig fielen, waren aber zur Ausgabe von einlösbaren Noten verpflichtet. 1854 ruft die Regierung eine Bank zu Hilfe, deren Noten ebenso entwertet und uneinlösbar geworden sind wie die des Staates selbst.

Obwohl Oesterreich sich von 1815 bis 1846 fast ununterbrochenen Friedens und innerer Ruhe erfreute, fand doch der erste Stoss nach dieser langen Periode es gänzlich unvorbereitet. Der Krakauer Aufstand und die Unruhen in Galizien Ende Februar 1846 steigerten die öffentlichen Ausgaben um mehr als 10 Millionen gegenüber 1845. Die Kosten des Heeres waren der wichtigste Grund für diese Vermehrung; sie betragen 1845 50,624.120 Gulden, stiegen aber im nächsten Jahre um 7 Millionen, während die Ausgaben für die Zivilverwaltung in der Provinz um 2 Millionen wuchsen. 1847 führten die Handelskrise und die schlechte Ernte zu einer beträchtlichen Verminderung der Steuereinnahmen, während das Heeresbudget hauptsächlich infolge der italienischen Unruhen auf 64 Millionen stieg. 1848 und 1849 waren die Einnahmen aus allen Provinzen verloren, dazu kamen die Kriegskosten in Italien und Ungarn. Das Defizit betrug 1848 45 Millionen, im folgenden Jahre 121 Millionen. Dreiprozentige Kassenanweisungen mit Zwangskurs im Betrage von 76 Millionen wurden 1849 ausgegeben. Lange vorher hatte die Bank die Barzahlungen eingestellt und ihre Emissionen wurden vom Staat als uneinlösbar erklärt. 1850 gab es ein Defizit von 54 Millionen und die Gefahr eines Krieges mit Preussen brachte dem Papiergeld ein Disagio von 60 Prozent. Die Gesamtsumme der in den Jahren 1849 bis 1851 ausgegebenen Staatsnoten betrug 219 Millionen. 1852 war das Defizit um 8 Millionen grösser als 1848 und um 46 Millionen grösser als 1847. 1851 betrug das Heeresbudget 106 Millionen, war also doppelt so hoch als 1847. 1852 betragen die Ausgaben für die Polizei mehr als 9 Millionen, das Vierfache von 1846. Auch 1853 stiegen die Kosten von Polizei und Heer.

Das wirkliche Problem ist nicht, wie Oesterreich in diese finanzielle Sackgasse hineinkam, sondern wie es, so in Papierwährung und Schulden verstrickt, dennoch den offenen Bankerott vermeiden konnte. Im Jahre 1850 betrug die Staatseinnahme 196 Millionen Gulden, um 74 mehr als 1848 und um 42 mehr als 1849. Im Jahre 1851 betrug die Staatseinnahme 219 Millionen, um 23 mehr als 1850. Im Jahre 1852 erreichte die Staatseinnahme die Summe von 226 Millionen, ein Zuwachs im Vergleich mit 1851 von mehr als 6 Millionen. Wir sehen also, dass die Staatseinnahmen, obwohl nicht immer in der gleichen Proportion wie 1850, fortwährend wachsen.

Woher dieses Steigen der Einnahmen? Wenn man von den ausserordentlichen Einnahmen aus der sardinischen Kriegsentschädigung und den lombardisch-venetianischen Konfiskationen absieht, so hat die Umwandlung des österreichischen Bauern in einen freien Grundbesitzer die Steuerkraft des flachen Landes und die Einnahmen aus der Grundsteuer erhöht. Gleichzeitig hat die Abschaffung der Patrimonialgerichte dem Staat das Einkommen zugewendet, dessen sich früher die Aristokratie aus der ihr zustehenden Justizgewalt erfreute, und diese Einkommensquelle floss seit 1849 beständig stärker. Ferner stammt eine beträchtliche Vermehrung aus der Einkommensteuer, die durch das Patent vom 29. Oktober 1849 eingeführt wurde. In den italienischen Provinzen Oesterreichs hat sich diese Steuer als besonders ergiebig erwiesen. 1852 zum Beispiel betrug die Steigerung der Einkommensteuer in den deutschen und slawischen Provinzen 601.366 Gulden, in den italienischen allein 639.924 Gulden. Die wichtigste Ursache

aber, die Oesterreich vor dem formellen Bankerott bewahrt hat, ist jedenfalls die Unterwerfung Ungarns und seine Gleichstellung mit den übrigen Provinzen hinsichtlich der Besteuerung.

Die Grundlage des ganzen österreichischen Steuersystems bildet wohl die Grundsteuer. Am 23. Dezember 1817 erschien ein kaiserliches Patent, in dem Kaiser Franz seinen Entschluss verkündete, die Grundsteuer für alle seine deutschen, slawischen und italienischen Provinzen gleichförmig zu gestalten. In einem Paragraphen dieses Patents ist angeordnet, dass in Zukunft keine Befreiungen von der Grundsteuer „mit Rücksicht auf die persönliche Eigenschaft der Grund- oder Hausbesitzer“ gewährt werden sollten und im ganzen handelte man nach diesem Grundsatz. Im Erzherzogtum Oesterreich wurde der neue Kataster 1834 eingeführt und dies war das erste Erbland, wo das neue System in Kraft trat. Die österreichische Lombardei besass einen ausgezeichneten Kataster aus der Zeit Karls VI., den Censimento Milanese. Ungarn aber und Siebenbürgen trugen keineswegs in gleicher Weise wie die übrigen Provinzen des Reiches zur Grundsteuer und zu anderen Steuern bei. Nach der ungarischen Verfassung hatten die, welche den weitaus grössten Teil des Landes besassen, keinerlei direkte Steuer zu zahlen und mehrere der indirekten Steuern, welche den übrigen Ländern auferlegt waren, drückten Ungarn und Siebenbürgen nicht schwer. Die Bevölkerung Ungarns, Siebenbürgens und der Militärgrenze betrug 1846 14,549.958, die der anderen Länder 22,901.675 Menschen, so dass jene sieben Achtzehntel der ganzen Einnahmen hätten beisteuern sollen. Aber sie brachten 1846 bloss 23 Millionen auf, was von den Gesamteinnahmen im Betrag von 164 Millionen nur ein Siebentel ausmachte. Die ungarischen Provinzen umfassen 5855 von den 12.133 deutschen Quadratmeilen, die die Fläche der österreichischen Monarchie ausmachen, also die Hälfte seiner Ausdehnung.

Kaiser Josef II., dessen grosses Ziel die Zentralisation und völlige Germanisierung des Reiches war, hatte aus eigener Machtvollkommenheit Neuerungen in Ungarn eingeführt, die das Land in gleiche Stellung mit den übrigen Provinzen bringen sollten. Aber seine Massregeln wirkten auf die ungarische Oeffentlichkeit derart, dass er am Ende seines Lebens fürchtete, die Ungarn würden rebellieren, gleich den Niederländern.

Die Kaiser Leopold II., Franz I. und Ferdinand I. wagten es nicht, das gefährliche Experiment zu wiederholen. Diese Tatsache, die Hindernisse, welche die ungarische Verfassung einer steuerlichen Gleichstellung bereitete, hörten zu wirken auf, nachdem die ungarische Revolution mit russischer Hilfe erstickt worden war. Kaiser Franz Josef hatte niemals auf die ungarische Verfassung geschworen, und zum Kaiser an Ferdinands Stelle gemacht, weil er dies nie getan hatte, führte er auf einmal die Grundsteuer ein, so wie sie in den anderen Kronländern bestand. Ausserdem wurde durch die Beseitigung der ungarischen Zwischenzolllinie am 1. Oktober 1850 die Monarchie in Bezug auf Zölle und Abgaben ein einziges Territorium. Die Verzehrungssteuer und das Tabakmonopol wurden gleichfalls hier am 1. März 1851 eingeführt. Die Zunahme der indirekten Steuern allein in den ungarischen Provinzen betrug 1851 11.5, 1852 ungefähr 8 Millionen.

Das unerschütterliche Ergebnis ist also, dass am Besitze Ungarns und der Lombardei nicht bloss die politische, sondern auch die ökonomische Existenz der österreichischen Monarchie hängt; mit ihrem Verlust wird der lang verzögerte Staatsbankerott unvermeidlich.

Adolf Braun: Die Bevölkerung Oesterreichs

Verhältnismässig recht bald nach dem Volkszählungstage, dem 31. Dezember 1910, im März 1911 wurden die vorläufigen Ergebnisse der Volkszählung veröffentlicht, im Juli 1912 liegen nun als erstes Heft der Ergebnisse der Volkszählung vom 31. Dezember 1910 die summarischen Ergebnisse in einem über 200 Seiten starken, von 6 Kartogrammen begleiteten Hefte vor.

Im Augenblick steht im Vordergrund der öffentlichen Erörterung im Deutschen Reiche die amtliche Erforschung der Ursachen, auf die die Abnahme des Bevölkerungszuwachses zurückzuführen ist. Dieses grosse Problem beschäftigt schon seit langem die französischen Statistiker. Es hat die grössten Befürchtungen in der sonst so hoffnungsfreudigen französischen Bevölkerung ausgelöst. Doch droht in Deutschland noch lange nicht die Bevölkerung zu stagnieren, nicht wie in Frankreich ist die Erhaltung auf dem gleichen Stand lediglich durch die Zuwanderung ermöglicht. Doch tritt diese Frage, wenn sich auch erst leise ankündigend, nun auch im Deutschen Reiche, dem Lande des grossen Geburtenreichtums, auf. Nachdem der Kapitalismus eine Periode raschster Bevölkerungszunahme in der Zeit der sprunghaften Entwicklung der Produktivkräfte provoziert hat, scheint sich in der Zeit der letzten und höchsten Entfaltung des Kapitalismus nach der Durchsetzung des Industriestaates eine Aenderung der Bevölkerungszunahme zu zeigen. In der letzten Periode des Manufakturzeitalters, vor der technisch-ökonomischen Revolution, war das höchste Ideal der Bevölkerungspolitiker die starke Zunahme der Bevölkerung, aber in der ersten Zeit des sieghaften Kapitalismus führte Malthus alle sozialen Uebel fast nur auf das damals überall beachtete, starke Anschwellen der Bevölkerung zurück. Heute sehen wir aber die Verfechter des Kapitalismus voller Sorgen und Bedenken, dass die Zahl der verfügbaren Hände nicht mehr so rasch zunehmen werde.

Betrachten wir an der Hand die Ergebnisse der österreichischen Volkszählung, ob auch für uns schon das neue Bevölkerungsproblem in Erscheinung zu treten beginnt. Die Gesamtergebnisse der Volkszählungen von Ende 1900 und 1910 zeigen uns keine in die Augen springenden Abweichungen. 9·26 Prozent ist freilich eine etwas langsamere Zunahme für die Zeit von 1900 bis 1910 gegenüber den Jahren 1890 bis 1900, wo 9·44 Prozent der Bevölkerung zugewachsen sind. Die Abschwächung der Zunahme ist unerheblich, denn den 0·18 Prozent, um die die Zunahme schwächer ist, kann für die zehn dem Jahre 1900 vorangegangenen Jahre eine 1·44 Prozent grössere Bevölkerungszunahme wie in den Jahren 1880 bis 1890 gegenübergestellt werden. Die Bevölkerungszunahmen in Oesterreich bleiben zurück hinter den meisten europäischen Staaten. Die Bevölkerung Oesterreichs zeichnet sich durch Mannigfaltigkeiten aller Art aus und es ergeben sich deshalb sehr abweichende Entwicklungstendenzen in der Bevölkerungsbewegung. In den Jahren 1901 bis 1910 hatten eine den Durchschnitt übertreffende und nach der Stärke gruppierte Bevölkerungszunahme: Triest 28·50, Istrien 16·95, Niederösterreich 13·91, Vorarlberg 12·51, Görz und Gradiska 11·94, Salzburg 11·39, Schlesien 11·24, Tirol 11·01, Galizien 9·70, die Bukowina 9·57, ganz Oesterreich 9·26 Prozent. Unter diesem Durchschnitt verbleiben Dalmatien 8·73, Kärnten 7·86, Mähren 7·57, Böhmen 7·13, Steiermark 6·64, Oberösterreich 5·28, Krain 3·51 Prozent. Bei der Triester Bevölkerungszunahme (28·50 Prozent), sehen wir die Wirkung der Grossstadt deutlich in Erscheinung treten. Die Ziffern für Istrien, die so stark im Vordergrunde stehen, zeigen sicherlich Rückwirkungen Triests auf die Umgebung und wohl auch von Pola, dagegen setzt in Erstaunen die zwar noch recht ansehnliche Bevölkerungszunahme Niederösterreichs, die aber eine ganz andere Entfaltung zeigt wie die von Triest und Istrien. Niederösterreichs Bevölkerungszunahme bleibt in den Jahren 1901 und 1910 zurück hinter der der beiden früheren Jahrzehnte, da schon im Jahrzehnte 1881 bis 1890 mit seinen schweren Krisenjahren eine Bevölkerungszunahme von 14·2 Prozent, 1891 bis 1900 von 16·49 Prozent festgestellt wurden. Triest dagegen hat steigende Bevölkerungszunahmen von 8·7 auf 13·43 Prozent und von da auf 28·50 Prozent, in Istrien sehen wir in den Jahren 1881 bis 1890 eine Bevölkerungszunahme von 8·8 Prozent, bloss von 8·64 Prozent in den Jahren 1891 bis 1900; im letzten Jahrzehnt aber 16·95 Prozent. Eine ununterbrochene Zunahme des Bevölkerungszuwachses finden wir nicht in Niederösterreich, wohl aber in Salzburg, wo für die drei aufeinanderfolgenden Jahrzehnte die Bevölkerungszunahme ausgedrückt wird durch 6·1, 11·11, 11·39 Prozent. In Steiermark ist die Entwicklung eine viel langsamere, sie kennzeichnet sich durch die Ziffern 5·7, 5·75 und 6·46. Nicht so rasch wie in Triest, aber doch auch stark fortschreitend, sehen wir den Gang der Steigerung beschleunigt in Görz und Gradiska, wo 4·4, 5·71 und

11·94 Prozent die Bevölkerungszunahme kennzeichnen. Stark wächst auch die Bevölkerung im Vergleich zu früheren Jahrzehnten in Tirol, wo auf 0·9 Prozent 4·92 und 11·01 Prozent folgen; langsamer aber stetiger ist die Bevölkerungszunahme in Vorarlberg, wo sie durch 8·11, 11·34 und 12·51 Prozent gekennzeichnet wird. Auch Mähren zeigt eine ununterbrochene Steigerung der Bevölkerungszunahme in den drei letzten Jahrzehnten, sie wird klar gemacht durch die Aufeinanderfolge von 5·7, 7·07, 7·57 Prozent.

Von 1901 bis 1910 wuchs die Bevölkerung langsamer wie in den beiden vorangegangenen Jahrzehnten in Galizien, in der Bukowina und in Dalmatien. Galizien und die Bukowina zeigen ununterbrochene Minderungen der Zuwachsprozente, die für Galizien durch 10·9, 10·72, 9·70 Prozent veranschaulicht werden, in der Bukowina durch 13·1, 12·93 und 9·57 Prozent zum Ausdruck gelangen. In Dalmatien stieg die Bevölkerungszunahme von 1881 bis 1890 auf 1891 bis 1900 von 10·8 auf 12·58 Prozent; sie fiel dann in der Periode 1901 bis 1910 auf 8·73 Prozent zurück. In Oberösterreich haben wir in den Jahren 1901 bis 1910 5·28 Prozent, den höchsten Bevölkerungszuwachs im Laufe der letzten drei Jahrzehnte, 1881 bis 1890 betrug er bloss 3·5 Prozent und in den Jahren 1891 bis 1900 nur 3·11 Prozent. Noch stärker kommt diese Wellenbewegung zum Ausdruck in Kärnten, wo auf 3·5 Prozent 1·75 Prozent folgen, um dann auf 7·86 Prozent Bevölkerungszuwachs anzuschwellen. In Krain war die stärkste Bevölkerungszunahme, wenn auch eine absolut sehr geringe, 3·7 Prozent in den Jahren 1881 bis 1890; sie ging im folgenden Jahrzehnt auf 1·84 Prozent zurück, um sich im letzten Jahrzehnt auf 3·51 Prozent zu erheben. In Istrien hatten wir eine Bevölkerungszunahme von 8·8 Prozent in den Jahren 1881 bis 1890; sie ging im folgenden Jahrzehnt auf 8·64 Prozent zurück und sprang dann auf 16·95 Prozent hinauf. Böhmen hatte 1881 bis 1890 eine schwache Bevölkerungszunahme von 5·2 Prozent, die auf 8·14 Prozent im mittleren Jahrzehnt stieg, um auf 7·13 Prozent im letzten Jahrzehnt zurückzuweichen. Schlesien hatte 7·01 Prozent Bevölkerungszuwachs in den Jahren 1881 bis 1890; er wuchs dann auf 12·35 Prozent heran, um im letzten Jahrzehnt auf 11·24 Prozent zurückzufallen.

Der stärkere Bevölkerungszuwachs kann bestimmt werden durch den Ueberschuss der Geburtenzahl über die Zahl der Todesfälle oder durch ein das Abwandern übertreffendes stärkeres Zuwandern; für das verlangsamte Wachsen der Bevölkerung ist vielfach die starke Abwanderung, hie und da auch die Verminderung der Geburtenzahlen verantwortlich zu machen. Aus den interessanten, diese Ursachen einigermaßen aufklärenden Uebersichten in dem ersten Hefte des neuen Volkszählungswerkes können wir nur einige hervorstechende Angaben hier zusammenstellen, auf das Werk selbst muss verwiesen werden. Für Triest, dessen Bevölkerungszuwachs uns so stark in die Augen springt, ist von 1881 bis 1910 festzustellen, dass der Wandergewinn der Bevölkerung weit stärker ist als der der Geburten. So 1881 bis 1890 8178 Seelen Wanderüberschuss und 4444 Geburtengewinn, 1891 bis 1900 gar 16.908 Wandergewinn und bloss 4225 Geburtenüberschuss, 1910 36.537 Wandergewinn neben 14.374 Geburtenüberschuss. Welche Bedeutung eine derartige Bevölkerungszunahme auf die soziale Schichtung der Gesellschaft, auf die nationale Zusammensetzung der Bevölkerung, auf die politische Entwicklung hat, das lehrt die Geschichte Triest im verflossenen Jahrhundert überaus deutlich. Die starke Bevölkerungszunahme Istriens, die gleich im Anschluss an Triest zu betrachten ist, zeigt eine ganz andere Entwicklung: 1881 bis 1890 einen Geburtenüberschuss von 29.260, aber eine Abwanderung von 3656, 1891 bis 1900 einen Geburtenüberschuss von 35.012 und ein Steigen der Abwanderung auf 7572, im letzten Jahrzehnt aber eine natürliche Bevölkerungszunahme von 53.392 und ein Wandergewinn von 5124, der wohl zurückzuführen sein wird auf das Hinübergreifen der Triester Entwicklungstendenzen auf angrenzendes und gegenüberliegendes Gebiet und auf die Entwicklung eines neuen Anziehungspunktes im Polaer Kriegshafen. Wandergewinne im letzten Jahrzehnt, die die jüngste industrielle Entwicklung in den grossen Industrieländern so kräftig kennzeichnen, finden wir ausser in Triest und in Istrien nur noch in Niederösterreich und Salzburg, in Tirol und in Vorarlberg. Aber in all diesen Ländern, auch in Niederösterreich, bleibt der Wandergewinn hinter der natürlichen

Bevölkerungsvermehrung stark zurück. Sehr eigenartig ist die Entwicklung in Niederösterreich, wo die Wandergewinne in den letzten drei Jahrzehnten mit 170.829, 185.407 und 158.872 an sich nicht stark voneinander abweichen, aber im Verhältnis zur natürlichen Bevölkerungszunahme durchaus verschiedenen Charakter erhalten. Der Wandergewinn von 170.829 in den Jahren 1881 bis 1890 übersteigt den Geburtenüberschuss von 160.349, dagegen ist der stärkere Wandergewinn von 185.407 in den Jahren 1891 bis 1900 weit überholt durch den Geburtenüberschuss von 253.287. In den Jahren 1901 bis 1910 kommt dieser Abstand noch stärker zum Ausdruck, weil der Wandergewinn von 158.872 stark überflügelt wird durch den Geburtenüberschuss von 272.449. Man erkennt aus diesen Zahlen, dass die Anziehungskraft der Millionenstadt Wien weit hinter der vergleichbarer Grossstädte und ihrer Agglomerationen zurückbleibt. Wiens Bevölkerungszuwachs ist mehr auf die natürliche Bevölkerungszunahme wie auf die innere Wanderung zurückzuführen! Die Zuwanderung nach Wien gestaltet nun nicht mehr die Bevölkerung dieser Riesenstadt so stark um, wie das zur Zeit ihrer Entwicklung zur Weltstadt gewesen war. Diese Tatsache ist nicht bloss von der höchsten Bedeutung für das nationale Problem in Wien, sie ist auch ein eigentümliches Beurteilungsmoment für die industrielle Entwicklung unserer weitaus grössten Stadt. Eine Reihe von Anzeichen deutet darauf hin, dass die Verlegung der Industrie auf das Land zu einer für Wien immer stärker fühlbar werdenden Tendenz unseres grossen Unternehmertums wird.

Den reinen Zahlen nach ist noch merkwürdiger das Verhältnis von natürlicher und sozialer Bevölkerungsbewegung in Salzburg. In diesem Kronlande überstieg im Jahrzehnt 1881 bis 1890 der Wandergewinn (5276) den Geburtenüberschuss (4664), das gleiche war noch der Fall in den Jahren 1891 bis 1900, wo der Wandergewinn von 9780 Seelen den Geburtenüberschuss von 9473 Personen übertraf. Dann folgt aber eine fast Zweifel hervorrufende Entwicklung in den Jahren 1901 bis 1910: die natürliche Volksvermehrung verdoppelt sich dort, sie weist einen Gewinn von 17.384 auf, während der Wandergewinn auf weniger als die Hälfte zurückgeht, bloss noch 4590 beträgt. Ganz andere Zahlenreihen zeigen uns Tirol und Vorarlberg. In den Jahren 1881 bis 1890 hat Tirol einen Geburtenüberschuss von 27.516, dagegen einen Wanderverlust von 19.996, Vorarlberg einen Geburtenüberschuss von 4644 neben einem fast starken Wanderverlust von 4056. Das ändert sich schon im nächsten Jahrzehnt, der Geburtenüberschuss steigt in Tirol auf 37.987, der von einem wenn auch nicht grossen Wandergewinn von 2029 begleitet wird. Auch in Vorarlberg steigt der Geburtenüberschuss auf 8014 und ein erheblicher Wandergewinn von 5150 gesellt sich ihm zu, der mit der Entfaltung der Textilindustrie und der ostschweizerischen Maschinenstickerei im österreichischen Grenzgebiet parallel geht. Im letzten Jahrzehnt haben wir fast eine Verdoppelung des Tiroler Geburtenüberschusses, der mit 74.338 mehr Geburten als Sterbefällen eine neue Zeit für Tirol anzukündigen scheint, die auch gekennzeichnet wird durch einen grossen Wandergewinn von 19.563. In Vorarlberg wächst der Geburtenüberschuss auf 12.980, dagegen wird der Wandergewinn auf 3191 zurückgeschlagen.

Alle anderen Kronländer haben im Jahrzehnt 1901 bis 1910 Wanderverluste. Diese Wanderverluste zeigten sich in allen drei Jahrzehnten in Oberösterreich, Kärnten, Krain, Görz und Gradiska, Böhmen, Mähren, Schlesien, Galizien, in der Bukowina und in Dalmatien. Bloss Steiermark hat 1881 bis 1890 einen Wandergewinn von 9734 gegenüber Wanderverlusten von 5673 und von 16.084 in den beiden folgenden Jahrzehnten. Einen ununterbrochen steigenden Wanderverlust hat vor allem Galizien. Er betrug in den zehn Jahren 1881 bis 1890 erst 67.400, schnellte dann im Jahrzehnt 1891 bis 1900 auf 302.703 hinauf, um dann in der Periode 1901 bis 1910 mit 488.416 zu einer fürchterlichen Anklage gegen die soziale Ordnung zu werden. Aehnlich ist die Entwicklung in der Bukowina, wo der Wanderverlust in den Jahren 1881 bis 1890 bloss 784 war, schon im folgenden Jahrzehnt schnellte er auf 13.644 an und im letzten Jahrzehnt auf 35.194 hinauf. Eine Steigerung des Wanderverlustes, wenn auch keine so sprunghafte, zeigt Krain, wo durch die stärkere Abwanderung in den Jahren 1881 bis 1890 20.590 Menschen dem Lande verloren gingen, im anschliessenden Jahrzehnt, 1891 bis 1900, wuchs der Verlust auf 32.491 und dann im letzten Jahrzehnt auf

33.965. Auch Mähren zeigt schwere Abwanderungsverluste, so in den Jahren 1881 bis 1890 von 53.421, 1891 bis 1900 von 75.581 und endlich 1901 bis 1910 schon 93.928.

Ungleichmässig sind die Wanderverluste in den anderen Kronländern. Der starke Wanderverlust Böhmens war am erheblichsten mit 191.378 in den Jahren 1881 bis 1890, verhältnismässig am geringsten im letzten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts mit 121.244, um dann wieder anzusteigen auf 171.513 in den Jahren 1901 bis 1910. Bedenklich war die Entwicklung in Schlesien, wo zwischen 1881 und 1890 die Bevölkerungsabnahme infolge Wanderung 6927 betrug, dann der Wanderverlust (548) fast völlig verschwand, um die für das Ländchen erschreckliche Höhe von 17.003 im Jahrzehnt 1901 bis 1910 zu erreichen. Dalmatien hatte in den drei aufeinanderfolgenden Jahrzehnten schwere Wanderverluste von 13.845, 12.499 und 31.814. Sehr erheblich wurden auch die Wanderverluste Oberösterreichs, die 1881 bis 1890 mit 1326 noch nicht bedenklich waren, dann aber im folgenden Jahrzehnt auf 22.042 hinaufschleunten und in den Jahren 1901 bis 1910 noch 17.668 betrogen. Ganz anders war die Entwicklung in Kärnten, wo Wanderverlusten von 6608 in den Jahren 1881 bis 1890 bedeutsam grössere von 15.607 in den Jahren 1891 bis 1900 folgten, um im letzten Jahrzehnt auf 1981 zurückzusinken. Görz und Gradiska haben ein ununterbrochenes Fallen der Abwanderung zu verzeichnen: 12.667 Abwandernden in den Jahren 1881 bis 1890 folgten 8111 in den Jahren 1891 bis 1900, 3741 in den Jahren 1901 bis 1910.

Selbstverständlich zeigen diese Zahlenangaben nur ein Endergebnis des Vergleiches von Zu- und Abwanderung für ein Kronland, nicht die oft bedeutsameren Wanderungen innerhalb eines Kronlandes und nicht die zahlreichen Wanderungserscheinungen, die sich ausgleichen werden. So hat Schlesien, das in den drei letzten Jahrzehnten ununterbrochene Wanderungsverluste aufweist, eine sehr starke Zuwanderung polnischer und ruthenischer, auch nordmährischer, vereinzelt auch preussisch-schlesischer Arbeiter und Wiener und reichsdeutscher Angestellter in das Ostrau-Karwiner Bergwerks- und Industriegebiet aufzuweisen. Aber diese Zuwanderung wird mehr als wettgemacht, wie die von uns angeführten Schlusszahlen der Wanderbewegung erweisen durch die überaus starke Abwanderung deutscher Bergarbeiter und anderer seit altersher in Oesterreichisch-Schlesien heimischer Arbeiterfamilien und Arbeiter. Anders liegen die Verhältnisse in Galizien und in der Bukowina, wo der Massenabwanderung fast gar keine Zuwanderung bei bedeutsamen Binnenwanderungen in Galizien gegenübersteht. Wiederum anders liegen die Wanderergebnisse in Triest und in Niederösterreich, wo der Zuwanderung zur Grossstadt eine nicht mehr ins Gewicht fallende, meist bloss zeitweise Abwanderung gegenübersteht.

Wenn wir hier kleinere Verwaltungsbezirke oder die einzelnen Orte ebenso vergleichen könnten, wie dies für die Kronländer geschah, was dem Benützer der summarischen Ergebnisse der Volkszählung durch das Studium der grossen zweiten Tabelle möglich wird, so würde man erst die Bedeutung der Zahlen wie ihre Entstehungsursachen erkennen. Da sieht man zum Beispiel, dass im letzten Jahrzehnt von den acht Städten und politischen Bezirken Istriens nur drei Wandergewinne aufweisen, während fünf Wanderverluste hatten, wie das ganze Kronland in den beiden vorangegangenen Jahrzehnten, dass Wien ebenso wie ganz Niederösterreich, wenn aber lange nicht in dem gleichen Abstände, sich mehr durch Geburtenüberschuss (161.792) vermehrt hat, wie durch Wanderbewegung (140.998). In den Jahren 1900 bis 1910 hatte aber die Stadt Waidhofen an der Ybbs einen Ueberschuss von Todesfällen über die Geburten, dafür jedoch einen diesen Verlust stark ausgleichenden Wandergewinn, in Wr.-Neustadt war der Wandergewinn fast 13mal so gross wie der Geburtenüberschuss; in Niederösterreich hatten 12 politische Bezirke Wanderverluste, während 14 Wandergewinne aufwiesen. In Oberösterreich können sich nur die Städte Linz und Steyr und der in der Industrialisierung begriffene politische Bezirk Wels Wandergewinne rühmen, alle anderen 13 politischen Bezirke weisen Wanderverluste auf. In Galizien hatten die Städte Lemberg und Krakau erhebliche Wandergewinne, dann sechs politische Bezirke weit geringere Wandergewinne, alle übrigen 74 politischen Bezirke haben traurige Wanderverluste.

Nur Salzburg, Görz und Gradiska, Tirol und Vorarlberg wiesen in dem Jahrzehnt 1900 bis 1910 keine Bezirke mit gleichgebliebener oder abnehmender Bevölkerung auf. Relativ am stärksten sind Bezirke dieser Art vertreten in Krain mit 5 von 12 Bezirken, rund je ein ganzes Viertel kommt in jedem der Sudetenländern vor. Das grösste zusammenhängende Gebiet mit stagnierender oder rückgängiger Bevölkerung befindet sich in den vorhergegangenen Jahrzehnten im südlichen Mittelböhmen. 1880 wurde dieses Gebiet rückläufiger Bevölkerung zum erstenmale festgestellt. Es hat sich sowohl seiner Lage und seiner Ausdehnung nach vielfach geändert und erstreckt sich nach den Ergebnissen der Volkszählung in einem gegen das Jahr 1900 wesentlich eingeschränktem Masse auf die Bezirke Pörschitz, Rokitza, Blatna, Strakonitz und Schüttenhofen am linken Moldauufer und auf die Bezirke Selčan, Mühlhausen, Moldauthein, Tabor und Beneschau am rechten Moldauufer, dann noch weiter auf Kuttentberg und Časlau. Im Jahre 1900 war das Gebiet erheblich grösser, doch ist heute noch eine Brücke zu den rückläufigen Bezirken Mährens vorhanden*.

Mehr als in irgendeinem der nördlichen und westlichen Länder Europas beeinflusst die Wanderbewegung die Bevölkerungsverschiebung in Oesterreich. Während ganz Oesterreich und alle seine Kronländer in den drei vorangegangenen Volkszählungen Geburtenüberschüsse über Todesfälle zeigen, haben wir für ganz Oesterreich in allen drei Volkszählungen und für 12 Kronländer in der Volkszählung von 1890 für ebensoviele in der Volkszählung vom Jahre 1900 und für 11 Kronländer in der Volkszählung vom Jahre 1910 Bevölkerungsverluste festzustellen. Das natürliche Wachstum unserer Bevölkerung kommt in unserer Statistik wegen der Wanderverluste nicht zum vollen Ausdruck.

Während die österreichische Bevölkerung in den Jahren 1901 bis 1910 um 9·26 Prozent zunahm, finden wir in Preussen eine Zunahme in der gleichen Periode von 16·5 Prozent, in Bayern von 11·3 Prozent, in Sachsen von 14·3 Prozent, in Württemberg von 12·3 Prozent, im ganzen Deutschen Reich von 15·2 Prozent, in der Schweiz, wo noch mehr wie in Deutschland über die ungenügende Geburtenzahl geklagt wird, eine Vermehrung von 12·9 Prozent, in England und Wales von 10·9 Prozent, in Dänemark von 12·7 Prozent, in den Niederlanden (1900 bis 1909) von 14·7 Prozent, in Belgien von 10·9 Prozent, in Serbien von 16·8 Prozent, in Rumänien (1900 bis 1909) 15·3 Prozent, in Bulgarien 14·4 Prozent. Alle diese Staaten haben also eine erheblich stärkere Bevölkerungszunahme wie Oesterreich. Angefügt sei noch Bosnien und die Herzegowina, deren Bevölkerung zwischen 1895 und 1910 um 21 Prozent zunahm. Geringer als die österreichische Zunahme war die Ungarns, die in dem gleichen Jahrzehnte, in dem Oesterreichs Bevölkerung um 9·26 Prozent wuchs, bloss eine Zunahme von 8·5 Prozent aufweisen konnte. Geringere Zunahmen wie in Oesterreich hatten ferner in diesen Jahren Schottland mit 6·4 Prozent, Schweden mit 7·5 Prozent, Norwegen mit 7·7 Prozent, Frankreich mit 2·9 Prozent, Italien mit 6·8 Prozent, und Spanien mit 4·8 Prozent. Das einzige Land, das in diesem Jahrzehnt eine Bevölkerungsabnahme, und zwar von 1·7 Prozent aufweist, war Irland.

Während der Wanderverlust Oesterreichs in der Spanne Zeit zwischen den beiden letzten Volkszählungen 2·61 Prozent betrug, hatten Wandergewinne aufzuweisen Bosnien und die Herzegowina (1895 bis 1910) von 6·5 Prozent, Preussen von 0·1 Prozent, die Schweiz 2·1 Prozent, Frankreich 1·9 Prozent, Belgien 0·5 Prozent, Serbien 0·3 Prozent. Wanderungsverluste, die aber kleiner sind als die österreichischen hatten das Deutsche Reich mit 0·2 Prozent, England und Wales mit 1·5 Prozent, Dänemark mit 2·4 Prozent, die Niederlande mit 2·1 Prozent, Rumänien mit weniger als 0·1 Prozent. Dagegen sind die Bevölkerungsverluste durch die Wanderbewegung grösser als in Ungarn, wo sie 3·2 Prozent, in Schottland wo sie 5·8 Prozent, in Irland, wo sie mit 7·4 Prozent am höchsten waren. Nicht viel geringer waren sie in Norwegen mit 6 Prozent, noch recht stark in Schweden mit 3·8 Prozent, erheblich in Spanien mit 4·6 Prozent und in Italien mit 4·3 Prozent, noch bedeutender in Bulgarien mit 5·8 Prozent.

* Wir verweisen auch auf die Erörterungen Otto Bauers über die Volkszählungsergebnisse in Böhmen in der Abhandlung über den böhmischen Ausgleich auf Seite 480 ff. dieses Heftes.

Diese Vergleiche lehren, dass die Bevölkerungsbewegung Oesterreichs erheblich ungünstiger ist wie der meisten europäischen Staaten. Wir haben die Perioden hochkapitalistischer rascher Bevölkerungszunahme noch nicht durchgemacht und sind schon von der rückläufigen Bewegung erfasst. Bei uns fehlt aber vollkommen das Interesse für diese Probleme der Bevölkerungszunahme, über die man sich heute im Deutschen Reiche in die ernsthaftesten Diskussionen verstrickt. Würde man im Deutschen Reiche und in Preussen ein so starkes Ueberwiegen der Abwanderung über die Zuwanderung festzustellen haben wie in Oesterreich, würde der Geburtenüberschuss über die Todesfälle auf den österreichischen Stand hinuntergedrückt sein, würde die tatsächliche Bevölkerungszunahme so gering sein wie in Oesterreich, so würden alle politischen, sozialen, militärischen Fragen beeinflusst werden durch die Erörterung dieser Volkszählungsergebnisse. Es kennzeichnet die Oberflächlichkeit von Regierung, Parteien und Presse Oesterreichs, dass man selbst in einer Zeit politischer Totenstille für diese Ergebnisse keiner ernsthaften Erwägung Raum lässt. Die hohe Bedeutung der Bevölkerungsbewegung, der Bevölkerungsverluste durch die Abwanderung, für Oesterreich Probleme höchster Bedeutung, zur Diskussion zu stellen, fällt den Herrschenden nicht ein, bestenfalls als gleichgültiger Notizenkram wird das Ergebnis unserer Volkszählung von der Presse gewürdigt.

Es ist dies um so mehr zu bedauern, als sich die Veröffentlichung der Volkszählung von 1910, soweit das erste Heft schliessen lässt, diesmal durch Klarheit und Uebersichtlichkeit auszeichnet. Die bedeutsamsten Ergebnisse der Veröffentlichung sowie die Statistik der Beschäftigungen und der Berufe stehen noch aus. Schon das erste Heft der Volkszählungsergebnisse, das eine neue, sich durch ein bequemerer Format, übersichtliche Ausstattung und klare statistische Karten auszeichnende Folge der „Oesterreichischen Statistik“ eröffnet, verdient das höchste Interesse aller ernsthaften Politiker und Oekonomen in Oesterreich.

J. Meerfeld (Köln): Päpstliche Gewerkschaften

Sehr gerne entspreche ich dem Wunsche der Redaktion des „Kampf“, den im Lager des reichsdeutschen Klerikalismus aufs neue entbrannten Gewerkschaftsstreit zu skizzieren. Vor österreichischen Lesern muss ich dabei allerdings etwas weit ausholen.

Das deutsche Zentrum hat geschickte Führer. Als nach dem Erlöschen des Sozialistengesetzes zu Beginn der Neunzigerjahre die sozialdemokratische Bewegung mächtig emporschoss und auch die Gewerkschaften, der Fesseln ledig, sich neu zu entfalten begannen, erkannten die weitestblickenden der klerikalen Strategen, dass auch sie sich fürder nicht mehr damit begnügen könnten, die katholischen Industriearbeiter auf das Himmelsmanna zu vertrösten und ihr irdisches Wohlergehen mit etwas sozialpolitischer Flickschusterei für ausreichend gewährleistet zu halten. Dazu kam noch: der „Kulturkampf“ flaute immer mehr ab; das Zentrum, dessen junkerlich-bourgeoise Elemente gierig nach den kapitalistischen Fleischtöpfen hinüberlugten, wurde aus einer Oppositionspartei zu einer Regierungspartei; es zog also weder mehr das Kulturkampfgeheul noch die bis dahin beliebte Oppositionsgrimasse bei den proletarischen Anhängern. Dem Zentrum drohte eine schwere Krise. „Es muss etwas geschehen“ — dieser verlangende Ruf erscholl im Kreise der Intimen lauter und lauter. Man sah die grosse Zukunft des beruflichen Korporationswesens voraus, man erwog ängstlich, dass die völlige Untätigkeit des Zentrums auf diesem Gebiete mit einer Massenflucht der katholischen Arbeiter gestraft werden müsse, und so reifte in den Köpfen der Schlauesten allgemach die Idee, Gewerkschaften von Zentrumsgnaden zu gründen. Im Süden und Südosten, namentlich aber im industriell hochentwickelten Westen Deutschlands, schwören noch Zehntausende industrieller Arbeiter, in denen die klerikale Ideologie noch mächtig fortwirkt, zur katholischen Kirche und zum Zentrum. Die christlichen Gewerkschaften sollten ein weiteres Mittel zur Verteidigung der klerikalen Herrschaft gegen die dräuende

Sozialdemokratie sein, ihre Gründung ein kühner Versuch, sich den Forderungen des modernen Wirtschaftslebens möglichst anzupassen, um bei dem Tohuwabohu der kapitalistischen Entwicklung nicht völlig unter die Räder zu kommen. Das Zentrum weiss, dass es in den Grossstädten und industriell durchsetzten Landgebieten keine neuen Eroberungen mehr machen kann; es muss schon zufrieden sein, dort seinen alten Besitzstand behaupten zu können, und die Furcht, die städtischen und industriellen Wahlkreise gänzlich zu verlieren und dadurch zu einer blossen Bauernpartei herabzusinken, treibt es zu gewaltigen Anstrengungen im Kampfe gegen die Sozialdemokratie.

Ursächlich zusammen mit dem Fall des Sozialistengesetzes und dem damit verbundenen neuen Aufstieg der Sozialdemokratie hingen die unter dem jugendlich-romantischen Kaiser erscheinenden Februarerlässe, die eine fruchtbare Aera neuer sozialer Reformen ankündeten. Nachdem zwölf Jahre lang die Peitsche vergebens auf die Arbeiter niedergesaust war, sollte es mit der obrigkeitlichen Zuckerbrotfütterung versucht werden. Das sozialpolitische Dilettantentum regte sich damals an allen Ecken und Enden. Und im Mai 1891 erschien jene Enzyklika *Rerum novarum* Leo des XIII., die die soziale Frage im Sinne der katholischen Kirche zu lösen trachtete. Freilich stand der Inhalt der Enzyklika in total umgekehrtem Verhältnis zu dem ihretwegen erhobenen Reklamegeschrei. Auch Leo XIII. war auf sozialem Gebiete nur ein Dilettant. Ohne von den Entwicklungstendenzen der kapitalistischen Gesellschaft, ohne von dem Lehrgehalt des wissenschaftlichen Sozialismus auch nur einen Schimmer von Begriff zu haben, warf er sich zum Richter auf über das gewaltigste Problem, dass je die Menschheit beschäftigt hat. Wie eine bittere Ironie wirkt es, dass heute auf die Enzyklika just die klerikalischen Gegner der christlichen Gewerkschaften wie auf die Bibel schwören und aus ihr die Schwerter schmieden, womit der modernistische Gewerkschaftsgedanke unbarmherzig abgemurkst wird. In jene Zeit des Neuaufstieges der Sozialdemokratie fällt bezeichnenderweise auch die Gründung des heute so mächtigen „Volksvereines für das katholische Deutschland“. Der erste Aufruf dazu erging bereits im Herbst 1890, und darin wurde unter Hinweis auf die Sozialdemokratie als Zweck des Vereines angegeben, „die Irrtümer und Umsturzbestrebungen auf sozialem Gebiete zu bekämpfen und die christliche Gesellschaftsordnung zu retten“ — was in ehrliches Deutsch übertragen heissen will: die Interessen des Klerikalismus vor dem Ansturm des Sozialismus zu schützen. Ganz offen wurde in jenen Jahren der politische Zweck der christlichen Gewerksvereinsgründungen betont und es ist bemerkenswert, dass zu Beginn der Neunzigerjahre immer nur die Rede war von der Gründung rein katholischer Gewerkschaften. Sie forderte unablässig die führende „Kölnische Volkszeitung“ und sie forderte noch im Jahre 1894 der bekannte Sozialpolitiker des Zentrums, Professor Hitze, als er im August jenes Jahres mit seinen Leitsätzen zur Bildung von beruflichen Fachabteilungen innerhalb der katholischen Arbeitervereine auftauchte. Das ist begreiflich. Der Klerikalismus erkennt neben dem römisch-katholischen kein anderes Bekenntnis an. Bei der engen Beziehung, die er zwischen Dogma und Sittlichkeit konstruiert, gibt es für ihn nur eine Moral: die aus dem spezifisch katholischen Bekenntnis fliessende. Darum wurde auch an der Forderung rein katholischer Gewerkschaften eine Zeitlang beharrlich festgehalten. In den Leitsätzen einer im Jahre 1894 in Köln abgehaltenen Präsidialkonferenz der Erzdiözese heisst es unter 4:

„Der beste und sicherste Weg zur Erreichung einer gesunden, erfolgreichen gewerkschaftlichen Organisation unserer Arbeiter — sei es selbständig, sei es im Rahmen der bestehenden Organisationen — ist die Bildung von Fachabteilungen in den katholischen Arbeitervereinen.“

Das war bereits ein halbes Zugeständnis an die christlichen Gewerkschaften, denn kurz vorher war schon im Ruhrgebiet der interkonfessionelle Gewerkverein der Bergarbeiter gegründet worden. Ohne von seinem Prinzip etwas preiszugeben, hat der Klerikalismus sodann in der Zukunft dem Gewerkschaftsgedanken notgedrungen noch weitere Zugeständnisse machen müssen. Die Kölner Generalversammlung der Katholiken Deutschlands (1895) bezeichnete in einer Resolution die Gliederung der Arbeitervereine in Fachabteilungen als „ersten Schritt zur Anbahnung einer fachgenossenschaftlichen Organisation der gewerblichen Arbeiter auf christlichem Boden“.

Die Dortmunder Katholikenversammlung fasste im Jahre darauf eine ganz ähnliche Resolution. Zwischen Fachabteilungen und christlicher Gewerkschaft sollte nach dem Willen ihrer Macher nicht etwa ein rein äusserliches Verhältnis bestehen, sondern ein innerer, fest geregelter, organischer Zusammenhang; die Gewerkschaften waren nur als leichter Ueberbau auf einer um so solideren konfessionellen Grundlage gedacht. Es kam anders — und gerade daraus sind jene Differenzen entsprungen, die jetzt wieder durch die päpstlichen Kundgebungen im Vordergrund des Interesses stehen. Die superklugen klerikalen Führer hatten mit der Gründung gewerkschaftlicher Organisationen den Geist des Klassenkampfes in die eigenen Reihen getragen; schon nach verhältnismässig kurzer Zeit hatten sie alle Ursache, das eigene Werk entsetzt anzuschauen und die gewaltigsten Anstrengungen zu machen, des leichtfertig angefachten Feuers wieder Herr zu werden. Gerade durch die Zwitterstellung der Organisationen, die ihren Zweck: der Erhaltung und Festigung der Zentrumsherrschaft, der Herrschaft des Klerikalismus, nicht völlig untreu werden durften, andererseits aber aus Selbsterhaltungstrieb auch wirklich gewerkschaftlich tätig sein wollten, ist jenes kunterbunte Bild von fortwährenden Schwankungen und Wirrungen, von nie aufgehörenden schweren inneren und äusseren Kämpfen entstanden. Ein fortwährender Taumel zwischen Radikalismus und Knechtseligkeit, zwischen Klassenkampfgeleuten und Streikbruchstimmung, zwischen dem Pochen auf die Selbständigkeit als Arbeiterorganisation und dem Ducken unter die höhere Gewalt von Partei und Kirche. Heute von Regierung, Parteien und Unternehmern gestreichelt, morgen mit Fusstritten bedacht; heute als die Rettung vor dem Umsturz gepriesen und morgen mit den Sozialdemokraten auf eine Stufe gestellt; heute dem Unternehmertum Streikbruchdienste geleistet und morgen, wenn selber Forderungen gestellt wurden, wie ein lästiger Hund von der Türe gewiesen. Dazu dann noch in einem brudermörderischen Kampf mit eigenen Partei- und Glaubensgenossen verwickelt! 1899 wurde auf dem Mainzer Kongress der christlichen Gewerkschaften die politische Neutralität verkündet, aber die Frage des gleichen Wahlrechts als eine Grundforderung der Arbeiterschaft festgehalten. Im Jahre 1908 wurde aber auch diese Forderung ausgemerzt und gänzliche politische Enthaltensamkeit beschlossen — wodurch es denn den christlichen Führern möglich gemacht wurde, sich an der Finanz- und Steuerpolitik, der Wirtschafts- und Handelspolitik mit ihren in das Arbeiterdasein tief einschneidenden Fragen ebenso feige vorbeizudrücken wie um die Wahlrechtsfragen für Staat und Gemeinde.

Diese Entwicklung hat sich, wie schon erwähnt, keineswegs in gerader Linie vollzogen, wenngleich ein immer tieferes regelrechtes Abgleiten in den Sumpf der klerikal-junkerlich-kapitalistischen Politik zu beobachten ist. Der hervorragendste Führer der christlichen Gewerkschaften, Giesberts, sagte auf dem Frankfurter Kongress im Jahre 1900: „Wir gehen mit den anderen Organisationen in praktischen Fragen Hand in Hand, wir wollen, wo sich etwas erreichen lässt für die Arbeiterschaft, treu zu unseren kämpfenden Brüdern stehen.“ Und auf dem ersten deutschen Arbeiterkongress (1903), der ebenfalls in Frankfurt abgehalten wurde, sagte derselbe Giesberts:

„Es mag draussen vielleicht Leute geben, die uns gern als Sturmbock gegen die Sozialdemokratie sähen, denen aber die praktische Sozialreform ein Greuel ist. Ich muss demgegenüber betonen, mit der Sozialdemokratie mögen sich zunächst diejenigen herumschlagen, die sie geschaffen haben, diejenigen, die durch ihre Misswirtschaft auf sozialem Gebiet die deutschen Arbeiter gewissermassen der Sozialdemokratie in die Arme getrieben haben. Wir sind Arbeiter, und alle Arbeiter sind unsere Klassengenossen, mit denen wir gemeinsam unter den sozialen Uebelständen leiden.“

Mit dieser aus dem proletarischen Klassenbewusstsein impulsiv entsprungenen Solidaritätskundgebung vergleiche man, was auf dem Breslauer Kongress der christlichen Gewerkschaften (1905) der Vorsitzende Schiffer sagte:

„Wir sind nationale Organisationen. Wir wollen durch unsere Organisation den Regierungen, den Behörden und der Öffentlichkeit zeigen, dass es auch noch andere Arbeiter in Deutschland gibt als die regierungsfeindlichen und die gegenwärtige Staatsform bekämpfenden Sozialdemokraten.“

Auf demselben Kongress erklärte der Generalsekretär Stegerwald der Sozialdemokratie den Krieg im Namen der bürgerlichen Parteien, und Giesberts, der inzwischen zur Würde eines Reichstagsabgeordneten aufgestiegen war, führte aus:

„Wir glauben, dass die Zeit gekommen ist, wo das deutsche Volk über die konfessionellen Gegensätze hinweg sich die Hände reichen muss zur Verteidigung der gemeinsamen religiösen und vaterländischen Ideale, zur Erkämpfung gerechter sozialer Zustände, und vor allen Dingen wir Arbeiter haben alle Veranlassung, die konfessionellen Zwistigkeiten unter uns nicht aufkommen zu lassen mit Rücksicht auf die Geschlossenheit des uns gegenüberstehenden Gegners.“

Für den Zentrumsabgeordneten Giesberts war dieser Gegner schon niemand anders mehr als die Sozialdemokratie. Immer mehr gingen in der Folge die Gewerkschaftschristen mit der Reaktion durch dick und dünn: sie unterstützten bei den Wahlen, 1907 sowohl wie 1912 die bürgerlich-reaktionären Kandidaten, selbst die des schamlosesten Junkertums, gegen die sozialdemokratischen Klassengenossen, und priesen sich selber immer mehr und immer aufdringlicher als Sturmbock gegen die Sozialdemokratie an, den zu sein im Jahre 1903 Herr Giesberts so entschieden abgelehnt hatte. Die Arbeiterinteressen wurden den Christlichen immer gleichgültiger, der Kampf gegen die Sozialdemokratie, der Ehrgeiz, eine zuverlässige Schutztruppe der Reaktion zu sein, wurde mit immer noch wachsendem Eifer in den Vordergrund ihrer Tätigkeit gestellt. Die Streikbruchschmach des Gewerkvereines der Bergarbeiter im Ruhrgebiet im Frühjahr 1912 war die Krönung ihrer Infamien. Mehr als je von ihren klerikal-orthodoxen Gegnern verdächtigt und bedrängt, in zitternder Erwartung eines römischen Verdammungsurteils, sollte dieser Streikbruch ihnen Hilfe in der Not bringen. Der klassenstaatlichen Regierung, den Junkern, den Scharfmachern, den kirchlichen Machthabern sollte an einem eklatanten Beispiel die reaktionäre Zuverlässigkeit der christlichen Gewerkschaften vor Augen geführt werden. Die Christenführer haben sich in ihrem wechselvollen Dasein noch niemals so mit Schmach und Schande bedeckt wie bei diesem Ruhrstreik, der dann auch ausschliesslich infolge ihres niederträchtigen Verräterspiels verloren ging. Und nach vollbrachter Tat triumphierten sie mit den grosskapitalistischen Scharfmachern um die Wette. Ein unsäglich beschämendes Schauspiel! „Der Gewerkverein christlicher Bergarbeiter ist eine Arbeiterorganisation gegen die Sozialdemokratie, nicht gegen die Unternehmer“, so sagte seinerzeit im preussischen Abgeordnetenhaus der klerikale Sozialpolitiker Hitze, und das Wort bewahrheitet sich heute, das der Kölner Weihbischof Schmitz am 18. Oktober 1897 in einer Versammlung in Krefeld sprach: „Die christlichen Bergarbeiter bekämpfen als den einen und einzigen Feind den Gedanken und die Partei des Umsturzes, die Sozialdemokratie.“

An der Erfüllung dieses ihres wirklichen Berufes ist durch die gelegentlich immer noch hervorbrechenden proletarischen Instinkte dieser oder jener Führer, dieser oder jener Gewerkschaftsblätter nichts geändert worden. Wenn noch 1908 der christliche Bergarbeiterführer Effert die ganze deutsche Industrie zu ruinieren drohte, weil die Bergleute „des Bettelns und Bittens endlich müde seien“; wenn der „Bergknappe“ (1902) die „Tyrannen an den Bettelstab“ wünschte, „die vom Schweisse der Arbeiter ihren faulen Körper mästen, den Arbeitern kümmerlichsten Lohn zahlen und ihnen das Organisationsrecht vorenthalten“; wenn das Verbandsorgan christlicher Maler (1908) ausrief: „Bringt den Arbeitern Klassenbewusstsein bei, dann mögen die Wölfe anderswo suchen, wo sie Lämmer finden“, und der christliche „Holzarbeiter“ (1907) verkündet: „Unser Kampf richtet sich in seinem Endziel gegen alles das, was sich der Gleichberechtigung der Arbeiter auf allen Gebieten unserer Kultur entgegenstellt“, so verschwinden doch solche Temperamentsausbrüche in dem Hexensabbath antisozialistischer und antiproletarischer Brandreden der Christenführer, sie verschwinden erst recht vor den Taten jener Herren, die sich je länger je mehr als die festesten Stützen „unserer von Gott gewollten Gesellschaftsordnung“ (so schrieb im Juni 1912 die klerikale „Saarpost“) zu erweisen trachten und sich mit immer noch niederträchtigeren Streichen beschmutzen. Junker und Scharfmacher sind ihre Freunde geworden, die Regierung klammert sich an sie wie an eine letzte Hoffnung, der gesamte Reaktionsklüngel scharft sich um die christlichen Gewerkschaften als die zuverlässige Schutztruppe gegen den

Befreiungskampf der Arbeiterklasse. Dieses Anlehnsbedürfnis ist beiderseitig vorhanden. Die Christlichen wissen, wo die Wurzeln der sozialistischen Bewegung liegen, wie stark sie sind und wie tief sie gehen. Sie wissen aber auch, dass sie demgegenüber nur ein schwankes gebrechliches Rohr sind, das dem Winde hilflos preisgegeben ist. Deshalb suchen sie Schutz bei stärkeren Mächten: bei den Regierungen und den blauschwarzen Parteien, bei der Kirche und beim Unternehmertum, wo sie sich als Stütze von Ordnung und Sitte und als Bekämpfer des Umsturzes anpreisen.

Es ist notwendig, bevor wir die weitere Entwicklung schildern, die sozialen Ideen des Katholizismus kurz zu untersuchen. Ein soziales Programm hat weder das Zentrum, noch hat es die katholische Sozialpolitik überhaupt. Zwar ist 1894 von mehreren katholischen Sozialpolitikern, darunter Dr. Oberdörffer und dem bekannten Jesuiten Lehmkuhl, ein katholisch-soziales Programm entworfen worden, aber es stellte weder klar formulierte Forderungen auf, noch haben sich jemals die katholischen Sozialpolitiker oder gar die klerikalen Abgeordneten um dieses Programm gekümmert. Im Februar 1897 beklagte Dr. Oberdörffer in einem Vortrage, den er vor Bonner Studenten hielt, die geringen Erfolge der katholischen Arbeiterorganisationen, und sagte dazu: „Der Grund ist leicht zu finden. Es fehlt uns ein klares sozialpolitisches Programm, formuliert auf Grundlage der päpstlichen Enzyklika, wonach in den Vereinen gearbeitet wird. Aber die politische Partei, auf welche unsere Vereine angewiesen sind, will von einem solchen Programm nichts wissen.“ Bei diesem Mangel ist es bis heute geblieben. Es ist eben so: die programmlose Fortwurstelei ist eine der Lebensbedingungen des aus allen möglichen Schichten zusammengesetzten Zentrums, dessen Politik überdies von Interessengruppen bestimmt wird, die jeder Arbeiterbewegung, auch einer noch so christlichen, feindlich gegenüberstehen. Ueberaus bezeichnend ist es auch, dass heute fast alle klerikalen Sozialpolitiker sorgfältig vermeiden, sich mit der heutigen Ordnung prinzipiell auseinanderzusetzen. Und doch widerspricht im Grunde die kapitalistische Gesellschaftsordnung katholischen Anschauungen. In früheren Jahrzehnten zeigten die klerikalen Sozialpolitiker darin etwas mehr Mut: Bischof Ketteler, Domkapitular Moufang und andere haben die Unvernunft der heutigen sozialen Zustände scharf zu kennzeichnen verstanden; der katholische Theologe und Zentrumsabgeordnete Professor Hitze zitierte in seinem Buche „Kapital und Arbeit“ den heiligen Thomas von Aquino, der die heutige private Gestaltung des Eigentums als eine „wesentliche Verunstaltung der Menschen“ bezeichnet. Derselbe Herr Hitze sagt in diesem Buch, man dürfe es dem Sozialismus getrost als Verdienst anrechnen, wenn er nicht die kapitalistische Gesellschaftsordnung als die allein berechnete und beste anerkennen wolle. Mit Nachdruck weist Hitze hin auf den unnatürlichen Zustand, dass Arbeiter hungernd und müssig umhergehen müssen, er fordert einen Ausgleich und verlangt, dass man gegebenenfalls den des Sozialismus akzeptieren müsse: „Ausgleich durch die ordnende Staatsgewalt“. Den Sozialismus ohne weiteres schmähen und verwerfen, sei sehr unvorsichtig, sagt Hitze ferner. Er rühmt ihm nach, er repräsentiere ein System, so konsequent und grossartig, dass es wohl zu begreifen sei, wenn grosse Denker und edle Männer sich für ihn begeisterten.

Einen grundsätzlichen, gegen den Kapitalismus gerichteten Artikel veröffentlichte im Herbst 1898 auch die „Deutsche Reichszeitung“ in Bonn, ein bekanntes Zentrumsblatt. „Wir müssen den Kampf des Sozialismus“, so schrieb sie, „gegen das absolute, aus rein heidnischen Begriffen stammende Eigentum als etwas Berechtigtes, den christlichen Ideen Verwandtes betrachten. Wir streben mit den Sozialdemokraten eine durchgreifende, radikale Reform des Eigentums an.“ Noch im Jahre 1908 erschien in der Bonifaziusdruckerei in Paderborn ein Buch des katholischen Geistlichen Hohoff, worin die völlige Vereinbarkeit sozialdemokratischer Lehren mit dem Christentum zugegeben und verteidigt wurde. Auch der Kleriker Dr. Franz Kempel sagt in seiner Schrift „Die christliche und die neutrale Gewerkvereinsbewegung“ (1901):

„Des Rätsels Lösung kann das Gewerkvereinsleben nicht bedeuten! Man muss sich endlich einmal voll und ganz von der Ueberzeugung durchdringen lassen, dass das ganze heutige Erwerbsleben auf einer unbedingt falschen Grundlage beruht, dass unsere Erwerbs-

und Gesellschaftsordnung weit, ungeheuer weit entfernt ist, eine christliche zu sein. Die wilde Konkurrenzwirtschaft ist das Uebel der Uebel. Sie hat die Menschheit in Klassen zerrissen, die mehr und mehr den Charakter von Kasten anzunehmen drohen. Das letzte Ziel muss darum unbedingt in der Beseitigung der wilden Konkurrenzwirtschaft auf allen Gebieten des Völkerlebens erblickt werden.“

Kempel fordert die Aufrechterhaltung der Grossbetriebe nur dort, wo es das materiell-leibliche und geistig-sittliche Wohl der Menschheit verlangt, in diesem Falle aber ihre Ueberführung in öffentliches Eigentum, und er schliesst:

„Mit einem Aufschrei heiliger Entrüstung wollen wir es daher in alle Welt immer und immer wieder hinausrufen, so laut und so durchdringend, bis es jeder, der Ohren hat zu hören, hören kann: der Kapitalismus ist der Feind! — der Kapitalismus, der aber seinen Nähr- und Mutterboden hat einzig und allein in dem vielgerühmten freien Wettbewerb, in der wüsten, schrankenlosen Konkurrenz.“

Das Gesellschaftsideal dieser katholischen Sozialpolitiker liegt zumeist nicht in der Zukunft, sondern in der Vergangenheit. Hitze erstrebt die Erneuerung der Gesellschaft durch Kirche, Assoziation und Staat; mit Kempel und noch anderen strebt er zurück in das Zeitalter der Zunftverfassung, er verlangt die ständische Gliederung der Gesellschaft und erklärte darum logischerweise seinerzeit das gleiche Wahlrecht als die „Revolution in Permanenz“. Von der Abneigung gegen die Staatsomnipotenz war mit Hitze lange Zeit hindurch die Mehrheit des Zentrums erfüllt; daraus erklärt sich auch, dass das Zentrum anfangs grundsätzlicher Gegner der staatlichen Sozialversicherung war und mehrere dieser Gesetze in der von der Regierung vorgeschlagenen Form ablehnte. Später hat freilich Hitze seinen christlichen Zukunftsstaat völlig vergessen, mit den Nutzniessern und Lobrednern der kapitalistischen Ordnung hat er sich einträchtig zusammengefunden. Dass seine ständischen Ideale durchaus reaktionär waren und ihre Verwirklichung, wenn überhaupt möglich, gleichbedeutend wäre mit der völligen Entrechtung der Arbeiterklasse, braucht hier kaum erörtert zu werden. Aber immerhin: diese Leute hatten doch wenigstens noch Ideen, und darin unterschieden sie sich vorteilhaft von den heutigen Wortführern der klerikalen Sozialpolitik, vor allem den Führern des katholischen Volksvereines, die dem katholischen Proletarier nur noch die gottergebene Fügung in die kapitalistische Ordnung predigen und derweilen dafür sorgen, dass ihre kapitalistischen Schützlinge sich an üppig gedeckten Tafeln ergötzen können.

Etwas von jenem alten katholischen Geist lebt indessen in jener Richtung fort, die noch heute die christlichen Gewerkschaften bekämpft und an ihrer Stelle die Fachabteilungen innerhalb der katholischen Arbeitervereine fordert. Allerdings erklärt sich der Gegensatz der beiden Richtungen nicht nur aus theoretischen Verschiedenheiten. Es spielen vielmehr gewichtige Gründe wirtschaftlicher und politischer Natur hinein. In Rheinland-Westfalen mit seiner Grossindustrie, seinen heftigen Gegensätzen zwischen Kapital und Arbeit und seiner starken Sozialdemokratie musste man das Zugeständnis gewerkschaftlicher Organisationen wohl oder übel machen, wenn nicht die katholischen Arbeiter vollends an die Sozialdemokratie ausgeliefert werden sollten. Anders aber im oberen Teile der Rheinprovinz, wo die Sozialdemokratie noch schwach ist und die katholischen Arbeiter noch stramm am geistlichen Gängelbände geführt werden können, anders auch in grossen Teilen Schlesiens, wo die katholischen Magnaten die frommkatholischen Proletarier unmenschlich auswuchern, anders auch wieder in der Diaspora, wie in Berlin und den Nordostprovinzen, wo der katholische Arbeiter in der Minderheit ist und daher um so ängstlicher behütet und abgesperrt werden muss. In diesen Bezirken — und je nach der Laune der Diözesanbischöfe auch noch in einigen anderen — wird darum die katholische Fachabteilung protegiert und die christliche Gewerkschaft verworfen. Daneben stützt sich freilich die Fachabteilungspropaganda auf eine dem Gewerkschaftsgedanken völlig entgegengesetzte Theorie, auf jene vorhin skizzierte Theorie, wie sie von Kempel, in früheren Jahren auch von Hitze und anderen katholischen Sozialpolitikern vertreten wurde und die in einem ständischen Gesellschaftsideal gipfelt.

Aber noch stärker spielen die Macht- und Autoritätsansprüche der Kirche hinein, das Verlangen, auch die soziale Tätigkeit der Gläubigen völlig der

Kirchengewalt unterzuordnen, sie eng anzulehnen an die römischen Anweisungen, alle Organisationen nach Diözesen zu gestalten und den Bischof als die gegebene Autorität in allen Fragen zu verehren. Das sind die sozialen Grundsätze sowohl Leo XIII. als auch seines Nachfolgers, das ist in Enzykliken, Motupropios und sonstigen Kundgebungen dutzendsfach klar ausgesprochen worden und Leo XIII. hat es in ein gewisses System zusammengefasst in der schon erwähnten Enzyklika *Rerum Novarum*, auf die sich heute mit besonderem Eifer die Freunde der Fachabteilungen zu berufen pflegen.

Gewiss ist auch die „interkonfessionelle“ Gewerkschaftsbewegung ins Leben gerufen worden zur Befestigung und möglichen Mehrung der Macht und Herrlichkeit des Klerikalismus. Aber die Kirche hat immer den ganzen Menschen verlangt und zu allen Zeiten den Anspruch erhoben, den Gläubigen auch in sozialwirtschaftlichen Dingen zu leiten. Jeden noch so schwachen Versuch, sich dieser Leitung zu entziehen, die Beweggründe mögen sein wie sie wollen, betrachtet sie als frevelhafte Auflehnung wider ihre von Gott gesetzte Autorität. Im Geiste seiner Kirche handelte Leo XIII., als er in der Enzyklika „*Rerum novarum*“ die soziale Tätigkeit der katholischen Arbeiter der strengen Aufsicht der Geistlichkeit unterstellte. Und in diesem Geiste war auch das im Jahre 1900 erscheinende sogenannte Fuldaer Pastorale der preussischen Bischöfe gehalten, das die interkonfessionellen Gewerkschaften in aller Form verurteilte, wenn auch ihre völlige Unterdrückung nicht offen heraus verlangt wurde. Zwei Jahre später wurde in Berlin, auf dem Delegiertentag des Verbandes katholischer Arbeitervereine Nord- und Ostdeutschlands, die Gründung katholischer Fachabteilungen beschlossen und von diesem Zeitpunkt an datiert der eigentliche Gewerkschaftskrieg im klerikalen Lager, der so heftig, masslos und brutal geführt wird, dass ihm kaum etwas aus der neueren Parteigeschichte zur Seite gestellt werden kann. Die grösseren praktischen Erfolge sind ja bei den Gewerkschaften, die grössere Konsequenz aber und zugleich der päpstliche Segen sind bei den Fachabteilern. Pius X. hat sie nicht etwa jetzt zuerst, sondern schon wiederholt geflissentlich gelobt und ihre Bestrebungen als in Einklang mit den kirchlichen Weisungen bezeichnet. Die katholischen Fachabteilungen sind grundsätzliche Gegner des Streiks. „Der Ausstand“, so heisst es in ihren seinerzeit veröffentlichten Leitsätzen, „ist seinem innersten Wesen nach ein revolutionärer Akt.“ „Die Ausantwortung grosser Rechtsfragen an die Selbsthilfe ist begrifflich die Anarchie, und mit vollem Vorbedacht schleudern wir der von uns bekämpften Richtung den Vorwurf der wirtschaftlichen Anarchie und der Untergrabung aller öffentlichen Ordnung entgegen“, so schrieb am 1. Jänner 1905 der „Arbeiter“, das Verbandsorgan der auf dem Boden der Fachabteilungen stehenden Vereine. Die Fachabteilungen und ihre Gönner mussten naturgemäss bald in Konflikt mit den Gewerkschaften kommen. Die christlichen Gewerkschaften waren darauf angewiesen, ihre Rekruten auch in ihren Gebieten zu werben; sie suchten sich in Schlesien sowohl, wo Fürstbischof Kopp, wie auch im Saargebiet, wo der Bischof Korum herrscht, festzusetzen, und sie stiessen dabei selbstverständlich auf den Widerstand der Geistlichkeit, hinter der schützend die kirchlichen Oberen standen. Die Masslosigkeit dieser Kämpfe ist geradezu unbeschreiblich. „Spottgeburt von Dreck und Feuer“ nennt die christliche „Baugewerkschaft“ (Frühjahr 1907) die Fachabteilungen. „Prinzipiell borniert, praktisch fanatisiert, im Gewande der Pharisäer“, so beschimpft sie dasselbe Blatt. „Die Fachabteilungen wollen die Arbeiter dem Scharfmachertum als wehrlose Lohnsklaven ausliefern; die angeblich überkatholischen Arbeiterfreunde treiben frivolsten Arbeiterverrat“, schrieb um dieselbe Zeit das Organ der christlichen Metallarbeiter. „Die Fachabteilungen erziehen die Arbeiter zu blinden Heloten, zu rückgratlosen Menschen, in denen jeder Klasseninstinkt erstickt wird“, sagte Giesberts 1905 auf dem Gewerkschaftskongress in Breslau. Auf der anderen Seite schwieg man nicht. Die Geistlichen wurden in den Streit hineingezogen und spielten dabei meist eine ihrem Beruf sehr wenig angemessene Rolle. Im Saargebiet verweigerte man Arbeitern die Beichtabsolution, weil sie einer christlichen Gewerkschaft angehörten; von der Kanzel herab wurden förmliche Bannflüche gegen die Gewerkschaften geschleudert; umgekehrt wurden katholische Geistliche von christlichen Gewerkschaftsführern Lügner und Hetzer genannt, ein Geistlicher wurde in einer christlichen Ver-

sammlung als Saupfaff beschimpft; als Schufte, Schurken, Verleumder und Verräter begrüßte man sich gegenseitig und schlug sich zwischendurch die Köpfe blutig. Wiederholt ist es zu heftigen Schlägereien zwischen den beiden Richtungen gekommen.

Hand in Hand damit ging das Wettrennen um die Gunst der kirchlichen Oberen und vor allem des Papstes. 1903 hatte den feinen Diplomaten Leo der robuste Bauernsohn Pius abgelöst. Eine neue Aera begann in dem grossen Ringen zwischen der Kirche und ihren Widersachern. Mit grobgenagelten Stiefeln trat Pius all jenen in die feingesponnenen Netze, die da listig versuchten, die moderne Kultur mit der Kirche etwas auszusöhnen. Die Zeit der Ketzerverfolgung kam. 1907 erschien die Enzyklika wider den Modernismus und fortan folgte Schlag auf Schlag, um zu zeigen, dass die Kirche auf breitester Grundlage einen tiefdurchdachten Abwehrkampf organisiert habe. Die römische Kirche kann dem zweifelnden, skeptischen, kritischen Geist der Zeit keine Konzessionen machen, denn das würde den Anfang vom Ende ihres auf dem Dogma beruhenden Lehrgebäudes bedeuten. Inmitten gewaltigster sozialer, wirtschaftlicher, politischer und wissenschaftlicher Revolutionen steht sie wie ein gigantischer vorgeschichtlicher Block vor unseren Augen und nimmt nochmals ihre ganze Kraft zusammen, um sich gegen den Ansturm der feindlichen Mächte zu behaupten. Niemand hat das Programm des jetzigen Papstes so treffend gekennzeichnet wie der Pfarrer Dr. Alois Wurm in Nummer 7 (1910) der „Historisch-politischen Blätter“. In dieser angesehensten klerikalen Zeitschrift sagt Dr. Wurm:

„Wer die geistige Gesamtlage und die Stellung der katholischen Kirche in der abendländischen Kulturwelt überblickt, kann nicht im Zweifel sein, dass die Kirche heute mit tageshellem Bewusstsein einen verzweifelten Kampf um ihre Existenz führt. Es ist wirklich ein Kampf auf Leben und Tod.“

Für diese Zeit war der Bauernsohn Pius der rechte Mann. Rasch traf seine unerbittliche Hand, so sagt Wurm, alle Regungen, die von der ungläubigen modernen Kultur ihren Impuls zu nehmen schienen. „Es ist etwas Grosses in dieser mit eiserner Konsequenz durchgeführten Aktion Pius X. gegenüber einer Gefahr, die vielleicht die grösste von allen ist, die die Kirche zu bestehen hatte.“ Das ist die Situation. Kein Zweifel darum, dass die Kirchenoberen, dass aber namentlich die Machthaber im Vatikan von dem verschwommenen interkonfessionellen Christentum der christlichen Gewerkschaften nichts wissen wollen und in dem Versuch, die soziale Thätigkeit katholischer Arbeiter dem kirchlichen Machtbereich zu entziehen, eine frivole Ketzerei erblicken! Der Vatikan hat die christlichen Gewerkschaften von Anfang an mit grösstem Misstrauen betrachtet, und während er in Italien die christliche Demokratie erbarmungslos zugrunde richtete, in Frankreich den Sillonismus erstickte, für Holland und Belgien Arbeiterorganisationen auf katholischer Grundlage verlangte, hat er niemals aufgehört zu versichern, dass für Deutschland die christlichen Gewerkschaften höchstens zeitweilig toleriert, niemals aber als berechtigt anerkannt werden könnten. Schockweise konnten die Gönner und Inspiratoren der katholischen Fachabteilungen die päpstlichen Anerkennungen heimtragen und sie frohlockend fruktifizieren, wogegen die Protektoren der christlichen Gewerkschaften, an der Spitze der Kölner Kardinal Fischer, dazu die Leitung des Katholischen Volksvereines und hervorragende Zentrumsführer, trotz gewaltigster Mühen und trotzdem sie im Vatikan immerwährend antichambrierten, nicht die Spur einer Anerkennung zu ergattern vermochten. Schon 1908 hat Pius X. Abordnungen von „Sitz Berlin“ — so wird kurzweg derjenige Verband katholischer Arbeitervereine genannt, der die Fachabteilungen bevorzugt — in huldvoller Audienz empfangen und ihnen versichert, dass er gerade sie mit grosser Freude begrüesse, da doch „der Berliner Verband gemäss den kirchlichen Prinzipien unter kirchlicher Autorität arbeite“. Und bereits im Jahre 1900 hatten, wie schon erwähnt, die preussischen Bischöfe in dem sogenannten Fuldaer Pastorale die christlichen Gewerkschaften grundsätzlich verworfen und die katholischen Arbeitervereine als völlig ausreichend zur Wahrung auch der wirtschaftlichen Interessen bezeichnet. Das Verdammungsurteil wurde noch verstärkt durch den Erzbischof von Freiburg in Baden, der wenige Monate darauf das Wort „christlich“ in dem Gewerkschaftstitel als leeren Schall und blosses Aushängeschild denunzierte.

Die verzweifelten Anstrengungen der Bachemiten* und Volksvereinler haben damals das Schlimmste verhindert und die Christlichen vor völliger Auflösung noch bewahrt. Sie suchten sich erkenntlich zu zeigen, indem sie kreuzbrave Kinder wurden. Aber die harte Wirklichkeit spottete ihrer Mühen; sie mussten, wollten sie bestehen, gewerkschaftliche Arbeit verrichten, sie kamen in Konflikte mit den Unternehmern, sie wurden zu Streiks gezwungen. Und in die Köpfe der Mitglieder begann sich das A-b-c des Klassenkampfes einzuhämmern. Die erbitterten Kämpfe mit den Berlinern kamen hinzu und trugen dazu bei, die Gewerkschaften immer noch als Rebellen erscheinen zu lassen. In Zürich wurde im August 1908 eine internationale Konferenz der Gewerkschaftschristen abgehalten, worin sie gegen den holländischen Episkopat aufbegehrten und das Wort fiel: „Hochwürdigste Herren Bischöfe, bis hieher und nicht weiter.“ Die demütige Kniebeuge, die später vollzogen wurde, hat den üblen Eindruck dieser Rebellion nicht verwischt. Inzwischen wühlten die Berliner weiter, es wuchs auch der Gegensatz auf politischem Gebiet innerhalb des Zentrums. Osterdienstag 1909 fand in Köln die bekannte Konferenz statt, von der die organisierte Gegenbewegung gegen den politischen Modernismus der Bachemiten und Volksvereinler datiert wird. Im Herbst 1910 schrieb Kardinal Kopp an ein Fräulein v. Schalscha jenen ominösen Brief, worin die Rede war von dem verseuchten Westen und dem „wahrhaft häretischen Fanatismus“, der im Westen bezüglich der sozialen Frage herrsche. Im Herbst des gleichen Jahres tagten in Fulda die deutschen Bischöfe und beschlossen Leitsätze für das Verhalten der christlichen Gewerkschaften, worin durch die Bestimmung, dass das Urteil darüber, ob Gestaltung oder Wirksamkeit der gewerkschaftlichen Organisation den kirchlichen Grundsätzen entsprächen, dem kirchlichen Hirtenamt überlassen bleiben sollte, die „interkonfessionellen“ Gebilde völlig unter die kirchliche Fuchtel gezwungen wurden.

Die Gewerkschaften haben sich in das Joch gottergeben geschickt und eine Gegenwehr gar nicht gewagt. Dennoch aber hingen noch schwere Wolken über ihren Häuptern. Durch eine Indiskretion wurde ein Brief des Generalsekretärs Stegerwald an ein Mitglied der Familie Bachem bekannt, worin sich Stegerwald in sehr verletzender Weise über den gewerkschaftsgegnerschen Bischof Korum von Trier erging. In Rom arbeiteten unterdessen die Orthodoxen nach wie vor mit Hochdruck, sie hatten die weitaus besseren Verbindungen und nutzten die Konjunktur. Und die Nachricht sickerte durch, dass der Papst die christlichen Gewerkschaften demnächst offiziell verbieten, das heisst: den katholischen Arbeitern die Mitgliedschaft untersagen werde. Geängstigt reiste Kardinal Fischer nach Rom und kam mit angeblich beruhigenden Zusagen zurück. Später verlautete, dass sich Bethmann Hollweg durch den preussischen Gesandten beim Vatikan ins Mittel gelegt habe, um das drohende Verbot wenigstens bis nach den Reichstagswahlen hinauszuschieben. Inzwischen schlugen die Gewerkschafter die tollsten Purzelbäume, mehr als je etablierten sie sich als die Schutzgardisten jeglicher Reaktion. Die Reichstagswahlen 1912 kamen und sahen sie in schmachvollem Bunde mit grossindustriellen Scharfmachern und brutalen Junkern die sozialdemokratischen Klassengenossen bekämpfen. Aber die Reichstagswahlen schmiedeten auch starke Waffen für ihre Widersacher. Denn in den Domänen der christlichen Gewerkschaften marschierte die Sozialdemokratie machtvoll voran. Der stramm päpstliche Graf Oppersdorff hat erst jüngst in seiner „Wahrheit und Klarheit“ den Umsturzbezwingern hämisch vorgerechnet, wie ihre Behauptungen, dass sie ein unüberwindliches Bollwerk gegen die Sozialdemokratie bildeten, durch die Tatsachen als blanker Schwindel entlarvt worden wären.

Und nun kam ein Berliner Hauptschlag. Kurz vor Pfingsten 1912 empfing der Papst einen der Wortführer der Fachabteilungen, den Berliner Pfarrer Beyer, in Privataudienz und spendete seiner Bewegung geradezu überschwengliches Lob. „Euch lobe ich, euch billige ich, euch erkenne ich an. Sage deinen Freunden und den lieben Arbeitern: der Heilige Vater billigt ihre Bestrebungen in allem, stimmt mit euch überein und fühlt mit euch und wünscht lebhaft, dass alle anderen Arbeiter mit

* Der Richtung der der Familie Bachem gehörenden „Kölnischen Volkszeitung“.

euch übereinstimmen sollen.“ Die anderen aber, so sagte Pius (die die Gewerkschaften fördernden Arbeitervereine) „haben falsche Grundsätze, die ich nicht anerkennen kann“. Diese Worte wurden unterstrichen und bestätigt durch das Telegramm, das der Berliner Verbandstag, der zu Pfingsten tagte, auf ein nach Rom gerichtetes Huldigungstelegramm erhielt. „Weil der Verband unter katholischer Flagge offen kämpft, verdient er die weiteste Billigung und Empfehlung“, so heisst es darin. Zu derselben Zeit tagten in Frankfurt am Main die dreifach stärkeren katholischen Arbeiterorganisationen der anderen Couleur. Auch sie drahteten nach Rom devotest ihre allergehorsamste Ergebenheit und flehten um den päpstlichen Segen. Es kam erst überhaupt keine Antwort; schliesslich aber eine ungemein nüchterne und formelle Dankagung, verbunden mit einer ernstesten Ermahnung, „auch in der öffentlichen Tätigkeit den sozialen Lehren und Weisungen treulich zu folgen, besonders jenen, welche in der Enzyklika »Rerum novarum« niedergelegt sind“.

Die Wirkung dieser Telegramme war ungeheuer. „Sitz Berlin“ frohlockte und trompetete seinen Sieg in alle Welt hinaus. Im Lager seiner Gegner aber herrschte masslose Bestürzung. So deutlich wie diesmal hatte Pius noch nie gesprochen. Ratlos standen sie da, die Bachemleute, die Volksvereiner, die Gewerkschaftsführer, und es dauerte einige Tage, bevor sie sich von ihrem ersten Schrecken so weit erholt hatten, um eine wüste Schimpferei zu beginnen — auf die infamen Berliner, die den lieben guten Papst über die Bestrebungen der anderen Arbeitervereine ganz barbarisch angelogen hätten. Ein neuer brudermordender Krieg begann. „Noch nie ist das Oberhaupt der katholischen Kirche über Wesen und Charakter der christlichen Arbeiterbewegung Deutschlands schmähhlicher hintergangen und getäuscht worden, wie in dieser Huldigungsadresse (von »Sitz Berlin«). Sie ist die Krönung eines jahrelangen Verleumdungsfeldzuges des Berliner Verbandes gegen die christlichen Gewerkschaften“, so tobte die offizielle Erklärung, die der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften gegen die päpstlichen Kundgebungen erliess. Auf denselben Ton waren die Kritiken der einzelnen Gewerkschaftsorgane und eines grossen Teiles der klerikalen politischen Presse gestimmt. So masslos heftig wurde die Tonart und mit so listiger Berechnung schlug man auf das Oberhaupt der Kirche auf dem vorsichtig gewählten Umwege über den Berliner Verband los, dass die „Germania“, eines der allzeit papsttreuen Blätter, ihre klerikalen Geschwister zur Ordnung rief und mit aller Schärfe die Unterstellung zurückwies, dass etwa der Heilige Stuhl die „sehr deutlichen Telegramme“ nur infolge mangelhafter Informierung abgesandt habe. „Das wird kein Mensch zu behaupten wagen, der noch vor dem Heiligen Stuhl die gebührende Ehrfurcht hat.“

Länger als eine Woche hatte schon der wilde Krieg getobt, da erschien in der „Kölnischen Volkszeitung“ der Firma Bachem eine vom 7. Juni datierte Erklärung des Prälaten Heiner, früheren Freiburger Professors und jetzigen Auditors bei der Römischen Rota, die allen bis dahin betriebenen Deutlungs- und Ausweichungsversuchen ein Ende machte. Er könne authentisch versichern, so sagte Prälat Heiner, dass der Heilige Stuhl vollkommen den Unterschied zwischen den katholischen Arbeitervereinen und ihrer Stellung zu den Gewerkschaften kenne. Die interkonfessionellen Gewerkschaften, auch wenn sie bisher nicht verurteilt seien, könnten doch eine Gefahr für die katholischen Mitglieder bilden, weil sie als solche von den katholischen Grundsätzen und der kirchlichen Autorität absähen. Darum habe Pius nach Berlin ein Lob und eine Billigung, nach Frankfurt aber eine zeitgemässe Ermahnung gesandt. Heiners authentische Erklärung goss nur noch Oel ins Feuer. Ungeschwächt tobte der Kampf weiter; aber die Gewerkschaftsfreunde mussten nun ihre Pfeile auch unmittelbar gegen Rom senden. Wiederum fielen hageldicht die Geschosse. Reizende Enthüllungen brachten die Blätter Bachemscher Richtung (an erster Stelle die „Augsburger Postzeitung“) über die Intrigen- und Possenspiele in Rom, deren verhängnisvolle Wirkungen dann über die Alpen hinweg als hochbedeutsame und ehrwürdig aufzunehmende Kundgebungen dringen. Nun war der Hauptschuldige der Monsignore Benigni mit seiner „Correspondance de Rome“; er wurde zum „Haupt der internationalen Denunziation“ gestempelt, der mit Leuten aus aller Herren Länder konspirierte, insbesondere nach Deutschland seine Fäden spinne und

als der Intimus des Kardinalstaatssekretärs grossen Einfluss habe. Ungescheut sprachen es Zentrumsblätter aus („Essener Volkszeitung“), dass die Unfehlbarkeit und überhaupt die Lehrgewalt des Papstes sich nicht auf Fragen der sozialen Betätigung erstrecken und daher der Papst die Zugehörigkeit zu den Gewerkschaften gar nicht verbieten könne. Die Gegenseite war nicht müssig und redete sich in das Pathos höchster Entrüstung hinein. „Die Kölner proklamieren den Aufruhr gegen den Papst“, so rief das „Katholische Deutschland“ aus; von Verhöhnungen des Papstes und bodenloser Frechheit, von der schmutzigen Köln-Gladbacher Spionage sprach die antibachemsche „Kölner Korrespondenz“. Und umgekehrt jammerte wieder ein Mann wie der Zentrumsführer Porsch: „Aus dem eigenen Lager heraus wird man heute mit Schmutz beworfen. Unsere Verhältnisse sind so widerwärtig, dass man lieber heute als morgen aus dem öffentlichen Leben ausscheiden möchte.“ Worauf Graf Oppersdorff in „Wahrheit und Klarheit“ prompt erwiderte: „Die Heuchlerzähre beginnt erst zu fliessen, wenn einem der vor der Zeit ins Reich der Unsterblichen Erhobenen ungeschminkte Wahrheit gesagt wird; dann . . . flegelt sich die Unfähigkeit sachlicher Erwidern in rüder Schimpferei aus.“

Die ungeheure Schlammlut, die sich seit dem heiligen Pfingstfest durch die Spalten der klerikalen Presse ergossen hat, kann hier selbstverständlich nur an einigen wenigen, aufs Geratewohl herausgegriffenen Kostproben illustriert werden. Die Klerikalen sind gute Hasser, die durch Jahrhunderte geübte und vererbte fanatische Verketzerungs- und Verfolgungssucht feiert hier eine fröhliche Urständ und tobt sich gegen das eigene Fleisch und Blut aus. So toll und wüst wurde die Zänkerei, dass schliesslich Rom selbst einschritt und den im Gossendreck liegenden klerikalen Führern einen Waffenstillstand anbefahl. Durch den Münchener Nuntius liess der Vatikan verkünden, dass die „verdrüssliche und schädliche Polemik“ aufzuhören habe; der Pressestreit solle eingestellt werden, dem Heiligen Stuhl solle man es überlassen, „diese wichtige Frage im Einverständnis mit den Bischöfen zu prüfen und dann angemessene Verhaltensmassregeln zugeben“. Und siehe da: die gleichen Herren im bachemitischen und gewerkschaftschristlichen Lager, die soeben noch den Mund gewaltig vollgenommen und dem Papst jede Kompetenz in dieser Frage rundweg bestritten hatten, die drohend gefordert hatten: unsere Geduld ist zu Ende, das Wühlernest muss aufgehoben werden, die feierlich schworen, keine Ruhe mehr zu geben, bis reine Bahn geschaffen und die christlichen Gewerkschaften vor allen Belästigungen ein für allemal gesichert seien — dieselben Leute krochen vor dem päpstlichen Schweigebot flugs ins Mauselloch und beteuerten ihre katholische Gehorsampflicht! Zu keiner anderen Zeit ist die Abhängigkeit der „interkonfessionellen“ Gewerkschaften von Rom so offenkundig geworden wie bei dieser jüngsten Balgerei. Noch niemals sind auf so grosse Worte so klägliche „Taten“ gefolgt. Da sitzen nun die Helden mit dem vormals so geölten Mundwerk und warten die Entscheidung des Papstes ab. Derweilen aber wütet unter der Oberfläche der erbitterte Bruderkrieg weiter, und beide Lager lassen alle Künste zur Beeinflussung der angekündigten römischen Entscheidung spielen.

Ein über die Massen unwürdiges Schauspiel hat uns dieser neueste Krieg bisher geboten. Wenn sich die Orthodoxen mit den Modernisten zanken, sich kratzen und beißen und schlagen und sich wechselseitig ihr reiches Vokabularium an Schimpfwörtern an die frommen Schädel werfen, so kann uns das nur insoweit interessieren, als wir hier die Erziehungsfrüchte der christlichen Ethik an ausgesuchten Exemplaren bewundern können oder wir zu studieren vermögen, wie der alles umwälzende Kapitalismus mit seinen Begleiterscheinungen auch im klerikalen Lager auflösend und zerstörend wirkt. Nein, das Beschämende all dieser Vorgänge liegt auf einem anderen Gebiet: in der Tatsache der sklavischen Abhängigkeit einiger hunderttausend deutscher Arbeiter von dem despotischen Willen einer fremden Macht. Unlösbar sind die christlichen Gewerkschaften mit der römischen Kirche verbunden, die sie jederzeit vernichten kann. „Lassen wir nur einmal in einer Wahlkampagne den Klerus neutral sein, dann ist das Zentrum zerschmettert“, so sagte am 9. August 1909 der Zentrumsabgeordnete Dr. Bitter in einer Versammlung der Osterdienstagsleute in Koblenz. In noch stärkerem Masse

sind die christlichen Gewerkschaften von der Gnade der katholischen Kirche abhängig. Sobald diese ihre Hand von ihnen zieht, sind sie schutzlos der Vernichtung preisgegeben. Das wusste der Reichskanzler Bethmann Hollweg, als er seinen vatikanischen Gesandten zum zweitenmal in Trab setzte, um die drohende Katastrophe womöglich zu verhindern. Denn nicht umsonst haben sich die braven Christen zu verächtlichen Kreaturen der Reaktion erniedrigt. Das Gefühl der Abhängigkeit hat ihren Sklavensinn noch gestärkt. Die Angst vor dem drohenden Verhängnis wird sie auf dem betretenen Wege weitertreiben. Wir glauben nicht daran, dass der Vatikan die christlichen Gewerkschaften mit Stumpf und Stiel ausrotten wird; dafür spielen im Deutschen Reich zu gewichtige politische Einflüsse mit. Aber der ursprüngliche Charakter der christlichen Organisationen wird sich noch weiter verändern, noch rapider als bisher werden sie dem Abgrund zurollen und in dem Sumpf der gelben Streikbruchorganisationen landen; sie werden sich den vielgeschmähten Berlinern in ihrer Wesenheit annähern, sie werden darauf verzichten müssen, durch den Trug einer falschen Flagge unter den protestantischen Arbeitern Proselyten zu werben; sie werden sich zu konsequent päpstlichen Gewerkschaften entwickeln, getreu den Worten des Abgeordneten Giesberts in einer Versammlung in Trier (29. September 1908):

„Wenn ein Zusammengehen von Katholiken und Evangelischen, wie es in den christlichen Gewerkschaften geschieht, nach den Lehren unserer heiligen Kirche nicht erlaubt ist, so mag eine allerhöchste Entscheidung es generell verbieten. Man wird in uns gehorsame Katholiken finden.“

Die deutsche Sozialdemokratie und die ihr zugeneigten Gewerkschaften haben keinen Grund, diese Entwicklung zu beklagen. Es musste so kommen. Die christlichen Gewerkschaften, aus politischer Berechnung künstlich erzeugt mit der Aufgabe, Schutztruppen reaktionärer Mächte zu sein, gehen nunmehr folgerichtig den ihrem innersten Wesen entsprechenden Weg. Die letzten Flitter fallen, die Demaskierung ist vollendet. Ganz selbstverständlich muss aber diese Entwicklung auf ihr Verhältnis zu den Arbeitermassen zurückwirken. Schon werden die evangelischen Arbeiter kopfscheu und die Heisssporne vom Evangelischen Bund mobilisieren den „Lutherstolz“. Aber das ist noch von untergeordneter Bedeutung; zehnmal wichtiger ist vielmehr, dass sich auch weite Kreise katholisch-gläubiger Arbeiter die andauernde freche Misshandlung ihrer Klasseninteressen nicht geduldig gefallen lassen werden. Mit Zähnen und Klauen versuchen jetzt die Christlichen, ihr Gefolge bei der Stange zu halten. Aber wenn es ihnen auch gelingen sollte, in politisch und wirtschaftlich rückständigen Gebieten ohne merkbare Verluste davonzukommen: in den Grossstädten und Industriebezirken wird das auf die Dauer unmöglich sein. Da haust der Grosskapitalismus und das Ausbeutertum in seinen entwickeltesten Formen, da ist der Gegensatz zwischen Arbeiter und Unternehmer ungemein schroff, da protzt der Luxus und leidet die Armut, da stösst sich die Ideologie der katholischen Arbeiter tagtäglich an hartkantigen Tatsachen — und da ist die unabhängige Arbeiterbewegung auf der Wacht, um den irreführten Klassengenossen den rechten Weg zu weisen, der aus dem Lager der falschen Freunde hinwegführt in das Lager der kämpfenden Brüder. Eine Zeitlang, vielleicht noch eine geraume Zeit, werden die nun völlig verpöpstlichten christlichen Gewerkschaften, obschon ihre Mitgliederzahl nur ein Sechstel der Mitgliederzahl der freien Gewerkschaften beträgt, noch ein Pfahl im Fleisch der deutschen Arbeiterbewegung sein. Aber die Vergeltung ist unausbleiblich. Die Weltgeschichte hat ihre immanente Logik. Und darum werden sich an den päpstlichen Organisationen der Frevel ihrer Existenz und die Schmach ihrer Verrätereien mit der Unfehlbarkeit eines Naturgesetzes rächen.

Peter Sacherer (Dux): Die Wahlkreisorganisation

Genosse Julius Deutsch hat in der letzten Nummer dieser Zeitschrift auf einen Mangel unserer Organisation hingewiesen, der schon seit dem Bestehen der neuen Wahlkreiseinteilung in der Agitations- und Organisationsarbeit ein Hindernis ist. Durch die neuen Wahlkreise wurden neue Gemeinschaften gebildet, die zwar keine territorialen Einheiten bilden, aber doch durch die Zusammengehörigkeit in einem Wahlkreise gemeinsame Interessen haben. Unsere Organisation wurde durch diese neuen Gebilde hart berührt, da Orte aus verschiedenen Organisationsbezirken zusammengewürfelt wurden. Diese Orte haben nun bei den grössten und wichtigsten politischen Aktionen, bei Wahlen, keine gegenseitige Verbindung, sie muss immer erst im letzten Augenblick gesucht werden. Bisher wurde das meist so gehalten, dass nach Ausschreibung der Reichsratswahlen die Vertreter der Wahlorte zu einer Konferenz zusammenberufen wurden. Dort wurde über den Stand der Organisation berichtet und ein Wahlkomitee gewählt. In der Konferenz wie auch dann im gewählten Komitee kamen Leute zusammen, die miteinander vorher keine Verbindung hatten, ja einander nicht einmal kannten, sich höchstens einmal auf irgendeiner Konferenz gesehen hatten, jetzt sollen sie zusammen arbeiten, obwohl sie sich noch nicht einmal ordentlich verstehen gelernt haben, weshalb es leider nur zu oft zu Missverständnissen und Schwierigkeiten in entscheidenden Momenten kommt. Es ist daher selbstverständlich, dass eine Form gefunden werden muss, durch welche jene Genossen, die in wichtigen Fragen, insbesondere bei Wahlen, zusammen arbeiten müssen, schon vorher und sonst in Verbindung gehalten werden. Zu diesem Zweck schlägt Genosse Deutsch für jeden Wahlkreis eine Wahlkreisleitung vor und er meint, dass diese aus den Bezirksleitungen erwählt werden solle. Nun wird ja gewiss jeder, der in der Provinz tätig ist, zugeben, dass eine Wahlkreisleitung für die einzelnen Wahlbezirke und vor allem für die Wahlbezirke der Städte und Industrieorte notwendig ist, dass sie sich aber nicht aus den Bezirks- sondern aus den Lokalorganisationen des Wahlbezirkes zu bilden hat. Die Bezirksorganisationen haben mit der Organisations- und Agitationsarbeit ihres Gebietes hinreichend zu tun, zumal in den meisten Agitationsgebieten die ganze Arbeit auf ein paar Leuten lastet. Es ist unmöglich, ihnen noch mehr Arbeit aufzubürden. Der eigentliche Grund aber, warum der Wahlbezirksausschuss oder die Wahlkreisleitung nicht aus den Bezirksorganisationen erwählt werden kann, liegt darin, dass sehr oft das einheitliche Gebiet einer Bezirksorganisation in Bestandteile von drei bis vier und auch mehr Wahlbezirken zerfällt und daher im gegebenen Falle die Bezirksorganisationsleitung in ebenso viele Wahlbezirkskomitees zerfallen müsste, was in mancher Bezirksorganisation gar nicht möglich wäre, ohne dass die eigentlichen Arbeiten vernachlässigt würden.

Meiner Ansicht nach wäre das Problem in folgender Weise zu lösen: Ueberall dort, wo bis jetzt noch keine Wahlbezirksleitung besteht, hat die zuständige Landes- oder Kreisorganisation eine Konferenz einzuberufen, zu der alle Lokalorganisationen des Wahlbezirkes zu laden sind. Auf dieser und ebenso auf allen folgenden Konferenzen haben die Delegierten aus den einzelnen Lokalorganisationen einen genauen Bericht über den Stand der Organisation ihres Ortes zu erstatten. Auf diese Weise wird man dort ein Bild über die Situation des Wahlbezirkes erhalten. Dann können die Pläne für Agitation und Aktionen vorgelegt und besprochen werden. Ferner müsste ein Komitee zur Leitung des Wahlbezirkes gewählt werden, welches sich je nach der Grösse des Wahlbezirkes, nach der Anzahl der Wahlorte oder Lokalorganisationen desselben aus einer grösseren oder kleineren Anzahl von Genossen zusammensetzt. Hat ein Wahlbezirk nur vier oder sechs Städte, so wird man einfach diese vier oder sechs Lokalvertrauensmänner ins Komitee wählen, hat der Wahlbezirk mehr Lokalorganisationen, so sind die einander zunächst liegenden zu einer Gruppe zusammenzufassen und diese hat dann gemeinschaftlich ein Mitglied in das Wahlbezirkskomitee zu entsenden. Auf diese letztere Art besteht und funktioniert mit gutem Erfolge ein Komitee für den 43. niederösterreichischen Wahlbezirk (Lilienfeld) schon seit 1908. Das Komitee wählt aus seiner Mitte einen Vorsitzenden, der alle notwendigen Besprechungen und Kon-

ferenzen, mindestens aber jährlich einmal eine Konferenz einberuft und leitet, und einen Kassier, an welchen vierteljährlich die in den Lokalorganisationen des betreffenden Wahlbezirkes eingehobenen Bezirkswahlfondsbeiträge von den Bezirksorganisationen abzuführen sind, worüber dieser dann in der folgenden Konferenz zu berichten hat. Ist der Wahlbezirk in unserem Besitze, so hat selbstverständlich der Abgeordnete der Konferenz einen Tätigkeitsbericht zu erstatten. In jedem Falle ist aber der Abgeordnete oder der Kandidat des Wahlbezirkes der geistige Leiter der Organisation und hat sich um sie fortwährend zu kümmern. Bisher kam der Kandidat nur in der Zeit der Wahlen in die Orte des Bezirkes und selbst da nicht in jeden, während ihm vor- und nachher keine Möglichkeit hiezu geboten ward, was natürlich immer wieder eine Entfremdung zwischen ihm und den Wählern, auch den Genossen, herbeiführte. Besonders notwendig ist ein Wahlbezirkskomitee in jenen Bezirken, deren Mandat in unserem Besitze ist, damit der Abgeordnete eine kompetente Stelle habe, bei der er in wichtigen Angelegenheiten des Wahlbezirkes Auskünfte einholen kann, wobei ihm der Weg über drei oder vier Bezirksorganisationen erspart bleibt. Auf vorstehende Art könnte sicherlich am leichtesten jene Körperschaft geschaffen werden, die als notwendiges Bindeglied zwischen dem Abgeordneten oder Kandidaten und den Wählern sowie der einzelnen Orte untereinander sehr Nützliches leisten könnte.

S. Olow: Deutsche und Letten in den baltischen Provinzen

Die Ostseeprovinzen Russlands sind in vielfacher Beziehung vom grossen Zarenreiche verschieden. Die Agrarverhältnisse, die nationale Zusammensetzung der Bevölkerung zeigen ein ganz anderes Bild, und sie haben denn auch gesellschaftliche Erscheinungen hervorgerufen, die in den übrigen Teilen Russlands nicht anzutreffen sind, so insbesondere die entwickelten nationalen Kämpfe.

Die deutsche Kolonisation der zweiten Hälfte des Mittelalters hat den deutschen Kaufmann und den deutschen Ritter auch an die Küste des Meerbusens von Riga geworfen. In langen schweren Kämpfen ist die einheimische Bevölkerung — die Stämme der späteren lettischen und der späteren esthischen Nation — unterworfen worden. Das XIII. und das XIV. Jahrhundert ist die Kampfperiode, an deren Ausgang der deutsche Ritter als Feudalherr über die einheimische Bevölkerung herrschen und „im Frieden“ seine Macht befestigen konnte. So war die Leibeigenschaft für die Unterworfenen eine Fremdherrschaft; darum fühlte man stärker die feudale Abhängigkeit und das Joch des ganzen Systems. Das Wort „der Deutsche“ wurde im Volksmunde gleichbedeutend mit „Herr“, „Ausbeuter“.

Die polnische Regierung musste im Jahre 1586 feststellen, „dass die armen Bauersleute von ihrer Herrschaft so jammerlich unterdrückt und mit so grausamer Dienstbarkeit und Strafe belegt würden, dass dergleichen in der gantzen weiten Welt, auch unter den Heiden und Barbaren nie erhört worden“*. Die schwedische Regierung führte im XVII. Jahrhundert in Livland einige Agrargesetze durch, die die Lasten nach der Grösse und Güte des zu bearbeitenden Bodens klassifizierten und die Lage der Bauern etwas milderten. Doch die Eroberung Livlands durch Peter den Grossen bringt die schwedischen Agrargesetze zu Falle. Die „untertänigste“ Bitte des Adels, der neue Souverän möge alle „Privilegien, Rechte, Gewohnheiten, Immunitäten, Possessionen und Gerechtigkeiten in geistlichen und weltlichen Sachen“ unverändert wieder herstellen, hat bei der Petersburger Regierung williges Gehör gefunden und im Jahre 1739 konnte der residierende Landrat Baron Rosen dem Petersburger Justic-Kollegium in lakonischer

* „Proposition“, vorgetragen von dem Gesandten des Königs Stephan auf dem Landtag bei Neuermühlen. Vgl. Kelch, „Liefländische Historia oder Kurtze Beschreibung der Denkwürdigsten Kriegs- und Friedensgeschichte Esth-, Lief- und Lettlandes bis aufs 1690 Jahr“. Reval 1695.

Weise berichten, dass die Bauern „von Zeit ab der von dem Ritterorden formierten Republik dieser Provinz... bis hierzu (1739) in einer gänzlichen Leibeigenschaft geblieben sind“*.

Nur mit grosser Mühe wurde im Laufe der folgenden Zeit die Macht des Grundherrn immer mehr eingeschränkt. Als im Jahre 1784 grosse Bauernunruhen ausbrachen, hat die russische Regierung mit dem Gesetz von 1804 geantwortet, das eine verschlechterte Kopie der schwedischen Agrargesetze war. 1817 bis 1819 wird die „Bauernbefreiung“ vollzogen, das Land aber wird den Grundherren als Eigentum zugesprochen, damit es dem „freien Commercio und der freien Kommunikation“ nicht entzogen bleibe. Ein eifriges Bauernlegen war die Folge der Bauernbefreiung und chronische Bauernunruhen waren die Antwort der Bauernschaft. Endlich erklären die Gesetze von 1840 und 1861 einen Teil des Landes für Bauernland, das im Besitze der Bauern bleiben soll. Der Bauer kann nun Eigentümer werden, es ist ihm der Uebergang zur Geldpacht gestattet, und das reformierte Passsystem erweitert die Freizügigkeit der ländlichen Bevölkerung. Und von nun an beginnt „das Erwachen der lettischen Nation“.

Während des ganzen Zeitalters des Feudalismus und bis zur zweiten Hälfte des XIX. Jahrhunderts kann von einer lettischen Nation keine Rede sein. Es waren nur „unteutsche“ Bauern. Die Nation, welche die Ostseeprovinzen bewohnte, war die deutsche Nation, der deutsche Adel war der Träger der feudalen Kultur. Als in den Städten das Bürgertum erstarkte, waren auch die Patrizier der Städte deutscher Nationalität. Im Jahre 1771 zählen die Städte Livlands 30.000 Einwohner, unter ihnen 11.000 Letten, aber durchaus als Angehörige der untersten Schichten. Ein Geselle, der Meister wurde, bekannte sich damit zum Deutschtum.

Erst das Eindringen der Geldwirtschaft auf das flache Land seit den Fünfzigerjahren gibt den Anstoss zur Entwicklung des nationalen Gedankens unter den Letten. Der baltische Junker, von den neuen wirtschaftlichen Bedürfnissen gedrängt, musste sein Land „arrondieren“, mit dem Bauer als mit einem freien Mann „in Commercio“ treten, mit ihm ein Pachtverhältnis eingehen. Auch die Regierung bedurfte einer „innigeren Fühlung“ mit dem Steuerträger. Der lettische Bauer wurde frei. Er musste seine Wirtschaft nach den neuen Erfordernissen einrichten, weil das Geld auch bei ihm den Einzug gefunden hatte.

Mit den Agrargesetzen von 1861 beginnt unter den lettischen Bauern die Auslese der wirtschaftlich stärkeren. Allmählich bildet sich eine Bauernschicht, die Eigentümerin ihres Landes ist. 1820 bis 1840 finden wir nur 20 Bauernhöfe, die im Eigentum der Besitzer sind, 1840 bis 1850 nur 13, 1850 bis 1860 schon 248 und von diesem Zeitpunkt an geht es in einem raschen Tempo. Aber auch der Kaufpreis steigt. 22.778 livländische Bauernhöfe** sind den Bauern um 77,329.000 Rubel verkauft worden. In Kurland sind 1864 bis 1884 für 10.188 Bauernhöfe 38,529.000 Rubel bezahlt worden. 116 Millionen Rubel sind also in die Taschen des Adels geflossen. Wenn auch später infolge der ungeheueren hypothekarischen Lasten viele neue Eigentümer zugrunde gegangen sind, bildete sich doch eine Schicht von Mittelbauern, die mehr oder minder von den Gutsherren unabhängig wurde. Diese neue lettische Bauernschicht stiess auf den Widerstand der deutschen Barone.

Diese Bauernschicht findet bald ihre Ideologen. Die Söhne der reicheren Bauern haben die deutsche Universität in Dorpat absolviert, sie gehen aber nun nicht mehr zum Deutschtum über. Die Kämpfe der Väter bedürfen der Unterstützung der Söhne. Die neue nationale Schicht braucht ihre Aerzte, Advokaten, Journalisten, die mit den Deutschen keine gemeinsame Sache machen. So entsteht die lettische Intelligenz. Sie schafft der nationalen Bewegung die theoretische Grundlage. Der Krieg gegen alles, was den Siegel „deutsch“ trägt, wird im Namen der Entwicklung „des lettischen Volksgeistes“ erklärt. Im Kampfe wird auf das aufmunternde Beispiel anderer unterdrückten Nationen, besonders der Tschechen, die ja denselben „nationalen Feind“ haben, verwiesen. Anfangs der Fünfzigerjahre wird in Dorpat der erste lettische Studentenzirkel

* „Livländische Rückblicke“, Dorpat 1878, Seite 114.

** 1 Bauernhof = zirka 44,73 Dessätinen (1 Dessätina = 1,0925 Hektar).

gegründet, 1856 die erste von den Deutschen unabhängige lettische Zeitung, 1862 beginnt der linke Flügel der Jungletten — wie die nationale Intelligenz genannt wurde — eine Zeitung in Petersburg — fern von dem Rotstift des deutschen Zensors — herauszugeben.

Aber auch die Städte müssen an der nationalen Bewegung ihren Anteil nehmen. Als mit der Bauernbefreiung und mit der darauffolgenden Enteignung der Bauer, der frühere Besitzer, seines Landes beraubt, sich eine andere Wohnstätte suchen musste, strömten beträchtliche Massen in die Städte. Riga zählt im Jahre 1771 22.000 Einwohner, 1850 61.500, das Jahr 1860 gibt schon die Zahl 77.465, 1881 169.329 und 1897 282.300. Die kurländischen Städte zeigen von 1863 bis 1881 einen Zuwachs, der um 22.000 den natürlichen übersteigt. Anfangs des 19. Jahrhunderts konnten die deutschen Zünfte und Gilden noch ohne wirtschaftliche Einbusse neue Mitglieder aufnehmen. Als aber der Zufluss vom Lande sich vermehrte, die Zahl derer, die ein Gewerbe betreiben wollten, sich beträchtlich erhöhte, griffen die Zünfte zu dem altbewährten Mittel: sie erschwerten das Emporsteigen zur Meisterschaft und sperren den Eintritt für Nichtdeutsche. Die Folge war ein scharfer Kampf zwischen den Patriziern, die deutscher Zunge waren, und den neuen, freien Gewerbetreibenden, die sich der lettischen Sprache bedienten.

Bis zu den 1880er Jahren trägt das Gewerbe der baltischen Provinzen noch zünftlerisches Gepräge. Nun strömten beträchtliche Geldmengen in die Städte, es begann eine eifrige Bautätigkeit und Gründung industrieller Betriebe*. Die mittels der „adeligen Gelder“ gegründeten Betriebe waren den lettischen Gewerbetreibenden sehr fühlbare Konkurrenten. Auch hier appellierte der lettische „kleine Mann“ im Kampfe gegen das grosse deutsche Kapital an die Nationalität.

Ueber die wirtschaftliche Basis erhebt sich der „ideologische Ueberbau“ der Jungletten. „Oben“, im Kreise der Intelligenz wird ein Kampf um die abstrakten Prinzipien „des Volksgeistes“ ausgefochten, „unten“ werden die Schlagworte „der Söhne“ von „den Vätern“ in die nüchternen Werte des kapitalistischen Marktes eingetauscht: „Kaufet nur bei Letten!“, „Kaufet nur lettische Ware!“, „Nur an lettische Advokaten, Aerzte sollt ihr euch wenden!“

Bis zu den Neunzigerjahren konnte man mit einer gewissen Berechtigung von einer Einheit der wirtschaftlichen Interessen der lettischen Nation sprechen. Der Klein- und Mittelbauer auf dem flachen Lande, der Kleingewerbetreibende und der kleine Kaufmann in der Stadt, das waren die Träger der nationalen Bewegung. In den Neunzigerjahren vollzieht sich aber im lettischen Kleinbürgertum ein Differenzierungsprozess. In den Konkurrenzkämpfen bildet sich die lettische Bourgeoisie. Die nationale Agitation der Kleinbürger ist nicht ohne Erfolg geblieben. Die nationalen Spar- und Vorschusskassen, Kreditvereine u. s. w. haben die Ersparnisse des kleinen Mannes angelockt. Von hier aus schöpfen die nationalen „Führer“ und „Politiker“ den Baukredit und den Kredit für ihre industriellen Unternehmungen. Die rasch fortschreitende Industrialisierung der Städte zeitigt auch das Auftreten des modernen Proletariats. Die Stadt Riga zählte zum Beispiel im Jahre 1893 in den Betrieben, die der Fabrikinspektion unterliegen, 22.386 Arbeiter, 1899 30.000, 1900 42.274, 1909 50.670. In ganz Livland sind 1909 60.507 industrielle Arbeiter gezählt worden, in Kurland 14.095. Die städtische Bevölkerung beträgt nach der Volkszählung von 1897 (die neueste, die wir besitzen) in Livland 28 Prozent, in Kurland 22 Prozent der Gesamtbevölkerung**.

Die überwiegende Mehrheit der gesamten arbeitenden Bevölkerung in Kurland und Südlivland (dem lettischen Teil Livlands) besteht aus Letten. Im Jahre 1897 waren von 287.000 Einwohnern der Stadt Riga 106.541 Letten; die Zahl der industriellen Arbeiter war im Jahre 1899 30.000, 70 Prozent von ihnen, also 21.000, dürften wohl Letten sein. Die überwiegende Mehrheit der städtischen lettischen Bevölkerung sind Arbeiter. Der Umstand, das der lettische

* Das Jahr 1890 bringt für Riga 734 Neubauten, 1895 873, 1898 1592; 1893 zählt Riga 289 Fabriken mit 22.386 Arbeitern.

** In Russisch-Polen 21·8 Prozent, im übrigen Russland nur 12·6 Prozent.

Arbeiter fast überall den deutschen Industriellen fand, konnte anfangs nicht ohne Einfluss auf seine Psychologie bleiben. Auch ist der lettische städtische Arbeiter eine soziale Erscheinung neueren Ursprungs. Er ist sehr oft noch eng mit seiner Dorfgemeinde verbunden, hat den Hass gegen den deutschen Gutsherrn mit der Muttermilch eingesogen. Wenn er nun in die Stadt kommt, so findet er auch hier fast überall den deutschen Industriellen. Vergewenwärtigen wir uns dies, so wird uns klar werden, mit welcher tiefen Vorurteilen die lettischen Sozialdemokraten kämpfen mussten. Und dieser Kampf ist noch nicht beendet. Die Mitläufer, die revisionistischen Elemente der lettischen Arbeiterbewegung, bilden das Band zwischen der nationalistischen Ideologie des lettischen Kleinbürgertums und dem lettischen Proletariat. Die politischen Zustände Russlands halten bisher diese Elemente ausserhalb der Partei, die politischen Zustände geben auch keinen eigentlichen Raum für die modernen nationalen Kämpfe. Ihre Anfänge sind aber bereits vorhanden, und wie im übrigen Russland, so auch in den baltischen Provinzen bergen sich in ihnen dieselben Tendenzen, welche unsere österreichischen Genossen in der Form des Separatismus zur Genüge kennen. Mit gutem Recht konnte Genosse N. Trotzky auf dem Innsbrucker Parteitag der deutschösterreichischen Sozialdemokratie sagen, dass unser — der Sozialdemokraten aller Zungen Russlands — Interesse, mit welchem wir die österreichischen nationalen Probleme verfolgen, ein unmittelbar praktisches ist, dass die Arbeit — die Lösung der nationalen Probleme in und ausserhalb der Partei — die die österreichischen Genossen leisten, für uns eine unerschöpfliche Quelle der Belehrung darstellt.

Doch kehren wir zurück zu unserem Thema! Wenn auch das industrielle Proletariat der Städte an der Spitze der neuzeitlichen wirtschaftlichen und politischen Kämpfe steht, so sind es doch die ländlichen Verhältnisse der baltischen Provinzen, die den Ereignissen der letzten Jahrzehnte den eigentümlichen Charakterzug verleihen. Es ist der Gegensatz zwischen dem halbfeudalen Adel und dem Klein- und Mittelbauerntum.

Der Grossgrundbesitz, der fast ausschliesslich in den Händen des deutschen Adels konzentriert ist, umfasst in Livland 1,920.633 Dessätinen*, die auf 729 Güter verteilt sind — 1 Gut umfasst also durchschnittlich 2634·6 Dessätinen. Das Bauernland — 1,121.269 Dessätinen — verteilt sich auf 25.456 Bauernhöfe, also 1 Hof hat im Durchschnitt 44·73 Dessätinen. Demnach gehören dem Adel zwei Drittel, den Bauern ein Drittel des bebauten Bodens. In Kurland finden wir 976.705 Dessätinen Hofesland, verteilt auf 648 Güter und 898.249 Dessätinen Bauernland. Der Grossgrundbesitz trägt einen ausgesprochenen Latifundiencharakter. Die Güter Livlands befinden sich in den Händen von nur 162 Adelsfamilien**. In Kurland gehören zwei Fünftel der Rittergüter 28 Familien***. Für die Landarbeiter ist diese Konzentration des Güterbesitzes selbstverständlich von grosser Bedeutung. „Auf weiten Gebieten tritt ihnen als Arbeitgeber immer wieder die gleiche Familie, nicht selten sogar ein und dieselbe Person gegenüber. Sie haben es also mit einer Vereinigung der Arbeitgeber zu tun, die aus wirtschaftlichen Interessen und naher Verwandtschaft der einzelnen Glieder fester zusammenhält als manches moderne Kartell, über grosse Mittel verfügt, leicht einheitliche Beschlüsse durchführen kann und nur in den seltensten Fällen bereit sein wird, an einem Orte höhere Löhne zu zahlen als an dem anderen“†.

Aber nicht nur der Landarbeiter, auch der Klein- und Mittelbauer trifft auf Schritt und Tritt „das Gut“. Früher musste er dahingehen als Fronknecht, jetzt wälzt das Gut auf den freien Bauer die schwersten Geldlasten. Der hohe Kaufpreis des Bauernlandes machte so manchen Bauern zum Schuldner der adeligen „Güterkreditsozietät“. Das Herrschaftsgut ist von den Gemeindeabgaben befreit, von ihm werden keine Steuern erhoben. Die Ausgaben der Gemeinden muss der lettische Bauer allein aufbringen. Zu den Weglasten (Erhaltung der Landwege), die den lettischen Bauer nach den

* 1 Dessätina = 1·0925 Hektar.

** Die Barone Wolff haben zum Beispiel 36 Güter mit einer Gesamtfläche von zirka 200.000 Dessätinen.

*** v. Beer 105.227 Dessätinen, Osten-Sacken 91.481, v. Hahn 67.227 u. s. w.

† Dr. Adolf Agthe, „Ursprung und Lage der Landarbeiter in Livland“. Tübingen 1909. S. 131.

Berechnungen des verstorbenen livländischen Gouverneurs Sinowjew 400.000 Rubel jährlich kosten, trägt der deutsche Adel nur 15.192 Rubel bei. Das Budget der Landtage, das für Livland 1908 683.246 Rubel betrug, wird grösstenteils von einer Immobiliersteuer bestritten; dabei zahlt der Bauer durchschnittlich 12·7 Kopeken per Dessätina, der Gutsherr (von dem Hofesland) nur 5·3 Kopeken. Der Gutsherr hat ferner das Patronatsrecht in der Kirchengemeinde, das Jagd- und Fischereirecht, das „Krugrecht“, und noch unlängst eiferte in der Duma der Abgeordnete des baltischen Adels Baron Meyendorf, man solle ja nicht beschliessen, dass die Bauerngemeinde das Recht erhalte, die adeligen Schenken zu sperren.

So tritt überall dem lettischen Bauer der deutsche Gutsherr gegenüber. Die wirtschaftlichen Gegensätze formieren die nationalen Kämpfe. Die deutsche vermögende Minderheit hält die gesellschaftliche Macht in ihren Händen. Der Kampf um diese Macht ist der Inhalt der nationalen Kämpfe.

Nach der allgemeinen Volkszählung von 1897 waren:

in Livland	563.829	Letten	98.573	Deutsche *
„ Kurland	505.994	„	51.017	„
Insgesamt	1.069.823	Letten	149.580	Deutsche

Davon wohnten in den Städten:

Riga	106.541	Letten	67.286	Deutsche
Libau	16.053	„	5.719	„
Mitau	24.918	„	5.353	„

So das Zahlenverhältnis. Doch die Verwaltung der grössten Städte und die Landtage befinden sich vollständig in den Händen der Deutschen.

Mit dem Erstarken der lettischen Bourgeoisie und mit der nationalen Bewegung vermindert sich relativ die Zahl der Deutschen. Viele, die früher sich als Deutsche bekannt haben, kehren zu den Letten zurück. So zum Beispiel war die Zahl der Deutschen in den Jahren 1881 und 1897 folgende:

in Livland	113.373	oder	9·7	Prozent,	98.573	oder	7·6	Prozent	der	Gesamtbevölkerung
„ Kurland	49.953	„	8·7	„	51.017	„	7·6	„	„	„
„ Estland	21.856	„	5·8	„	16.057	„	3·9	„	„	„
Stadt Riga	66.775	„	39·5	„	67.286	„	23·8	„	„	„

Der Rückzug von den Deutschen zu den Letten ist nicht zu leugnen. Doch wäre es töricht, daraus zu schliessen — wie es die lettischen nationalistischen Schwärmer tun — dass die Letten die baltischen Deutschen ganz aufsaugen werden.

Wie schon aus den angeführten Zahlen zu ersehen ist, ist die deutsche Bevölkerung hauptsächlich in den Städten konzentriert. Daher trägt auch der wirtschaftliche Gegensatz zwischen Stadt und Land seinen Teil zu den nationalen Kämpfen bei.

Der Kampf des deutschen Adels mit dem lettischen Bauerntum vollzieht sich unter dem Zepter des Zaren. Es ist darum selbstverständlich, dass auch die russische Bureaukratie eine beträchtliche Rolle in den Ereignissen der baltischen Provinzen spielen musste. Und es müsste uns wundernehmen, wenn die Petersburger Regierung die nationalen Gegensätze nicht ausgenützt hätte. Das zentralistische System des Absolutismus verträgt kein selbständiges Zwischenglied zwischen der zentralen Regierung und dem untersten Untertan. Ein Zwischenglied aber waren der deutsche Adel, die Stände der baltischen Provinzen, die deutschen Landtage. So sehen wir auch während der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts einen zähen Kampf zwischen Petersburg und den baltischen Deutschen. Es war einer der Kämpfe der zentralen Staatsgewalt gegen die Stände. Der unterliegende Teil in diesem Kampf waren die Stände deutscher Nation, der Sieger die russische Bureaukratie. „Die göttliche Ordnung der deutschen Dinge“ musste weichen. Die Macht der Landtage wurde eingeschränkt, die Gerichte, die Schulen, die Verwaltung wurden russifiziert, die Rigaer Ratsherren ihrer Macht beraubt, die russische Städteordnung eingeführt.

* Etwa ein Drittel dieser Zahl der Deutschen muss auf das estnische Gebiet (Nordlivland) fallen.

Die lettischen Volksmassen standen in diesem Kampfe des alten Herrschers mit dem neuen beiseite; ja sie unterstützten sogar den neuen Herrscher. Der Kampf wurde doch gegen den verhassten deutschen Junker geführt, und die neuen Herren kamen mit allerlei Versprechungen über bevorstehende grosse Reformen, die die Macht des Grundherrn brechen, dem lettischen „Volksgeist“ eine freie Entwicklung gewähren sollten. Die russischen Zaren, die werden die Wohltäter der Letten sein! Daher wurde die Russifizierung von den Letten anfangs mit Freude begrüsst.

Aber die alten und die neuen Machthaber haben sich rasch verständigt. Wenn auch der baltische Adel anfangs, in den Schriften eines W. v. Bock* und C. Schirren**, mit dem Abfall von Russland drohte, so war das bloss eine Rückzugskanonade. Der Adel hat rasch die russische Sprache erlernt, die Uniform des russischen Beamten angezogen, und mit Recht konnte er später sagen: „Wir sind die Mamelucken des Reiches!“ Im bunten Rocke des Zaren und mit Hilfe seiner Beamten herrschte der baltische Adel wie früher; doch das verdammte Kleinleben einer kleinen Nation hat unter den Letten noch lange die Illusion fortgepflanzt, dass von Petersburg aus, von der Regierung, der Messias kommen werde, der uns von dem Joch des deutschen Junkers befreien wird!

Erst die grossen Kämpfe des Jahres 1905 haben die Loyalität eines Teiles des lettischen Bürgertums erschüttert. Nach den grossen Streiks der städtischen Arbeiter anfangs 1905 fängt auch das lettische Bauerntum an, sich zu rühren. In der Form einer Petition wenden sich die Bauern an die Regierung. Ueber den deutschen Adel wird Klage geführt. Die Privilegien des Adels sollen vernichtet werden, der Gutsherr soll die Rente herabsetzen, die unverkauften Bauernhöfe den Pächtern für einen „gerechten“ Preis verkaufen, das Patronatsrecht, die Jagd- und Fischereirechte sollen beseitigt, die Reallasten gleichmässig verteilt werden u. s. w. Es sind die Schmerzen des Bauerntums — und noch klingt durch die ganze Petition das alte Motiv, dass nur der deutsche Adel das Uebel sei. Doch schon bei der Verfassung der Petition konnten die Bauern am eigenen Leibe spüren, dass hinter dem deutschen Adel der russische Zarismus steht. Die Kosaken verjagten die Gemeindeversammlungen, die Gendarmen füllten die Gefängnisse mit den geprügelten Bauern und halfen mit der anschaulichsten „Methode“ den Bauernköpfen die Erkenntnis einzuprägen, dass das ganze absolutistische System vernichtet werden muss, wenn ihnen geholfen werden soll. So wurden die Ereignisse, die in Livland und Kurland nach dem Manifest vom 30. Oktober 1905 ausbrachen, vorbereitet. Die Bewegung eröffnete das ländliche Proletariat mit einem Massenstreik im Mitauer Kreise (30.000 Streikende), und nach der Verkündung des Manifestes vom 30. Oktober ging es von Gemeinde zu Gemeinde, dass der deutsche Adel verjagt werden müsse, aber auch die Institutionen der zarischen Regierung zu vernichten seien. Ueberall wurden revolutionäre Selbstverwaltungsorgane gegründet***, die die Verwaltung der Adels- und Krongüter zu übernehmen hätten — der „gerechte“ Preis war vergessen, das revolutionäre Recht der Expropriation war auf der Tagesordnung.

Noch im Sommer hatte sich das lettische Kleinbürgertum dem Bauerntum angeschlossen. Seine „Ideologen“, die lettische Intelligenz, überreichten der Regierung auch eine Petition und noch im April 1905 erklärte eine Konferenz der lettischen Volksschullehrer, dass der Kampf um die wirtschaftliche und nationale Befreiung nur in den Reihen der Sozialdemokratie mit Erfolg geführt werden könne†.

Die revolutionären Kämpfe haben mit der alten lettischen Loyalität der Regierung gegenüber gebrochen. Wenn auch die Revolution in Russland eine Niederlage erlitten hat, so ist doch aus dieser Niederlage eine grosse revolutionäre Eroberung entstanden. Die Ziele

* „Livländische Beiträge zur Verbreitung gründlicher Kunde von der protestantischen Landeskirche und dem deutschen Landesstaate in den Ostseeprovinzen Russlands“. Herausgegeben von W. v. Bock.

** C. Schirren, „Livländische Antwort an Herrn Jurzi Samarin“. (III. Auflage, Leipzig 1869).

*** Das sind die „300 lettische Republiken“, über die später die reaktionäre deutsche Presse so viel gespottet hat.

† Die Materialien über die „lettischen Revolution“, in den verschiedenen Zeitungen der Jahre 1905 bis 1907 zerstreut, sind noch nicht gesammelt. Einiges Material entnehmen wir der Arbeit des alten lettischen Parteigenossen O. Braun, die, als eine vorläufige Systematisierung der Ereignisse des Revolutionsjahres, unlängst in lettischer Sprache erschienen ist.

der Revolution sind fester in den lettischen Volksmassen eingeprägt worden, der kindische Glaube an das Wohlwollen der russischen Regierung ist verschwunden, und auch innerhalb der lettischen Nation besteht eine tiefe Kluft zwischen der Bourgeoisie und dem Proletariat.

Mit dem Auftreten der lettischen Bourgeoisie ist in den Städten eine neue Periode der nationalen Kämpfe entstanden. Die lettische und die deutsche Bourgeoisie trennt kein Klassengegensatz, wie den deutschen Adel und den lettischen Bauer. In den Städten waltet die kapitalistische Konkurrenz der nationalen Bourgeoisien. Die Gruppeninteressen, der Kampf um den Markt lässt die lettische und die deutsche Bourgeoisie an das nationale Banner appellieren. Um dieses Banner scharft sich das Kleinbürgertum, dessen Händen die nationale Führerrolle entfallen ist. Und nach der Niederlage der Revolution zeitigt der Nationalismus auf beiden Seiten, bei den Letten und bei den Deutschen, die reichsten Blüten. Wer die Träger des deutschen Nationalismus in den Städten sind, darüber bekommen wir ein Bild, wenn wir die gesellschaftliche Stellung der Mitglieder des „Deutschen Vereins“, des Hauptverfechters „der deutschen Sache“, betrachten. In diesem Verein waren im Jahre 1906 9750 Mitglieder, darunter 379 (3·79 Prozent) Gutsbesitzer, 2286 (23·5 Prozent) Schriftsteller und Journalisten, 3880 (39·8 Prozent) Kaufleute, 3010 (30·9 Prozent) Gewerbetreibende und nur 195 (2 Prozent) Arbeiter. Die Interessen der Industriellen und des Grossgrundbesitzes sind es, die hier mit der „deutschen Sache“ identifiziert werden. Die wenigen deutschen Arbeiter, die ihr tägliches Brot in den Ostseeprovinzen suchen müssen, haben schon während der Revolution gezeigt, dass sie als treue Klassengenossen mit den lettischen Arbeitern gemeinsame Sache machen werden*.

Welches sind die politischen Ziele des nationalen Kampfes in den baltischen Provinzen? Wir haben nachzuweisen versucht, dass der nationale Kampf in seinem Grunde ein wirtschaftlicher Kampf zwischen dem deutschen Adel und dem lettischen Bauer ist, zu welchem Kampf sich die Konkurrenz der Unternehmer gesellt. In der bürgerlichen Gesellschaft müssen aber, wie die wirtschaftlichen, so auch die nationalen Fragen sich in politische Machtfragen umwandeln. Die Grenze für die Kämpfe um die Macht ist in den baltischen Provinzen durch die geschichtlich geschaffenen Verhältnisse gegeben. Es kann nicht ein Kampf um die Macht im Staate, um den Staat sein. In dem grossen Zarenreich sind wir Letten nur ein sehr kleiner Teil. Dazu duldet das zaristische Russland keine Selbsttätigkeit der Nation auf politischem Gebiet. Mit engen Grenzen umgeben, löst sich die nationale Frage der Ostseeprovinzen bisher in die Machtfragen in der Städteverwaltung, der Provinzialverfassung, der Gemeindeordnung, der Kirchspielverwaltung u. s. w. auf. Der nationale Kampf tobt um die Rathäuser der Städte, bei der Ernennung eines Pfarrers u. s. w. Der Cliquengeist kommt hier zu seiner vollkommensten Erscheinung. Die grossen Fragen des Reiches, der enge Zusammenhang des provinziellen Lebens mit den politischen Verhältnissen des übrigen Russland werden vertuscht, die kleinen Machtfragen der kleinen Machthaber als höchst wichtig hingestellt und der Deutsche einerseits, der Lette andererseits als das Universalübel hingestellt — wenn es gilt, den Cliquenführern die Rathäuser zu erobern. Ein leibhaftiger Geist der philiströsen Beschränktheit und des brutalsten Klassenegoismus besucht jedesmal die Städte der baltischen Provinzen, wenn es gilt, die Stadtväter zu wählen, der einen oder anderen Clique zum Siege zu verhelfen, aber auch gegen den gemeinsamen Feind — das Proletariat — Front zu machen. Sein Auftreten wird immer fühlbarer. Er hat schon manchmal die beiden „Erbfeinde“ in den Städten dazu gedrängt, einander die Hand zu reichen und zusammen gegen den Klassenfeind vorzugehen. Dann werden hinter dem Rücken des Volkes die „geheimen“ Kompromisse gemacht.

Welches ist das nationale Programm der lettischen und der deutschen Bourgeoisie? Es ist die Unterdrückung der anderen Nationalität. Die Deutschen träumen von dem früheren „Landesstaat“, der von den Russen befreit sein müsste, der Lette möchte sein autonomes „Lettland“, wo der „Erbfeind“ — der Deutsche — die derzeitige untergeordnete Stelle des Letten einnehmen sollte.

* Im Jahre 1905 waren zirka 2000 deutsche Arbeiter in den Reihen der lettischen Sozialdemokratie tätig.

Wir wollen hier kein Programm zur Lösung der nationalen Frage in Livland entwerfen. Nur sei gesagt, dass ein autonomes Territorium, sei es mit der lettischen oder der deutschen Landessprache, die nationalen Kämpfe nicht beseitigen kann. Welches soll das Territorium sein? Etwa „Lettland“ — das heisst das von Letten bewohnte Gebiet (Kurland, Süd-Livland und der westliche Teil des Gouvernements Witebsk)? Vorher müsste man aber doch feststellen, ob dieses Gebiet ein wirtschaftlich homogenes ist, das zu einer territorialen Autonomie sich eignet, damit es zu einem administrativen Ganzen vereinigt werden könnte. Dann würde sich aber vielleicht herausstellen, dass in dieses autonome, wirtschaftlich homogene Gebiet auch die Esten (Nord-Livland, Estland) einbegriffen werden müssen — also eine territoriale Autonomie der ganzen baltischen Provinz. In diesem Falle stellen aber die Letten nur zirka 44 Prozent der Gesamtbevölkerung dar und das autonome Territorium wäre ein „Nationalitätenstaat“ für sich. Und auch „Lettland“ allein würde einen solchen Staat mit beträchtlichen deutschen Minoritäten darstellen.

Die nationalen Fragen der Letten und Deutschen in den baltischen Provinzen sind nur ein winzig kleiner Teil der Nationalitätenfrage Russlands, deren praktische Lösung nur nach einer demokratischen Umgestaltung des Zarenreichs möglich wäre. Ob dann die nationale Autonomie, als die einzig mögliche Lösung der nationalen Probleme, noch im Rahmen des demokratischen bürgerlichen Russland verwirklicht werden könnte, ist eine Frage für sich, für deren Entscheidung nicht die baltischen Provinzen den Ausschlag geben können.

Ferdinand Reinhold: Ein Massensport

England ist die Heimat des modernen Sports und die Träger des englischen Sports sind die englischen Arbeiter. Aus den Bergarbeitern Newcastles, den Textilarbeitern von Manchester, Blackburn, Liverpool, den Metallarbeitern von Sheffield, Birmingham und Woolwich, aus den Hafendarbeitern von Southampton und Portsmouth rekrutieren sich Englands beste Leichtathleten und Fussballer. Die Zehntausende von Jünglingen und Männern, die Samstag für Samstag ihre Kräfte auf dem grünen Rasen messen, sind Arbeiter und Angestellte. Studenten, Bourgeois- und Lordssöhnchen bilden im Verhältnis zur Gesamtzahl einen verschwindenden Bruchteil der aktiven Sportsleute. Noch mehr gilt dies von den Zuschauern. Proletarier sind die Hunderttausende, die die Sportplätze umsäumen und mit gespanntester Aufmerksamkeit die Wettkämpfe verfolgen. Von den 118.000 Zuschauern, die dem Spiele England gegen Schottland bei 1 Schilling Entree beiwohnten, waren gering geschätzt 90 Prozent Arbeiter und Angestellte. Mit fieberhaftem Interesse lesen die englischen Arbeiter Tag für Tag die langen Sportberichte der bürgerlichen Blätter. Wenn Newcastle United nach Birmingham fährt, um gegen Aston Villa zu spielen, dann können Hunderttausende in Newcastle das Resultat nicht erwarten. Tausende umlagern die Zeitungshäuser, um die Siegesbotschaft aus den Anschlägen zu erfahren.

So gross ist die Rolle, die der Fussballsport im Leben der englischen Arbeiter spielt. Kein Zweifel: manch physische und moralische Vorzüge haben sie ihm zu danken. Doch alle diese Vorzüge werden durch einen gewaltigen Nachteil weit überwogen. Was im alten Rom die Zirkusspiele den Cäsaren, das ist heute der englischen Bourgeoisie der Sport, vor allem der Fussballsport: ein Mittel, um den Drang des Proletariats nach politischer Betätigung abzulenken, abzuschwächen, abzutöten. Dass die Gewerkschaften lange nicht so rasch wachsen, wie es der riesigen Masse des englischen Proletariats entspräche, dass die Arbeiter seit Jahrzehnten dem politischen Leben entfremdet, so schwer für die Partei zu gewinnen sind, hat nicht zuletzt seine Ursache in ihrer Leidenschaft für den Sport, die von den herrschenden Klassen Englands bewusst gefördert wird.

Was in England ist, wird bei uns über kurz oder lang werden. Schnell verbreitet sich der Fussballsport in den kontinentalen Industriestaaten, rasch erfasst er die Massen des arbeitenden Volkes. Nehmen wir Oesterreich. Vor ungefähr 20 Jahren kam das Spiel aus England herüber. Anfangs von Söhnen aus „besseren“ Familien betrieben, zwang die diesem Kampfspiel par excellence innewohnende Tendenz, die Leistungen immer höher spannen zu müssen, die bourgeoisen Gründer selbst, aus der urwüchsigen Kraft der unteren Volksschichten zu schöpfen. Waren tausend zahlende Zuschauer bei einem Spiel vor 10 Jahren noch ein Rekord, so hatte das Spiel Oesterreich gegen Ungarn in Wien im Jahre 1912 bereits 13.000 Zahlende aufzuweisen. Wie in England bilden auch bei uns Arbeiter und Angestellte die weitaus überwiegende Mehrzahl der Spieler und Zuschauer. Und nicht nur die grossen Städte hat dieser Sport erfasst. Wie die Pilze nach dem Regen, so schiessen die Klubs in allen Städten und Flecken des flachen Landes empor. Wo die Industrie hinkommt, da folgt bald der Fussball nach.

Erst von einer gewissen Entwicklungsstufe ab beginnt den Herrschenden die „Bedeutung“ dieses Sports aufzudämmern. Langsam kommt ihnen die Idee, das wachsende Sportsinteresse des Proletariats zu benützen, um sein Interesse für Politik, Gewerkschaft und Genossenschaft abzustumpfen. Diese Stufe ist in Deutschland und bei uns erreicht.

In Deutschland stellt der neue „Mittelstand“ das Hauptkontingent der Spieler und Zuschauer. Grossindustrielle fördern die Gründung von Klubs, Prinzen übernehmen das Protektorat und stiften Preise, eifrig nehmen sich die Militärbehörden der Sache an. Kein Wunder, dass die Fussballer Deutschlands stramm national und patriotisch sind.

Das gleiche gilt von Oesterreich, wenn auch die nationalen Gegensätze die Gesamtentwicklung verlangsamen und verschleiern.

Sollen wir warten, bis die Dinge so kommen wie in England? Sicherlich nicht. Wie aber sollen wir uns dann dieser Entwicklung gegenüber verhalten?

Das Proletariat von diesem Sport abzuhalten, ist leichter gesagt als getan. Eine Agitation nach dieser Richtung würde die Verbreitung des Fussballspiels vielleicht etwas verlangsamen, aber sicher nicht aufhalten. Man muss den Fussballsport selbst mitgemacht haben, um seine gewaltige Anziehungskraft auf die Massen zu begreifen. Kein zweiter Sport kommt da dem Fussball gleich. Rein sportlich gemessen stellt dieses Spiel in der Tat alle anderen Massensporte weit in den Schatten. Nicht die Wette lockt die Massen — Wetten sind beim Fussball seltene Ausnahmen — sondern der dem Spiele selbst innewohnende Reiz. Fussballsport ist Massensport nicht nur, weil Massen ihn betreiben und Massen ihm zuschauen, sondern weil er der Psychologie des modernen Proletariats wie kein anderer Sport entspricht. Nicht Mann gegen Mann tobt der Kampf. Massenkräfte stehen einander gegenüber. Gemeinschaft steht gegen Gemeinschaft, beide planmässig organisiert. Arbeitsteilung, Kooperation sind die leitenden Ideen, Solidarität der Grundgedanke des Spiels. Egoismus und Fussballwettkampf schliessen einander aus. Das Individuum geht völlig auf in der kämpfenden Gemeinschaft; nur wo das Interesse der Kampfgemeinschaft selbst es fordert, erfolgt individuelle Tat. Fussball in klassischer Form, wie die englischen Professionals ihn spielen, ist Schachspiel, dessen Figuren Menschen sind, die sich selbst „ziehen“. Aber mit Blitzesschnelle, Zug um Zug, mit höchster Geschicklichkeit, Kraft, Ausdauer, Zähigkeit, Mut, Entschlossenheit und Energie jede Aktion durchführend. Es ist ein Spiel, das raschen Ueberblick, schnellstes Urteil fordert, ein Spiel, in dem der Kampf nie aufhört, wo jede Zehntelsekunde die Situation wechselt; es ist ein Spiel, das Spieler und Zuschauer in höchster Spannung erhält. Wer den Geist des Spiels einmal erfasst hat, wird es nicht so bald lassen.

Auch in gesundheitlicher Beziehung hält der Fussball den Vergleich aus mit allen anderen Massensporten. Im Vergleich zu anderen Sporten und zur Zahl derer, die das Fussballspiel betreiben, sind Unfälle sehr selten. In freier, frischer Luft tummeln sich die Kämpfer, Wind und Wetter härten ihren Körper, Laufen stärkt ihnen Herz, Lunge, Sehnen, Muskeln, allseitig wird der Körper durchgearbeitet, ausgebildet.

Was aber erst recht den Fussball zum Sport des Volkes macht, das ist seine enorme Billigkeit für den einzelnen. Wo ein freier Platz ohne Kosten zur Verfügung

steht, was auf dem flachen Lande die Regel, da genügt es, dass 22 Burschen sich zusammentun und für 10 Kronen einen Fussball kaufen. Nun kann das Spiel losgehen, zwar primitiv, aber es erfüllt doch alle Wünsche seiner Jünger. So geht es nun das ganze Jahr hindurch und der Spass hat den einzelnen rund 50 Heller gekostet.

Unter solchen Umständen hätte der Versuch, die Massen vom Fussballsport zurückzuhalten, wenig Aussicht auf Erfolg. Es ist jedoch gar nicht notwendig, diesen Versuch zu machen. Mögen Arbeiter und Angestellte ihr Vergnügen an einem Kampfspiel finden, das sie körperlich und moralisch hebt und andere minder nützliche Spiele, denen die grosse Masse heute noch huldigt, verdrängt.

Aber die Freude am Spiel darf nicht ausarten zur Leidenschaft, die den Sport über das Lebensinteresse der eigenen Klasse stellt. Die Gefahr, dass die Sportleidenschaft ausgenützt werden könnte, um die Arbeiter von der Erkenntnis ihrer Klasseninteressen, vom Kampf für ihre Klasse fernzuhalten, ist nicht gering. „Das entwickeltere Land zeigt dem zurückgebliebenen das Bild der eigenen Zukunft.“ Die Bourgeoisie des Kontinents wird sich ein Mittel nicht entgehen lassen, das in England so „gute“ Früchte gezeitigt hat.

Ein Sport, der solche Dimensionen annimmt, ein Sport, der im Leben des Proletariats einen so breiten Raum gewinnt, muss eine Partei interessieren, die den ganzen Arbeiter erfassen will. Was im Leben des Arbeiters eine Rolle spielt, ist für die Sozialdemokratie von Bedeutung. Darum müssen wir Arbeitern und Angestellten zurufen: Vergnüget euch am Spiel, aber vergesst nicht, dass ihr Proletarier seid, vergesst nicht an eure Pflichten gegen eure Klasse!

Franz Diederich (Dresden): Weltfahrerlyrik

Das 19. Jahrhundert hat die Umspannung des Erdballs mit den Eisenreifen europäischer Kultur vollendet. Die ungeheuerlichste Ueberwindung aller schwer trennenden Entfernungen gelang. Wundertaten der Wirklichkeit, die das Entlegenste nachbarlich verbinden! Herr geworden ist der zivilisierte Mensch über Höhen, Tiefen und Weiten, die ihn einst erschreckten, erdrückten und vor sich selber winzig machten. Das Wort Weltheimat hat über den alten phantastisch-poetischen Sinn hinaus eine reale Bedeutung gewonnen. Was an psychisch Neuem sich darin bewegt, hat vor zwei Menschenaltern zuerst Walt Whitmans Lyrik geahnt und ausgedrückt. Heute aber drängt dieser psychische Inhalt, unter neuen Weltheimatsmöglichkeiten weiter gereift und bereichert, zu abermals neuen dichterischen Lebensleistungen, und es ist kein Wunder, dass diese in der Regel dem grossen Amerikaner so blutsverbunden scheinen. Whitman dichtete aus einem neuen, grossen und freien Raum- und Zeitgefühl heraus, das von Vergangenheitslasten kaum beschwert, nur Gegenwart und Zukunft spürte: die Gegenwart zu frischem Zugreifen, und zur Zukunft den Weg in unermesslicher Breite offen. Dies neue Weltgefühl wird sich in Whitman zum erstenmal seiner besonderen rhythmischen Notwendigkeiten bewusst. Es sprengt die alten Formen dichterischer Bewegung auf: neue Dimensionen, neue Takte und Masse drängen hervor.

Der erste, der die Wucht Whitmans ins Deutsche herüberzuholen suchte, war Freiligrath. Die eigentliche Erweckung Whitmans in Ländern deutscher Zunge fällt aber zusammen mit jener rebellischen Literaturbewegung, die von den Achtzigerjahren herauf sich gegen das rhythmisch unselbständige Epigonentum deutscher Dichtung auflehnte. Ihre Kraft empfang diese Auflehnung aus dem Wurzelboden einer neuen Kultur, die den übernommenen Zuständen mit scharfem Pfluge die verhärteten Schollen aufbrach. Die an Irrungen und Wirrungen, kühnen Vorstössen und müden Rückschlägen reiche Geschichte der Lyrik in den letzten drei Jahrzehnten setzte ein mit dem Aufschliessen bisher missachteter oder ganz neuer Stoffbereiche von urwüchsiger Lebenskraft und ist

vor allem ein Kampf um den neuen Rhythmus, der aus dem Leben in die Dichtung will. Es ist kein Zufall, sondern ein geschichtliches Ergebnis und Zeichen von Belang, dass die Lyrik eines Verhaeren eben in diesen lebendigen Jahren begeistert begrüsst in den Vordergrund kommt. Neben diesem Vollendeten aber steigt ein Werdender auf, dem sich nicht geringes Erwarten willig und fast schon gläubig zugewandt hat: Alfons Paquet.

Wird er neben Verhaeren genannt, so soll das nicht behaupten, er schaffe im Umkreis von dessen dichterischer Form. Er wächst autochthon, auch in seiner Rhythmik. Aber er ringt wie der flämische Dichter um das Ziel, das Leben aus dem Schaupunkt der Gegenwart her, in seiner weiten Fülle und Grösse zu packen, aus dem neuen Weltgefühl heraus, dessen Merkmal eine allumfassende, durchdringende Kraft ist und das sich aus ungeheuer gesteigerten Möglichkeiten des Welterlebens entwickelt hat. Er ist der weltfahrende Dichter, den die unendlich bunte Masse der Erscheinungen auf dem Erdball ringsum nährte, und ist der starke Mensch, der diese Masse tragen kann, ohne unter ihrer Last zusammenzubrechen.

Die weltfahrende Dichtung der Zeiten grosser Entdeckungen und Eroberungen neuer Länder und Seewege — von der Odyssee herauf bis zu den portugiesischen Lusiaden — liegt historisch abgeschlossen hinter uns. Byrons Dichtung, die nach Jahrzehnten voll politischen und sozialen Zusammenbruchs und voll weitherzig kosmopolitischen Denkens mit unruhvollem Suchen, schmerzlich und trotzig ringend, aus bedrückender heimatlicher Enge ins Weltfreie drängte, darf als der Anfang einer neuen Aera der Weltfahredichtung gedacht werden. Die hundert Jahre nach Byron haben die Bedingungen, die diese Dichtung braucht, in beispiellos grossartiger Weise geschaffen. Nicht mehr ist nun der Krieger oder Abenteurer ihr mächtiger Held. Sondern der Mensch schlechtweg, der weltfähig gewordene, kulturdurchtränkte Mensch. Paquet hat nichts mehr gemein mit den Dichtern von ehemals, die an den farbigen, seltsamen Bildern fremder Zonen vorüberstreifen und sie wie Theaterszenen, wie bewegte Reliefbilder vor das zuschauende Auge bringen. Er erzählt keine exotisch drapierten Novellen in Versen. Das Merkmal seiner Dichtung ist sein persönliches Mittendrinsein. Alle Schilderungen und Vorgänge quellen mit intensiven Farben und Tönen aus seinem Erleben. Er ist die beseelende, ausstrahlende Kernmitte, die das Tausendfältige zusammenfasst: organisch in sich vereinigt. Er ist der Weltmensch, der auf jeder Erdscholle, auf jeder Meereswohle das Recht auf sich selber wahrt und auskostet. Eine Zeit, die dem Menschen nur in eng umzirktem Heimatsgau die Sicherheit persönlichen Lebens zugestand und verbürgen konnte, gestaltete den Typ des rechtlos durch die Welt gehetzten Ahasver und später, als der Weg über die Ozeane erobert war, den verwandten, ergänzenden Typ des fliegenden Holländers. Der Mensch von heute hat den Weltwanderdrang wahrlich nicht weniger stark als jene grauen, fernen Jahrhunderte, aber er ist nicht mehr der Gehetzte, Heimatlose, den der Zwang, die Welt durchzueilen, wie Sündenlohn und Höllenpein umtreibt. Er hat die Sehnsucht nach allen Weiten der Welt in sich als eine Eigenschaft seines Wesens, das nur im Unbegrenzten auskosten kann, was es unter Freiheit und Schönheit des Daseins versteht.

Wandern will meine Seele unaufhaltsam,
Wie Tag und Nacht bei Schönheit nicht verweilen.
Nicht eilen, aber wandern; und kein Balsam
Ist süss genug, die süsse Qual zu heilen.
Sie reisst sich los, ob zage, ob gewaltsam,
Sie ruht, erhebt sich, ihre Hände teilen
Die Ewigkeit in Zeiten und in Träume
Still und gelassen, dass sie nichts versäume.

Einen neuen Typ des Weltwanderers erweist Alfons Paquets Held Namenlos. Dieser Name steht nun als Titel auf des Dichters neuestem lyrischen Buche*, das mit

* „Held Namenlos.“ Neun Gedichte von Alfons Paquet. Eugen Diederichs Verlag, Jena. 4 Mark. In gleichem Verlag: „Auf Erden.“ Ein Zeit- und Reisebuch in fünf Passionen. 4 Mark. Die lyrischen Anfänge Paquets sammelte das Buch: „Lieder und Gesänge.“ G. Grottes Verlag, Berlin. 1902. 2 Mark.

dem schon aus dem Werke „Auf Erden“ bekannten prächtigen Stanzengedichte Colorado Springs beginnt, schönheitsvolle ostasiatische Bilder anreicht, in stürmender Kraft Weltpanoramen durchbraust, Meerfahrten, Erdballdämmerungen, Wolkenflüge in der Ballongondel erlebt und durch nordische Lande heimkehrt. Das Buch ist mächtiger Bewegung voll. Die feinsten Saiten der Seele schwingen und die derbsten Sohlen stampfen. Paquets Schauen und Hören, die Aufnahmskraft all seiner Sinne ist bestaunenswert gross: unermüdlich, unersättlich, unstillbar. Er hat eine Widerstandsfrische von köstlicher Wahrheit. Was er aufnimmt, hat feste Umrisse und klar getönte Flächen. Mattes und Halbes kommt nicht auf. Allen Stimmungen ist sein Wesen zugänglich, alle kann er voll auskosten. In einsamer, idyllischer Enge und Stille ist er so lebenssicher und lebensreich wie inmitten des Gigantischen und des Massenhaften der Eindrücke. Aus diesem Auf und Ab, Nebeneinander und Gegenüber von gross und klein, rau und zart, reich und schlicht, laut und leise, wie die Wirklichkeit es zusammenfügt, zeugt Paquet höchst eigenartige Gedichte, wundersam an Inhalt und rhythmischer Verdeutlichung. Alles in ihm drängt nach dem gross umfassenden Bild und will doch jeden kleinen Augenblick und jede räumliche Einzelheit in ihrem besonderen Reichtum greifbar geben. Hier springen dem künstlerischen Gestalten Klippen im Wege auf, die das innere Gleichgewicht des Gedichtes sehr gefährden. Aber wo sie wirklich gefährlich geworden sind, fühlt man doch immer die Kraft an der Arbeit, die überwinden wollte und die sich Mächtiges zutraut und zutrauen darf. Dass sie auch gedanklich zum Himmelstürmen taugt, hat sie noch nicht erwiesen; da schaut sie wie durch einen Torspalt, der nicht das ganze Feld umfassen lässt: auf ein noch undurchkostetes Erleben hin. Man spürt nur, dass auch da der Sinn zum Gesunden hin will. Aber des Dichters Gefühlskräfte sind den grössten Eindrücken gewachsen.

Im Herzen des Buches dröhnt und jauchzt wie in abenteuerndem Uebermut der Hymnus „Held Namenlos“. Ein Zyklus von drei Gedichten, in einer Form, einem Rhythmus, wie sie keiner neben Paquet je gemeistert hat. Ein Kolossalgemälde der Weltkultur, in unbändiger Lebenslust auf die Leinwand geschleudert. Man darf kein Heldenlied alten, epischen Sinnes erwarten, das von einzelnen Menschenwesen erzählt, die an ihren gewaltigen Schicksalen übermenschlich emporwachsen. Was Paquet gibt, ist auch Schicksalslied, ein Hohelied vielmehr vom Glauben an die ungeheure Macht des Menschen, in tausend Formen die Kräfte Himmels und der Erden zu eigenem Heil aus ihren Gebundenheiten zu erlösen. Wir sind nicht nur gesellschaftliche Wesen, die sich sozial neu zu ordnen haben, wir sind auch Kraftträger im All der Natur und müssen uns klären über die Bedeutung, die uns in der universalen Kraftwelt zukommt. Einst unterschied man Götter und Menschen und gab damit in religiösem Anschauen ein Mass für das Kräfteverhältnis von Mensch und Natur. Der Ansturm von Forschung und Wirtschaft, Wirtschaft und Forschung zersprengte diese Anschauung. Die alten Glaubenssätze von leidschwerer menschlicher Abhängigkeit, von tiefem Unterworfensein unter überirdische Kräfte sind unmöglich geworden. Wie nun sollen wir heute unseren natürlichen Wert klarer und stärker erfassen und bezeichnen als jene alten Zeiten, die wir eben erst unter unsere Füsse gebracht haben? Wie gross dürfen wir den Umfang unserer Kräfte einschätzen, ihre Spannmöglichkeiten, das ganze gewichtige Pfund, das wir in uns ergraben und aufspeichern und bewegen können, um es gesellschaftlich einzusetzen? Aus dem Drängen dieser Fragen ist Paquets Dichtung erwachsen; ihr Werk ist ein Ringen, diese Kraft als heiligstes Gut über sinnloses Vergeuden hinweg der grossen Weltarbeit einzugliedern und im riesigen Getriebe dieser Weltarbeit ihren Wert zu erfüllen. Ein Stück aus dem Hymnus:

Es schnarrt und funkelt mein Wagen und rauscht über den Brenner,
Tirol hinab, Staubwolke im kalten Fluss der Luft, und im weiten Schwung
Um die weissblauen Seen, und als ein brutaler Renner
Stürmisch über die wiegende Strasse, und ich schreie Beseligung...

Hoch über Deutschland im Blauen schwebt die blanke Forelle,
Die den launischen Flüssen der Lufthülle entgegenklimmt,
Ueber die Ebene fährt glitzernd empor die Libelle
Des Aeroplans, zu einem schrillen Sopran gestimmt.

Vom höchsten Felsen über die Donner der Brandungen gleitet
 Der eine Flieger weit über die Meerenge und über die Torpedoflotte hin,
 Die schmalen Flügel und die Schwanzfedern ausgespreitet;
 Und die brausenden Sirenen der Weltstadt empfangen ihn.

Ein Hoch den Siegern, ein Hoch aus dem Neide,
 Ein Hoch aus dem Hohn, aus dem sternenlosen Schacht
 Des Kohlenbergwerks, von allen, die wühlen in der Erde Eingeweide,
 Bei polternden Sieben, in der Erdrückung der Nacht,

Bei der Kohlen Schwarzglanz, gebrochen im Keim auf dem glatten
 Abschüssigen Boden, im fettigen Staub, den das Wasser bespritzt,
 Beim Rollen der Karren, beim Schlüpfen der Ratten,
 Mit gekrümmten Rücken, in die Nischen der schwärzesten Finsternis gestützt.

Maschinen drängen sich in die Erde und kneifen
 Das unfühlende Gestein und leeren die reiche Kluft,
 Und die Pumpen stampfen, und die Förderkörbe schweben und drehen sich im Reifen
 Am Gerüst; wie ein Wildbach stürzt tief hinunter die belebende Luft.

Feuersbrünste, gebändigt in ragenden Pyramiden,
 Ein Gestöber von Funken, ein Geruch von Ammoniak und Teer
 Wühlen über Tag, und es donnern die ungeheuren Schmieden;
 In Ketten, von Dornen gehoben, poltert der Lichtblock daher.

Aus den Thomasbirnen, den hangenden Töpfen und Haubitzen,
 Fauchen die Gase leuchtend in einer rasenden Wut,
 Umwölkt von Dämpfen, strahlend von Sternen und Blitzen,
 In die Schlackenwagen weisserspritzend aus brauner Glut.

Die Kraft von zwanzigtausend Pferden in einem Stalle beisammen,
 Giesst einen einzigen Starkstrom aus und erzeugt
 Diese Gewitter, weissrauchend von Donner und Flammen,
 Und Schienen und Brücken und Hallen, über die Weite gebeugt.

Der Kranen eiserne Finger schwenken am Hafan die Lasten
 Und bewegen ihre Ketten gehorsam dem Pfiff
 Und legen Geschütze und Patronenkasten
 Und Mähmaschinen und Dreschmaschinen in das geheizte Schiff.

Im Schachspiel der Staaten, in den Einfällen am grünen Tische,
 Mit mannigfachen Figuren, Feld um Feld, Zug um Zug,
 Reifen die Träume der Landkarte, und da wirkt nun das frische
 Kommando der Ingenieure und reisst den Bauer vom stumpfen Pflug.

Ueber die Steppen, über Gebirge und über die Meere
 Drängt sich entwurzelte Mannschaft, das gierige Tross
 Im Gefolge des neuen Eisens, und es wandern die Heere
 Hungeriger Siedler und sprengen den dünnen Schoss ...

Da steigt über die weissen Gerstenfelder die blaue Wonne
 Und der Jubel der Lerchen: es ist Erntetag.
 Und Ammons Tempel, hoch auf dem Boden der Ebbe, glüht in der Sonne,
 Und die Ernte fällt mit dem einzigen Sensenschlag.

In dieser entfesselten Kraft lebt und stürmt neues Heldentum, das in Millionen
 und nicht bloss in wenigen Auserwählten haust. Paquets weltfahrender Held Namenlos
 wirft alles kleine, individuelle Geniessen schnell satt und ungeduldig hinter sich, all das
 Schale und Ohnmächtige. Süßes Verruhen von Leib und Geist darf seine Sekunde
 fordern, aber nichts darüber hinaus. Nur was seiner Kraft das Aeusserste abfordert,
 darf ihn mit sich reissen! Nur wer das Ungeheuerste will! Denn wo das geschieht und
 aufsteigt, wird Triumphgesang und lachende Auferstehung reifen. Der Hymnus wird
 zur Prophetie:

Da baut' ich meine Kirche aus zwei gekreuzten Eisenbahnbrücken
 Und ein Riesenteleskop und eine Riesenkanone hinein;
 Damit schoss ich die alltäglichen Wolken zu Stücken
 Und schaute hell in den Saal der Planeten hinein.

Und riss Beethoven aus seinem Schlaf, in den Weltraum zu hören,
 Und schloss sein ergriffenes Herz an die singende Bogenlampe an,
 Und sie sang und wälzte eine Flut und einen Bergsturz von zerschmetternden Chören
 Auf das Volk, und da löste sich endlich der Bann. . . .

Die Sehnsucht, die den Dichter zum Weltfahrer macht, feiert so ihre höchsten Erfüllungen in den Offenbarungen der Kraft. Sie übergipfeln alles, was Lust sonst geben kann, und machen das Leben stark zu einem Selbstschätzen und Weltvertrauen, das unendlicher Steigerung fähig ist. In Paquets Lebensanschauung ist eine wundervoll erdhafte Sicherheit des Stehens und Schreitens. Auf dem Schlussblatt seines Buches leuchtet das Kämpferwort: „Zu Helden macht uns alle das Unvollkommene.“

Rundschau

Galizische Parteifragen

Das Exekutivkomitee der ruthenischen Separatisten sendet uns eine Zuschrift, in der es in einer Polemik gegen den im „Kampf“ erschienenen Artikel des Genossen Daszynski erklärt, dass die ruthenischen Separatisten niemals für bürgerliche Nationalisten agitiert und niemals eine nationa-

listische, polenfeindliche Agitation betrieben hätten.

W. Lewinskyj sendet uns eine Zuschrift, in der er feststellt, dass der Verband der Tabakarbeiter nicht 124, sondern 224 ukrainische Mitglieder zählt.

Es ist uns nicht möglich, die Diskussion über den ukrainischen Separatismus fortzusetzen.

Die Redaktion.

Bücherschau

Geschichte

Richard Charmatz, Geschichte der auswärtigen Politik Oesterreichs im 19. Jahrhundert. Erster Teil: Bis zum Sturze Metternichs. Leipzig 1912. Teubner. Preis geb. K 1.50

Im engen Rahmen zweier Bändchen der bekannten Sammlung „Aus Natur und Geisteswelt“ will Richard Charmatz die Geschichte der auswärtigen Politik Oesterreichs seit der französischen Revolution darstellen. Leider können wir dem ersten Bande dieses Werkes nicht gleiches Lob spenden wie der trefflichen Geschichte der inneren Politik Oesterreichs seit 1848, die Charmatz durch denselben Verlag veröffentlicht hat.

Wer in so engem Raume eine inhaltreiche Geschichte darstellen will, muss vorerst den Stoff besonnen auslesen: das Unwesentliche ausscheiden, um für das Bedeutungsvolle Raum zu gewinnen. Wie Charmatz diese Aufgabe gelöst hat, dafür nur ein Beispiel: Die Gründung des Deutschen Zollverein und die Stellung Oesterreichs zu ihm wird in diesem Bande überhaupt nicht erwähnt. Dafür aber wissen wir jetzt ganz bestimmt, dass Graf Stadion ein lockeres Leben geführt und auch der Fürst Metternich Frauengunst nicht verschmäht hat — was für Oesterreichs Schicksal offenbar wichtiger war als der Deutsche Zollverein. Bei solcher Auswahl des Stoffes verschwinden

natürlich die entscheidenden, bestimmenden Ereignisse. Charmatz hat zum Beispiel zu erklären, warum England sich nach 1820 von der reaktionären Politik Oesterreichs abgewandt hat. Wie erklärt er es uns? Erinnert er uns daran, dass gerade in jener Zeit die liberale Bourgeoisie, durch die industrielle Revolution schnell erstarkt, im Kampfe gegen das aristokratische Altengland die ersten Erfolge errang? Dass die politische Abkehr Englands von Metternich mit den ersten Zugeständnissen an den Liberalismus in der inneren Politik, mit der Abschaffung der Navigationsakte, mit der ersten Zollreform, mit der Einführung des Koalitionsrechtes, mit der Strafrechtsreform Peels zusammenfiel? Nein, Charmatz teilt uns einfach mit, dass Castlereagh in einem Anfall von Wahnsinn Selbstmord begangen hatte und dass sein Nachfolger Canning andere Ansichten hatte als sein Vorgänger! Natürlich lernt man auch so sehr viele Tatsachen kennen; aber die bestimmenden Ursachen, die treibenden Kräfte bleiben verborgen. Wir bleiben in Geschichten stecken, statt zur Geschichte zu dringen.

Trotz alledem aber müssen wir das Büchlein unseren Genossen empfehlen. Wir haben noch keine bessere Geschichte der auswärtigen Politik Oesterreichs und eine mangelhafte Geschichte ist immer noch besser als keine. Bei all seinen Mängeln wird Charmatz' Buch auch für unsere Genossen als Einführung in die Geschichte der auswärtigen Politik verwendbar sein. O. B.

Gewerbegeschichte

Die üppig ausgestattete Festschrift der Wiener Fleischhauergenossenschaft zur Dreihundertjahrfeier der kaiserlichen Wiederbestätigung der alten Fleischhauerprivilegien im Jahre 1912, die im eigenen Verlag der Genossenschaft erschienen ist (139 Seiten, Quart, Preis 6 K), ist sicherlich kein gewerbegeschichtliches Werk, wenn es auch gewerbegeschichtliche Materialien enthält. Zahlreiche Abbildungen von Fahnen, aber auch von bemerkenswerten Urkunden schmücken dieses Werk, das freilich auch überflüssige Bilder enthält, so das des Kaisers, des jetzigen und des früheren Bürgermeisters und andere für eine Geschichte der Wiener Fleischhauerei entbehrliche Illustrationen. Auf knapp 20 Seiten beschränkt sich der historische Teil des Buches; wir erfahren selbstverständlich vieles nicht, was in eine Gewerbegeschichte der Wiener Fleischhauerei gehören würde, vor allem sind die Verhältnisse der Arbeiter vollständig übergangen. Wohl findet sich diese und jene Notiz, die von Interesse ist, so die Angabe, dass sich um das Jahr 1600 herum die oberungarischen Viehhändler zu einem förmlichen Kartell zusammenschlossen. Der Wiener Stadtrat richtete deshalb an die Regierung das Ersuchen, gegen diesen schädlichen Ring der oberungarischen Viehhändler einzuschreiten. Da damals Dr. Weiskirchner nicht Handelsminister war, wurde den Wiener Fleischhauern im Jahre 1600 als Gegenmassregel gegen den agrarischen Uebermut der Ungarn die Ueberschreitung aller Grenzen zum Vieheinkauf gestattet. Eine Untersuchung, wie sich diese Kämpfe gestalteten und welche Wirkung sie auf die Wiener Fleischversorgung übten, sucht man da vergeblich.

Wertvoller als der geschichtliche Abriss ist die Auswahl der Urkunden und ihrer Abbildungen, die dem Werke beigelegt sind, so das Privilegium Kaiser Ferdinand II. vom 7. April 1629, ein Gesellenbrief von 1712, ein Lehrbrief von 1764, weitere Gesellen- und Lehrbriefe aus den Zeiten Maria Theresias und Josef II. Dazwischen ist eingestreut die Beschreibung eines silbernen Löwen, der im Heeresmuseum aufbewahrt wird.

Was als Beitrag zur neueren Geschichte beigebracht wird, bleibt weit hinter den bescheidensten Erwartungen zurück. Das Beste an dem Buche ist die Ausstattung, vor allem die Nachbildung der Urkunden, deren Beschreibung und Wiedergabe. Auch nachdem dieses Buch erschienen ist, bleibt noch die Geschichte des Zunftwesens im Fleisergewerbe zu schreiben.
ad. br.

Soziale Hygiene

Das Interesse an der sozialen Hygiene ist in erfreulichem Wachsen begriffen. In Deutschland erscheint eine Reihe von Zeitschriften und Sammelwerken, die sich ausschliesslich mit Problemen der sozialen Hygiene befassen. Wir besitzen nun auch in Oesterreich ein hoffentlich regelmässig erscheinendes Sammelwerk, die von dem Privatdozenten für soziale Medizin an der Wiener Universität, Dr. Ludwig Teleky, herausgegebenen Wiener Arbeiten auf dem Gebiete der sozialen Medizin.

Dem ersten Bande, der im Verlag von Moritz Perles erschienen ist, folgt nach anderthalb Jahren im Verlag von Alfred Hölder ein zweiter Band (119 Seiten, Oktav, mit 8 Tafeln und 8 Figuren im Text). In dem Bande sind Untersuchungen vereinigt, die zum Teil aus dem Seminar für soziale Medizin hervorgegangen sind, es sind streng fachwissenschaftliche Arbeiten, deren Besprechung den medizinischen Zeitschriften überlassen werden muss, sie können hier nur angezeigt werden. Einige Arbeiten, wie die über den Einfluss des Wohlhabensgrades auf das Geschlechtsverhältnis der Geborenen von Dr. Siegfried Rosenfeld, sind auch für weitere Kreise von hohem Interesse. Das gilt auch für die Arbeiten von Dr. Löwenstein über die Bedeutung der ambulatorischen Tuberkulinbehandlung für die Tuberkulosebekämpfung. Ohne besondere Vorkenntnisse sind die Untersuchungen des Privatdozenten Dr. Brezina und des Dr. Eugling über die experimentelle chronische Bleivergiftung verständlich. Dr. Teleky, der Herausgeber der verdienstvollen Sammlung, fügt Untersuchungen bei über Quecksilbervergiftungen bei der Erzeugung der Autopressgaslampe und über eine Beschäftigungsneuritis der Arbeiterinnen in Glühlampenfabriken. Mit anderen Berufsgefahren der Arbeiterinnen befasst sich Dr. Robert Lenk, mit Fragen der Bleivergiftung Dr. Alfred Götzl und Dr. Alfred Arnstein, der auch ein Sammelreferat über den Krebs als Berufskrankheit beisteuerte. Krankheiten der Petroleumarbeiter beleuchtete Privatdozent Dr. Karl Ullmann, über schussartige Spritzverletzungen durch die Glühlampen-Metallfadennpresse berichtet Dr. L. Robinsohn. Den Schluss des gut ausgestatteten Heftes bildet der Bericht des Seminarleiters Dr. Teleky über die Uebungen auf dem Gebiete der sozialen Medizin.

Wie sehr der Kampf gegen den Alkoholismus heute an Bedeutung gewonnen hat, erkennt man aus der sicherlich überaus bemerkenswerten Tatsache, dass ein Werk von zirka 760 Seiten: Die Tatsachen über den Alkohol, ein Handbuch der Wissenschaft vom Alkohol von Dr. Hugo Hoppe, Nervenarzt in Königsberg in Preussen, im Laufe von 13 Jahren in vier Auflagen erscheinen konnte. Das von Ernst Reinhardt in München verlegte Buch (768 Seiten, Oktav, Preis K 10.80) ist auch ins Japanische und Finnische übertragen worden. Es ist eine Fundgrube von allen möglichen Materialien über den Alkohol; aus allen Ländern sind Bausteine zusammengetragen, um die Bedeutung des Alkohols kennen zu lernen. So finden Sie auf der zufällig aufgeschlagenen Seite 601 Angaben über Galizien, ganz Oesterreich, über Oberkrain, Italien und die Schweizer Kantone Neuenburg, Bern, Luzern. Da sei gleich bemerkt, dass österreichisches Material an zahlreichen Stellen des Buches verarbeitet ist. Die Reichhaltigkeit dieses Werkes und seine Bedeutung nicht nur für die Bekämpfung des Alkoholismus, sondern auch für die Förderung unserer Erkenntnis überhaupt erkennt man aus einem sehr zusammengedrängten Auszug aus dem fast 10 Seiten füllenden Inhaltsverzeichnis. So finden wir eine Zusammenfassung über den Alkoholverbrauch, über die Zahl der Brennereien, Brauereien und Schankstellen, über die Kosten

des Alkoholverbrauches, über das Wesen und über die physiologischen Wirkungen des Alkoholverbrauches, über den Alkoholismus als Krankheitsursache und als Ursache verminderter Widerstandsfähigkeit gegen schädliche Einwirkungen. Weitere Kapitel handeln von den Krankheitsstatistiken, von Alkohol und Sterblichkeit, von Alkohol und Geistesstörung sowie von Alkohol und Verbrechen. Dann wird über den Einfluss des Alkohols auf Familienleben, Sittlichkeit und Wohlstand, über Alkohol und Entartung, über die pathologischen Wirkungen des Alkohols bei Kindern und endlich über die Verbreitung der Trinksitten und der Trunksucht behandelt. 74 Seiten Tabellen beschließen dieses ausserordentlich wertvolle Werk, dem sehr zahlreiche Leser auch in Zukunft zu wünschen sind. Zu bedauern ist bloss, dass diesem so überaus umfangreichen Werke kein Register angefügt wurde. Dadurch wird die Benützung des Werkes sehr erschwert. Das Inhaltsverzeichnis ist zwar sehr spezialisiert, es hat allein den Umfang einer Broschüre, gerade darum wäre für die Orientierung ein Register überaus wünschenswert.

Der bayrische Landesgewerbearzt Dr. Franz Koelsch, der ärztliche Beamte der bayrischen Fabrik- und Gewerbeinspektion, dem wir schon eine Reihe sehr wertvoller Arbeiten auf dem Gebiete der sozialen Hygiene, so eine Untersuchung über die Beziehungen von Beruf und Tuberkulose, verdanken, hat sich auch mit der Geschichte der Gewerbehygiene befasst und soeben ein kleines, sehr anziehend geschriebenes Büchlein erscheinen lassen: Bernardino Ramazzini, der Vater der Gewerbehygiene 1633 bis 1714, sein Leben und seine Werke. Es ist überaus interessant zu sehen, wie der als Mensch wie als Arzt bedeutsame, sich immer neue Aufgaben stellende Arzt, trotz der Zurückgebliebenheit der medizinischen Wissenschaft jener Zeit, noch heute bedeutsame Beobachtungen über die Berufskrankheiten gemacht hat. Es ist Dr. Koelsch nicht nur für die Schrift im allgemeinen zu danken, sondern auch für die zahlreichen Auszüge aus den gewerbehygienischen Feststellungen Ramazzinis. Dadurch hat dieses kleine Büchlein, das im Verlage von Ferdinand Enke in Stuttgart (35 Seiten, K 1'68) erschienen ist, nicht nur geschichtliche, sondern auch — und das ist wirklich ein Ruhm, der gerade in der Medizin selten die Jahrhunderte überdauert — noch praktische Bedeutung.

Zu den schwersten Vernachlässigungen der Gesundheit gehört die unüberlegte Wahl des Berufes. Bei der wichtigsten Entscheidung für die Zukunft eines Menschen waltet nur zu oft blinder Zufall. Es gilt dies vor allem für den gewerblichen Betätigung zugeführten Nachwuchs der Arbeiterklasse. Nicht eine besondere Vorliebe für den Beruf oder seine genaue Kenntnis, noch viel weniger die festgestellte körperliche oder geistige Befähigung der jungen Arbeiter für ein Gewerbe bestimmen die Berufswahl. Den Ausschlag gibt oft ein ganz nebensächlicher Umstand, irgendeine Familienbeziehung, eine Empfehlung, ein Inserat, und für das ganze Leben ist eine Entscheidung getroffen, oft eine Entscheidung, die das Leben verkürzt, weil die

körperliche Eignung des Lehrlings für den gewählten Beruf vollständig fehlt. Nur für ganz besonders gefährliche Berufsarten hat man den ärztlichen Nachweis körperlicher Eignung gefordert, das geschah auch dann, wenn vor dem gesetzlich zulässigen Alter die gewerbliche Beschäftigung begonnen werden soll. Nur die Gesetzgebung weniger Staaten erkennt durch diese Bestimmungen das Prinzip der ärztlichen Nachweisung der Berufseignung an. Obgleich die ärztliche Untersuchung der Stellungspflichtigen und wissenschaftlich-hygienische Arbeiten, auch populärwissenschaftliche Veröffentlichungen, so die von Dr. Hahn, der jetzt Professor der Hygiene in Königsberg ist, auf die Notwendigkeit der ärztlichen Untersuchung hingewiesen haben, ist sie nirgends durchgeführt. Weil sie fehlt, ergeben sich eigenartige Gefahren für die Lehrlinge ganzer Berufe, so zum Beispiel die, dass körperlich schwächliche Arbeitersöhne, die von allen Lehrmeistern und Betriebsleitern zurückgewiesen wurden, nur in besonders gesundheitsgefährlichen und aussichtslosen Berufen, so im Bäcker-gewerbe und im Friseurberufe ein Unterkommen finden. In der Regel fällt es einem gesunden und kräftigen Arbeiterkinde nicht bei, sich diesen Berufen zu widmen, die mit langer, zum Teil in der Nacht liegender Arbeitszeit verknüpft sind und auch sonst sehr ungesund, unerfreulich, rückständig und ökonomisch wenig aussichtsreich sind. So rekrutieren sich die Arbeiter in diesen Berufen einerseits aus schwächlichen, sonst schwer unterzubringenden jungen Leuten, andererseits aus unkundigen, durch Agenten vom flachen Land her vermittelten Knaben. Die starke Erkrankungsgefahr im Bäcker-gewerbe, die zahlreichen körperlichen Verkrüppelungen der Bäcker rühren durchaus nicht nur von den in hohem Masse gesundheitlich unerfreulichen Arbeitsbedingungen her, sondern auch von dem Fehlen der körperlichen Eignung der Bäckerlehrlinge, schon bevor sie den Beruf erwählt haben.

Die Unwissenheit der Eltern über die gesundheitlichen Voraussetzungen der verschiedenen gewerblichen Betätigungen paart sich da mit ihrer Unkenntnis des Arbeitsmarktes, mit dem Fehlen an Zeit und an Gelegenheit, sich mit der Zukunft der Kinder so gründlich zu befassen, wie es sicherlich die meisten Arbeitereltern wünschen möchten. Vor allem ist es notwendig, dass die Arbeiterschaft selbst, da sich der Staat um die körperliche Eignung der beruflicher Betätigung zugeführten Arbeiterjugend nicht kümmert, in dieser Richtung wirken soll. Ein sehr bemerkenswerter Anfang wurde von dem Verein der genossenschaftlichen Gehilfenvertreter in Wien gemacht, der eine ärztliche Beratungsstelle für die vor der Berufswahl stehenden schulentlassenen Personen eingerichtet hat. Leider wird diese Einrichtung viel zu wenig benützt, woraus wohl der Schluss zu ziehen ist, dass hier zwangsmässig eingeschritten werden muss. Vielleicht aber würde doch die Benützung der Beratungsstelle stärker sein, wenn die Bedeutung dieser ärztlichen Untersuchungen den Eltern der Arbeiter klar gemacht werden könnte. Dies geschieht in einer sachkundigen Schrift des Berliner Arztes und Parteigenossen Dr. Zadek über die Berufswahl mit Rücksicht auf die Tauglichkeit für den Beruf (Arbeitergesundheitsbibliothek,

Heft 30, Berlin 1912. 31 Seiten, Oktav. Verlag des „Vorwärts“). Kaum ein Berufenerer hätte dieses Schriftchen herausgeben können, denn der Verfasser hat es auf Grund einer bald dreissigjährigen Erfahrung als vielbeschäftigter ärztlicher Berater der Arbeiter verfasst. Die Berufswahl im allgemeinen, Körperbau, Kreislauforgane, Atmungsorgane, Verdauungs- und Unterleibsorgane, Nerven, Gehörorgan, Auge, Haut werden in ihren Beziehungen zur Berufswahl kurz und allgemein verständlich dargestellt. Das kleine Schriftchen wird jungen und alten Arbeitern, Vätern und Söhnen, auch Hygienikern und Sozialpolitikern, nicht zuletzt auch den Lehrern und vielleicht auch einmal den für die Rekrutierungsergebnisse verantwortlichen Beamten und Offizieren zahlreiche Anregungen und Belehrungen schaffen. ad br.

Schöne Literatur

Ernst Preczang: Der Ausweg. Erzählung. Buchhandlung Vorwärts. Berlin 1912. 170 Seiten. Preis gebunden K 1.50.

Der Vorwärtsverlag gibt eine neue Sammlung volkstümlicher Romane und Erzählungen heraus (die Vorwärts-Bibliothek). Der erste Band ist ein Arbeiterroman von A. Ger, der zweite eine Erzählung von Ernst Preczang. Preczang wäre es fast gelungen, eine echte und vollwertige dichterische Leistung zu bieten, wenn er seinem Werke nur mehr Formfleiss gegönnt hätte. Er hat zu wenig Respekt vor der Sprache. „Irgendwo musste man den Hebel ansetzen können, um der Sisyphusarbeit ihren beklemmenden Charakter zu nehmen . . . Alle Vergleiche hinken bekanntlich und dieser macht keine Ausnahme . . . Die Moral sass geruhig hinterm Ofen . . . Sympatie-Erklärungen kamen von nah und fern, Aufrufe zu Geldsammlungen ergingen.“ Solche Sätze morden die künstlerische Wirkung. Preczang vergesse nicht, dass die Kunst nicht in der Gesinnung steckt, sondern in der Gestaltung, nicht in der Wirklichkeit, sondern im wirklichen Darstellen. „Wer Beweise für die sozialen Voraussetzungen meiner Erzählung wünscht,“ sagt Preczang in einem Vorwort, das besser ein Nachwort geworden wäre, „der wird sie in der Schneiderschen Schrift in mehr als ausreichendem Masse finden.“ In der Schrift von G. Schneider über die Gefahren der Arbeit in der chemischen Fabrik! Du lieber Himmel! Wer wünscht denn Beweise für die sozialen Voraussetzungen einer Erzählung? Von der Kunst wünscht man immer nur Beweise für das Können; und die sucht man nicht draussen in der Welt oder in einer volks-

wirtschaftlichen Studie, sondern drinnen im Herzen des Schaffenden und in seinem Werk.

Preczang stellt den jungen Doktor Nolten vor uns hin, der durch seine ärztliche Praxis sachte darauf kommt, dass all sein Wollen machtlos bleibt gegenüber der Gewalt des Lebens, wenn er nicht zugleich dieser Gewalt entgegentritt. Er will die Arbeiter der chemischen Fabrik heilen, aber die Fabrik macht sie immer wieder krank. „Auf Nimmerwiedersehen, Herr Doktor!“ ruft ihm der geheilte Patient zu. Auf Nimmerwiedersehen? „Nolten schloss die Augen . . . Wie? Da war derselbe Mann schon wieder! Ja, ganz deutlich erkannte er ihn, auf den ersten Blick, erstaunt und erschrocken: „Sie?!“ Und der andere nickte mit müdem Lächeln, liess sich zitternd auf einen Stuhl nieder, legte die bebenden Hände ineinander, sah zu Nolten und sagte: „Ja, ich. Ich komme doch wieder, Herr Doktor!“ Und dann sprangen die Türen auf, beide Türen und aus dem Wartezimmer kam ein Zweiter, ein Dritter, ein Viertes . . . Nein, nun kommen sie nicht mehr einzeln. Nun kommen sie in einem langen Zuge wieder — alle, alle, die doch einmal froh und gesund von ihm gegangen waren. Er hob die Hände und wollte die Türe schliessen, aber es war unmöglich; denn in endloser, dichtgedrängter Reihe quoll es herein von Menschen und immer wieder Menschen. Schweigend, flehend hoben sie die Augen zu ihm — ach diese armen, rotumranderten Augen! — hoben sie eine Sekunde, senkten den Kopf und gingen langsam zur zweiten Tür hinaus. Er sah bekannte Gesichter und solche, die ihm fremd dünkten, sah robuste und abgezehrte Gestalten, kranke Frauen in dünnen Kleidern und zerschissenen Röcken, verbundene Köpfe, entstellte Gesichter, Hungerphysiognomien, magere Antlitze, in denen die roten Flecken der Schwindsucht brannten, sah weisse und schwarze Armbinden, blaue und rote Hände, blasse, dünne Mädchen, ächzende, schreiende Kinder, stöhnende Mütterchen, die sich schwerfällig an einem Stock bewegten, zitternde, schwerhörige Männer, faltige Stirnen, tiefliegende Augen, blinde Blicke . . . Wollte der Zug nie, nie ein Ende nehmen? —“

Dieser Zug der Unheilbaren — hat ihn G. Schneider in seiner Schrift über die Gefahren der chemischen Industrie so gesehen? Gewiss nicht. Nur dichterische Schaukraft vermag das. Der Forscher beweist. Der Künstler weist. Und auch Preczang hat in dieser Erzählung verborgenes Menschenleben aufgewiesen. Wer hinsieht, wird trotz der angedeuteten Unzulänglichkeiten ergriffen und wer sich ergriffen fühlt, wird bald den tatbereiten Trotz in sich wachsen fühlen.

J. L. S.